

1,00 DM J 7581 EX nr.5

Juni 1973

WIR WOLLEN ALLES

INHALT



Zuschriften und Bestellungen nur an die Anschrift der Zeitung:
WIR WOLLEN ALLES
8551 Gaiganz, Haus Nr. 12

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:
BREMEN: Proletarische Front c/o Gerd Stalljes, 28 Bremen, Kirchbachstraße 144
FRANKFURT: Revolutionärer Kampf c/o Fischer, 6 Frankfurt, Bornheimer Landstraße 64
Lotta Continua c/o Fischer, 6 Ffm,Bornh.Ldstr. 64
HAMBURG: Proletarische Front c/o Eberhard Jungfer, 2102 Hamburg 93, Hövelbrook 4
KÖLN: Arbeiterkampf c/o Das Politische Buch, 5 Köln 41, Zülpicher Straße 197
MÜNCHEN: Arbeitersache c/o Basis-Buchhandlung, 8 München 13, Franz Joseph-Straße 26
NÜRNBERG/ERLANGEN: über: Politladen, 852 Erlangen, Hindenburgstraße 17
WÜRZBURG: über: Buchhandlung Collibri, 87 Würzburg, Ursulineng. 2

STURM AUF DEN NATO-SCHIESS-PLATZ!

Volksaufstand gegen Nordhorn-Range

Anfang Juni ist der Bevölkerung rund um die „Engdener Wüste", einem NATO-Bombenabwurfsplatz zwischen Nordhorn und Lingen im Emsgebiet, endgültig der Kragen geplatzt. Der NATO-Schießplatz, gegen den sie seit Jahren kämpft, soll weiter bestehen bleiben. Die Bundeswehr hatte ihn nach weiter nördlich, ins Westermoor bei Ramsloh, verlagern wollen. Aber weil die Leute im Emsland von Nordhorn-Range her wissen, was das für sie bedeutet, gingen sie von Anfang an dagegen vor. Ihre Parole hieß: „Weg mit allen Bombenübungsplätzen!" Bis zu 50 000 waren deshalb im Mai auf der Straße, darunter allein 6 000 Werftarbeiter aus Leer, Emden und Papenburg. Das ganze Emsland: Straßen, Kanäle, Häfen, war kürzlich blockiert. Der Kampf war populär, die Bullen waren machtlos und die überregionalen Zeitungen haben die Nachrichten unterdrückt. Die Bevölkerung von Nordhorn und Klausheide konnte natürlich über den Sieg im Westermoor nicht froh sein, denn es blieb damit an ihnen hängen. Die NATO und Bundeswehr glaubte, das würden die Leute nun einsehen, aber da hatten sie sich gründlich getäuscht. Es ging jetzt erst wirklich los.

Wenn der Abwurfplatz in Betrieb ist, ist es für die Bewohner um die Engdener Wüste nicht auszuhalten. Der Range macht sie fertig, weil dort die ganze Woche über zwischen 9 und 17 Uhr und seit einiger Zeit auch nachts Starfighter, Phantom und Mirages Übungsbomben abwerfen und mit Bordkanonen und Raketen auf alle möglichen Ziele: LKWs, Panzer usw. schießen. Die Bomberstaffeln fliegen ihre Ziele unter Kriegsbedingungen an, also immer unter dem Radarnetz durch im Tiefflug. Das schrille Heulen, hervorgerufen durch das Abdrosseln der Triebwerke kurz vor dem Ziel und nach dem Abwurf der Nachbrenner ... das muß einfach jeden fertigmachen. Dann verstummen im Einfluggebiet alle Gespräche, denn niemand kann sich mehr verständigen. Dann lassen die Nordhorner Textilarbeiter die Brocken fallen. Auch die Bauern haben die Schnauze

voll. Besonders übel sind die Kinder dran: sie laufen schreiend ins Haus, bekommen Schweißausbrüche und Schreikrämpfe. Dieser Kriegszustand ist unerträglich, und alle drehen durch, wenn dann auch noch die Bordkanonen losgehen und die Übungsbomben mit dumpfem Aufschlag in das Zielgebiet fallen.

Als Anfang Juni raus war, in der Engdener Wüste werde alles beim Alten bleiben, kapierten die Leute, daß jahrelange Bürgerinitiativen, Protestversammlungen, Podiumsdiskussionen vergeblich gewesen waren. Jetzt sagten die Leute: wir müssen handeln. Dennoch vertrauten sie nach wie vor auf die Bürgerinitiative. Das ist die „Notgemeinschaft“, in der seit Jahr und Tag die Junge Union, einzelne Kapitalisten, die SDAJ und ein paar Juso-DKP-Gewerkschafter sitzen und aus ganz unterschiedlichen Gründen an einem Strang ziehen. Die Kapitalisten sind gegen den Übungsplatz, weil er die Arbeitsmoral untergräbt und den Anschluß der Nordhorner Industrie an das Lingener Industrierevier verhindert. Der Klausheider Vorsitzende der Jungen Union, Hanisch, möchte sich dagegen ein kleines Spekulantensüppchen kochen. Von der Bodenrente her ist die Engdener Wüste derzeit knapp 1,– DM pro qm wert; aber sie ist als Industriegebiet wie geschaffen, und warum soll man nicht das Kommunaleigentum privatisieren, wenn nach dem Abzug der NATO die Preise erstmal um das Zwanzigfache gestiegen sind. Von all diesen Ambitionen wurden bislang die DKPisten nicht gestört. Sie sind gegen den Fluglärm und gegen die NATO, und im übrigen dafür, daß der Protest schön legal bleibt und die DKP-Mandate in den Gemeinderäten fleißig wachsen.

Von alldem wissen die Nordhorner und Klausheider Leute praktisch nichts. Politik interessiert sie nicht, denn das ist ein undurchschaubares, schmutziges Geschäft, das sich nur gegen den kleinen Mann richtet. Die „Notgemeinschaft“ vertritt dagegen unmittelbar ihre Interessen, meinen sie. Deshalb wandten sie sich vor Pfingsten an die Hanisch und Co. und forderten, daß sie in Sachen Nordhorn-Range jetzt wohl etwas radikaler vorgehen müßten. Am schnellsten haben natürlich die Juso-SDAJ-DKPisten die gefährliche Radikalisierung kapiert und eingeschätzt. Friedliches Pfingst-Biwak mit Lagerfeuer und höchstenfalls passivem Widerstand auf dem Abwurfplatz, das war ganz nach ihrem Geschmack. Es war ein Schritt weiter als Stelltafeln, Versammlungen und Flugblätter. Die aufgebrachte Bevölkerung darf zusammenkommen, Dampf ablassen und die Herren in Hannover und Bonn sollen darüber mal wieder sprechen. Beim erstenmal ist diese Rechnung noch einigermaßen aufgegangen. Vorwiegend Jugendliche aus der Umgebung haben das Abwurfgebiet besetzt und in der Nähe des Tower zu campieren angefangen. Während der Pfingstfeiertage störte das zunächst niemand, es war sowieso kein Flugbetrieb.

Die Sache wurde am Dienstag schlagartig anders, als das friedliche Biwak bei der Bevölkerung auf eine irre Resonanz stieß und Zulauf von jungen Arbeitern und Schülern erhielt, die bei den Blockadeaktionen gegen Westermoor schon erste Erfahrungen mit den Bullen hinter sich hatten. Von den Belegschaften der drei Nordhorner Textilfabriken wurden innerhalb kürzester Zeit 5.000,– DM für die Camper gespendet, und selbst der Klausheider Gemeinderat legte glatte 3.000,– DM zu. Die Schulen in der Umgebung legten einen Aktionstag ein, Dienstag und Mittwoch waren mehr als 2 000 Schüler in der Engdener Wüste. Der NATO-Schießplatz war blockiert.

Am Mittwoch, den 13. 6. 1973, machten die Bullen des Regierungsbezirks Osnabrück endgültig mobil. Die Polizei der Nordhorner



Umgebung war für brutale Prügelattacken nicht mehr zu gebrauchen, deshalb wurden Hundertschaften der Bereitschaftspolizei und der Bundesgrenzschutz eingesetzt. Sie sperrten die Zufahrtswege zum Gelände ab, griffen die Demonstranten an, versuchten mit allen Mitteln den Zugang zum Tower, dem Lebensnerv der ganzen Anlage, unter Kontrolle zu halten. Die Nachrichten über den Bullenangriff verbreiteten sich mit Windeseile. Das wollten sich die Nordhorner und Klausheider nicht gefallen lassen. Ihnen fiel plötzlich ein, womit die Aktionsgruppen bei der Westermoor-Kampagne Erfolg gehabt hatten. Was die damals gebracht hatten, das konnten sie schon lange. Jetzt ging die Initiative Schritt für Schritt auf die Bevölkerung über, allen voran Nordhorner Arbeiter und Lehrlinge und Bauern aus den umliegenden Dörfern. Und die Funktionäre der Notgemeinschaft? Die konnten nur noch erklären, begründen, reagieren.



Tag und Nacht halten Bürger den Bombenabwurfplatz „besetzt“

Zunächst einmal haben die Jugendlichen auf dem Camp tüchtig Putz gemacht. Es stimmt, daß sich die meisten im Morgengrauen zum Donnerstag angesichts einer klaren Polizeiübermacht widerstandlos vom Gelände schleifen ließen. Aber es stimmt auch, daß kleine Gruppen weitermachten. Drei britische Militärlastwagen und verschiedene Schießziele in der Nähe des Towers wurden in Brand gesetzt.

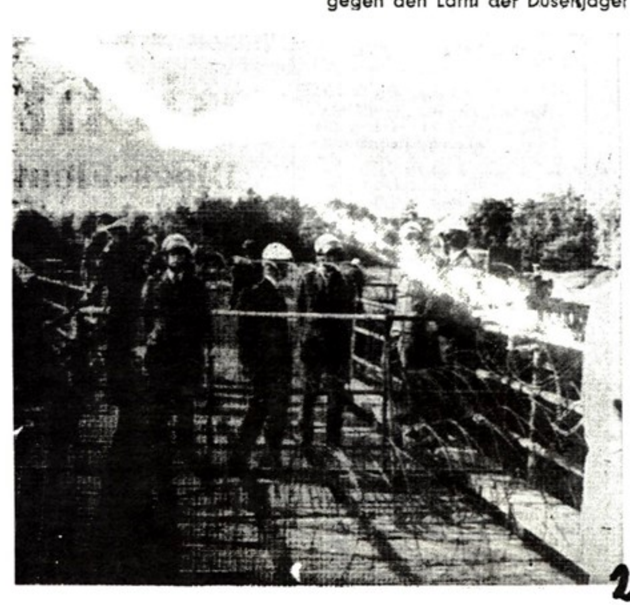
Währenddessen war die Bevölkerung draußen nicht untätig geblieben. Als die Bullen den Hauptzugang, eine Brücke über den Ems-Vechte-Kanal sperrten, wurde an einer anderen Stelle eine Behelfsbrücke gebaut – eine technische Meisterleistung, die den Bullen erst nach einem harten Angriff am Donnerstagmorgen in die Hände fiel. Und als schließlich bekannt wurde, daß die Bullen das Biwak ausgeräumt hatten, gab es ein paar Stunden lang kein Halten mehr. Arbeiter bildeten am frühen Donnerstagmorgen Aktionsgruppen und blockierten innerhalb einer halben Strunde die drei wichtigsten Transitstraßen, die durch Nordhorn führen. Sie legten einfach mit Motorsägen die Chaussee-Bäume um, in Nordhorn wurden die städtischen Linienbusse quergestellt. Die Blockadeaktion der Bullen erzeugte eine ungeheure Verbitterung; sie wurde mit einer Gegenblockade beantwortet – genauso, wie die Werftarbeiter des Emslands vorher vorgegangen waren. Einen halben Tag lang war die Umgebung von Nordhorn dicht. Die LKW-Fahrer, das Hauptkontingent am frühen Donnerstag, meistens in Emsland bzw. im niederländischen Grenzgebiet ansäßig, haben sich spontan solidarisiert. Sie haben selber ihre LKWs gegeneinander versetzt und die Bundesstraßen an den Knotenpunkten dichtgemacht. Ein LKW mit Tuborg-Bier war bald leergesoffen. Sobald die Bullen die Aktionstrupps angriffen, waren sie den Solidaritätsaktionen der LKW-Fahrer ausgesetzt, denen es in den späten Donnerstagnachmittag in der Gegend blendend gefiel. Die ausgefallenen Stunden mußten schließlich nicht sie, sondern ihre Bosse bezahlen.

So erwies sich die illustre kapitalistisch–DKPistische Notgemeinschaft am Donnerstagabend als eine Seifenblase. Die Bewegung war über sie hinweggerollt. Als klar war, daß die Bullen mit über 1 000 Mann den Abwurfplatz dichtgemacht hatten, und als wieder die ersten Bomberstaffeln herandonnerten, war von Resignation nichts zu spüren. Die Frage war nur, wie es jetzt



...ansparenten und Straßensperren wehren sich die Demonstranten gegen den Lärm der Düsenjäger







Die Polizei verbarrikadierte den Zugang zum Bombenabwurfplatz über den Ems-Vechte-Kanal mit Stacheldrahtbarrieren (links). Doch sofort improvisierten die Demonstranten eine neue Brücke (rechtes Bild)



Demonstranten auf gefällten Bäumen, die den Verkehr blockierten





400 Polizisten haben die am Boden sitzenden Demonstranten umringt





erfolgreich weitergehen sollte. Das hat seit dem Donnerstag – Freitag alle, die vor den Drahtverhauen der Bullen standen, die Jugendlichen und die Arbeiter mit ihren Familien, bewegt. Jetzt setzten die ersten Rangeleien an den Verhauen ein. Es war klar, daß jetzt gegen die Bullen selbst vorgegangen werden müsse. Und genauso klar war, daß sich die Notgemeinschaft genau an dem Punkt von den Massen distanzieren und das Spiel der Bullen mitspielen würde. Die Spaltung wurde offenkundig, als ab Freitag die Drahtverhaue angegriffen und die ersten Steine und Molotowcocktails gegen die Bullen geschmissen wurden.

Natürlich hat sich seither die soziale Zusammensetzung derer, die den Bullen gegenüberstehen und sich ihren Gasgranaten und zivilen Schlägertrupps aussetzen, geändert: junge Arbeiter aus Nordhorn und Lingen, meistens die ganze Familie, aus den Dörfern der Umgebung, und natürlich hingeeilte Genossen. Zwischen ihnen gab es bis zum Sonntag praktisch keine Differenzen. Es zählten die, die praktikable Vorschläge für den Kampf gegen die Bullen hatten. Die Aktionen vor den Drahtverhauen fanden bis zum Sonntag aus einer breiten Massenbasis heraus statt. Nur diejenigen aus der Notgemeinschaft, die anderes als das nackte Bedürfnis, den Bombenterror loszuwerden, im Sinn hatten: nämlich neue Fabriken aufmachen, auf Boden spekulieren oder Gemeinderäte werden wollen. Sie kriegen Schiß vor der Bereitschaft, den Kurs auf einen regelrechten Volkskrieg gegen die NATO-Bundeswehr-Bullen zu nehmen, die das Leben mit ihrem Scheiß-Abwurfplatz zur Hölle machen. Noch einmal: zwischen der Bevölkerung und den zugereisten Maos hat es zunächst keinerlei Differenzen gegeben; sie haben gemeinsame Sache gemacht.

Am Samstag ist die bisherige Aktionseinheit endgültig geplatzt. Die SDAJ bekam Schiß vor der Radikalität der jungen Arbeiter und löste ihr Ersatz-Camp vor dem Abwurfplatz an der Bundesstraße 213 auf mit der Begründung, daß von da aus „illegale Aktionen gegen die Polizei gemacht worden sind". Die Kapitalisten, die bis zum Donnerstag noch mit ihren dicken Mercedes dabeigewesen waren, haben sich längst aus dem Staub gemacht. Und JU-Hanisch hat zusammen mit den anderen Leuten der selbsternannten Leitung der Notgemeinschaft einschließlich DKPisten voll auf seine Pauke gehauen. Am Samstag haben diese Abwiegler angefangen, 100 Meter hinter der Kampfzone eine wilde Hetze gegen die Militanten vor den Verhauen vom Stapel zu lassen: das seien alles zugereiste Linksextremisten, die ihr eigenes Süppchen kochen wollten usw. usw. Tatsache ist, daß die zugereisten Maos Freitag bis Samstag dabei waren, mit alten und jungen Arbeitern und Schülern des Gebiets Gruppen aufzubauen, um gemeinsam mit ihnen zu kämpfen. Sie haben eine unheimlich gute Chance gemeinsam die nächste Kampfstufe, eine bewegliche Guerilla gegen die Bullen in der Engdener Wüste zu machen, die die Sympathie der Massen genießt. Das von SDAJ und Notgemeinschaft für aufgelöst erklärte Biwak wurde am Samstag ohne Schwierigkeiten weitergemacht.

Freilich: das alles wäre viel zu schön, um wahr zu werden . . . Wir, die wir diesen Artikel schreiben, haben in den letzten Tagen mitgemacht. Wir kennen die meisten der übrigen maoistischen Zugereisten, wobei sich einige zu unserer Überraschung sagenhaft gut und populär verhalten. Nur: es ist da auch eine „Liga gegen den Imperialismus" aufgetaucht. In den ersten Tagen haben die Genossen noch auf Massenlinie gemacht. Aber seit Samstag war es damit vorbei. Die Ligalisten, mit denen erst gut zusammenzuarbeiten war, können ihren ekelhaften Parteitrip einfach nicht hinter sich lassen. Sie traten ziemlich bald arrogant auf und kommentierten die Militanz der Massen mit der zynischen Bemerkung, daß sie eben „erst seit Bonn gelernt" hätten. Statt der breiten Militanz durch eine Volksabstimmung der Kämpfer zu einer neuen „Notgemeinschaft" zu verhelfen, die wirklich die Volksinteressen trägt, haben sie flugs eine „Liga gegen den Imperialismus–Aktiv Nordhorn–Range" proklamiert und unter diesem zungenbrecherischen Namen die ersten Flugblätter herausgebracht, auf die alsbald die ersten „Massenversammlungen" folgen sollen. Ihr hättet am Samstag die Stielaugen der zivilen Bullen sehen sollen . . . Auch Hanisch und die DKPisten konnten sofort mit ihrer alten Hetze loslegen.

Wenn nicht alles täuscht, werden dank der „Liga" die Militanten der Region kaum zu einer autonomen Kampfleitung kommen. Denn das Vorgehen der „Liga" ist zu plump, als daß die Bullen und die reaktionäre Notgemeinschaft nicht voll darauf abfahren sollten. Am Sonntag Abend haben sie zum erstenmal brutal zugehauen: die Genossen an der Sperre Ems-Vechte-Kanal wurden von allen Seiten von Bullen eingekreist und zusammengeschlagen; über 30 festgenommen. Hanisch von der Jungen Union war bei dem Bullenangriff dabei. Sein Argument: er habe für die Notgemeinschaft die Bullen gerufen, denn man lasse sich nicht für „linksradikale parteipolitische Zwecke" mißbrauchen. Und das in einer Situation, wo noch kein Kampfkomitee der Militanten steht, das die Kämpfe weitertreibt. Die „Liga" aber ist keine Alternative. Die Bullen haben sie für ihre Großmäuligkeit am Sonntag wieder einmal ganz schön in den Sack gehauen. Wie oft noch, Genossen?

Die Kinder spielen mit den Übungsschieß zielen →



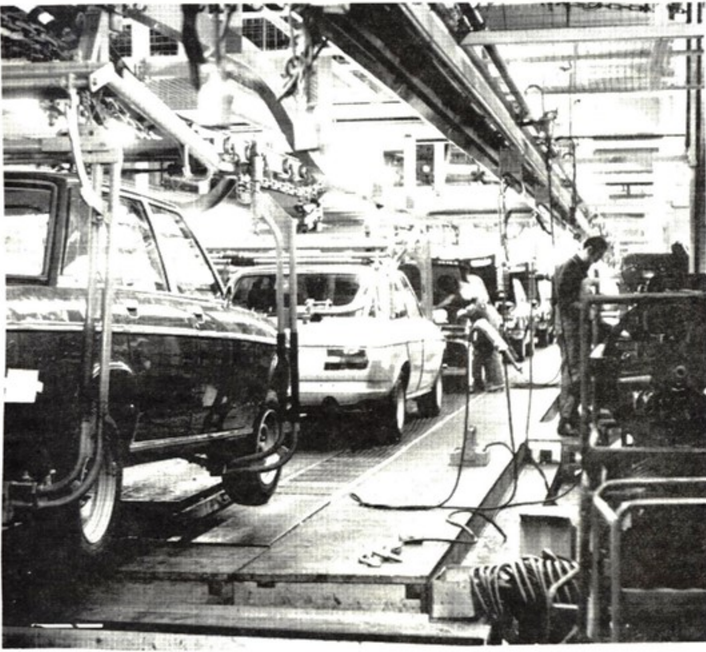
Flammen auf dem NATO-Schießplatz

Britische Militärlastwagen gingen in Flammen auf (Foto), ein Wachhaus brannte nieder, die Polizei baute Stacheldrahtverhaue und ging mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor: Mehr als tausend empörte Anwohner des NATO-Luftwaffenschießplatzes Nordhorn-Range halten immer noch das Übungsgelände besetzt, um den weiteren Betrieb auf dem Bombenabwurfgelände zu verhindern. Der schon seit Jahren andauernde Streit um den Übungsplatz hat sich in den bisher schwersten Protestaktionen entladen. Mehrere Straßen mußten für den Verkehr gesperrt werden.

(Siehe Seite 36: Sonderurlaub für „Sturm auf Nordhorn") Foto: DPA

SONDERSCHICHT – du siehst uns nicht!

Die 40–Stundenwoche ist ein gesetzlich abgesichertes Recht. Aber auf das Recht kann man scheißen. In allen Fabriken sind Überstunden und Sonderschichten an der Tagesordnung. Es ist eine Frage der Macht, ob man sich erlauben kann, die geforderte Mehrarbeit zu verweigern. Die Mehrarbeit ist so alltäglich, wie der Kampf dagegen – ein tagtäglicher Kleinkrieg. Wie das bei der BMW aussieht, und unsere Agitation dagegen, wollen wir am Beispiel Sonderschichten darstellen.



Die Sonderschichten laufen

Für die BMW sind Sonderschichten kein besonderes Problem. Der Betriebsrat stimmt sowieso immer zu.

„Mit großer Befriedigung können wir feststellen, daß auch in diesem Jahr unsere Kraftfahrzeuge einen guten Absatz finden . . . Um für unsere Kunden und Mitarbeiter die langen Wartefristen abzukürzen, haben wir nach Abstimmung mit dem Betriebsrat drei volle Sonderschichten vereinbart."

Also – mehr Absatz, mehr Profit für die BMW, heißt mehr Arbeit für die Arbeiter. Der BMW ist es bisher immer gelungen, die Sonderschichten zu fahren. Die wenigen, die verweigert haben, wurden teilweise ersetzt durch die „Freiwilligen" aus der anderen Schicht. Ein paar Fehlende können außerdem durch die Mehrarbeit der anderen ausgeglichen werden, die aus Kollegialität für den anderen mitarbeiten. Alle sind sauer auf die Sonderschichten und Überstunden, auch die vielen Ausländer und die wenigen Deutschen, die Samstags kommen.

Türke:
– Machts Du morgen Sonderschicht?
Jajajaja, morgen Samstag, früh Uhr
– Warum?
Ja warum, muß Arbeit, schlecht Arbeit, schlecht BMW, scheiß BMW, scheiß BMW.
– Mußt Du arbeiten?
Ja, muß arbeiten, alle muß.
– Aber nicht alle kommen.
Aber uns Schicht, nicht alle kommen, aber uns Schicht, verstehen Sie, früh morgen muß arbeit, uns Schicht nur, aber muß arbeiten. Schlecht Arbeit, aber was machen?
– Und Geld?
Geld? Nananana, kein Geld, schlecht Geld. Immer Schicht, immer Schicht, sososo kein Geld.
– Samstagarbeit ist schlecht?
Schlecht Samstag, jaja, jeden Tag schlecht, aber Samstag auch schlecht, viel schlecht, ganz schlecht.

Deutscher:
Sonderschicht? Ja, nächsten Samstag muß i aa oane macha, i hab ja no koane gmacht.
– Stinkts Ihnen nicht?
Ja freilich stinkts mir, aber was mechst denn macha? Des machen ja nur die Ausländer, was möchtst denn, ja warum, die beutens halt aus, was möchst machen, der Meister sagt, ja wenn du keine Sonderschicht machst, dann kriegst halt koa Lohnerhöhung, kriegst des ned und des ned, dabei kennan de des gar ned bestimmen. Aber wannst es ned machst, wos ist dann, da is amoi wos, möchst di beschweren oder wos, dann hoaßts, ja host du überhaupt a Sonderschicht gmacht? Möchst amoi an Urlaub ham oder amoi an unbezahlten, es is ja amoi möglich, das irgendwas is, möchst dahoam bleim, weil irgend a Festlichkeit oder wos is, dann sogt er glei, ja host du überhaupt a Sonderschicht gmacht. So gehts scho o ned.
– Dabei ist das völlig unrechtlich, nicht?
Sicher is des unrecht. Samstag, da ghört a Familie naus.

Aber viele kommen einfach gar nicht. Auch nicht, wenn die Meister mit Lohnkürzungen, Urlaubssperre, schlechterer Arbeit drohen. Es sind die, die sowieso oft „einen Blauen reinhauen". Oder sie machen aus Wut über die Sonderschicht gleich eine ganze Woche krank.

Italiener:
– Gehst Du morgen zur Sonderschicht?
Ma vaffanculo! Wirklich nicht!

Zwei Griechen:
– Morgen ist Sonderschicht. Geht Ihr hin?
Sonderschicht, nein nichts.
– Warum?
Ja, weil viel Abzüge, ja. 50 % Abzüge, wenn ich Überstunden mache. Ich bekomme nicht so viel Geld von der BMW, wenn ich so viel arbeite, besonders, wenn ich Überstunden machen. Na, wir streiten immer mit Meister und mit Vorarbeiter, jeden Tag.

Deutscher:
– Was halten sie von der Sonderschicht?
A Hohn ist das!
– Haben Sie eine Familie?
Ja sicher, des isch ja unser freier Tag, aber was willst du denn machen?
– Glauben Sie, daß was passieren würde, wenn Sie nicht arbeiten gingen?
Momentan nid, weil genug Leut da sin, aber wenn nicht, dann wird wohl jeder kommen.
– Aber Sie werden nicht arbeiten?
Na, der Samstag gehört der Familie, da san die Kinder zu Haus.

Deutscher:
– Was halten Sie von der Sonderschicht?
Ganz was Fein's!
– Arbeiten Sie morgen?
Na, i ned.
– Wollte Ihre Schicht am Samstag arbeiten?
Sollte schon, aber tun sie nicht
– Wer kommt denn?
So der Rest halt. Außer mir.

Angst vor der Repression oder Kampf gegen die Mehrarbeit ?

Fälle von kollektiver Sonderschichtverweigerung gab es in verschiedenen Abteilungen. Kleinere Reparaturabteilungen (Facharbeitergruppen von ca. 6 Mann) sprechen sich ab und kommen alle nicht. Oft ist Samstags der Vorarbeiter allein. In der direkten Produktion, an den Bändern aber, ist mit handfester Repression der Meister zu rechnen, wenn die Produktion nicht läuft. Hier gab es schon Entlassungen von 10 Mann von 30, die die Mehrarbeit verweigert hatten. Und das besonders in Abteilungen, wo die Leute leicht ersetzbar sind, weil sie eine geringe Qualifikation haben.

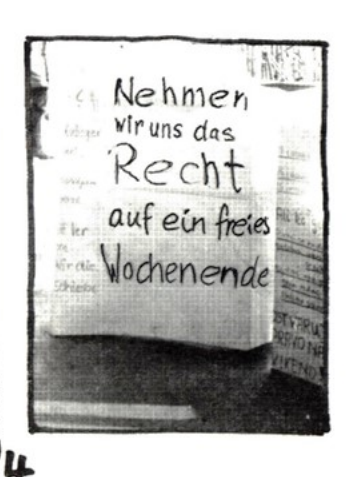
So kommt es, wenn überhaupt verweigert wird, zu Kompromißlösungen: wenn man schon zweimal gefehlt hat, muß man das 3. Mal aber zur Sonderschicht gehen. Es müssen Samstags immer soviel da sein, daß die Produktion läuft.

Viele Arbeiter kommen, obwohl sie sagen, sie brauchen das Wochenende zur Erholung; um Frau und Kinder zu sehen; um zu leben. Die meisten Frauen kommen nicht, weil für sie die Samstagsarbeit wegen der Doppelbelastung mit Haushalt und Kindern gar nicht möglich ist. Viele Ausländer meinen, daß es ihnen egal ist, ob sie Samstags arbeiten, weil sie sowieso nicht wissen, was sie im Wohnheim machen sollen. Außerdem brauchen sie jeden Pfennig mehr, den sie verdienen können, auch wenn 50 % des Verdienstes wieder an Steuern abgezogen wird.





unsere Agitation



Vor zwei Jahren war uns nicht klar, welche Forderungen bezüglich der Mehrarbeit richtig waren. So kam es nach einer Arbeiterversammlung zu einer Kompromißlösung. Wenn schon am Samstag arbeiten, dann für eine anständige Bezahlung: „30 Mark netto mehr pro Sonderschicht."

Wir forderten mehr Lohn für mehr Ausbeutung. Die Arbeiter wollten weniger Ausbeutung. Endgültig klar wurde das, als uns ein Arbeiter aus der Nachlackiererei schrieb, daß sie geschlossen (bis auf ein paar Arschlöcher) einer Sonderschicht verweigert haben, trotz Androhung von Entlassungen durch den Betriebsrat. Der Kollege schreibt: „Sie kommen mit ihrem Terror nicht mehr durch. Wir haben es ihnen gezeigt!"

Niemand will die Sonderschichten. Und so gingen wir zu Beginn dieser Sonderschichten davon aus, durch unsere Verweigerungsaufrufe könne die Sonderschicht verhindert werden. Wir sagten: Wir haben ein Recht auf das Wochenende; der Samstag gehört der Familie. Wir wollen leben und da sind zwei Tage in der Woche schon wenig genug. →

Wir betonten immer wieder das Recht auf Arbeitsverweigerung; nicht nur am Samstag, auch am Montag und am Mittwoch. Die Mehrarbeit, sei es durch Sonderschichten und Überstunden oder durch Akkorderhöhungen, ist ein Angriff auf unsere Gesundheit, auf unser Leben.
ES WERDEN WOHL VIELE VERSCHLAFEN AM SAMSTAG, UND ANDERE, DIE AUFWACHEN, KRIEGEN BAUCHWEH, WENN SIE AN DIE ARBEIT DENKEN.

Dazu kommt noch, daß sich die Samstagsarbeit auch finanziell nicht lohnt, weil der Mehrverdienst durch die Steuern wieder aufgefressen wird.

Tunesier:
Nein, nix kommen. Arbeit ich nix kann. Das mit Überstunden geht für Kasse von Finanzamt.

Wir druckten Aufkleber gegen die Sonderschicht, die am Tor verteilt wurden. Daß sie in der Fabrik geklebt wurden, zeigt zwar die allgemeine Stimmung gegen die Sonderschicht, aber zu einer kollektiven Verweigerung kam es trotzdem nicht.

Was wir aber erreichten, war, daß das Thema in der Fabrik und am Tor mit Spannung behandelt wurde. Es war ein Zündstoff. Es gab eine große Diskussionsbereitschaft und auch Offenheit der Arbeiter über die Gründe, warum sie kamen oder nicht. In unserer Agitation hatten wir genau die Argumente getroffen, die alle in der Fabrik im Kopf haben. Es war uns gelungen, die Argumente der einzelnen öffentlich zu machen und zu verallgemeinern. Aber die Sonderschichten fanden trotzdem statt.

Trotzdem, weil Flugblätter allein kein Kampfmittel gegen die Repression des Betriebes sind, und kein Moment, die Angst der Arbeiter vor der Repression aufzuheben. Sie haben Angst, weil sie sich über ihre reale Macht noch nicht im klaren sind, die in der Arbeitsverweigerung liegt. Und dieses Bewußtsein der Macht entsteht in den Fabrikkämpfen; im tagtäglichen Kleinkrieg gegen die Arbeitsbedingungen, für mehr Lohn.

SONDERSCHICHT ? ohne UNS

Sonderschicht du siehst uns nicht

Leckt uns am Arsch -kreuz und quer kommt am Samstag selber her

tok tok

Hoch die Arbeit!

Damit sie keiner erreicht...



Wir fordern:

(Das letzte Flugblatt)

Sonntagsschicht

Wir freuen uns, daß nach so vielen trostlosen Wochenenden und Feiertagen nun endlich wieder ein arbeitsreicher Samstag bevorsteht. Den Drückebergern (von denen es gottseidamk doch nicht so viele gibt, wie einige radikale Kollegen es gerne behaupten) zum Trotze, rufen wir stolz aus:

WIR LIEBEN DIE ARBEIT! BESONDERS DIE SAMSTAGS ARBEIT!

Wir arbeiten auch gerne noch für drei andere mit, denn von diesen Faulenzern, Blaumackern und Pseudokranken lassen w i r unsere Produktion nicht behinderm. DARUM: Springt ein, wo Lücken sind; es gibt immer Gelegenheit für einen anderen mitzuarbeiten; seid echte Kameraden, denn:
So schlimm ist der Akkord nun auch wieder nicht, wie es uns uninformierte und unverantwortliche Elemente immer wieder weismachen wollen. Und kommt nochmal so ein Meistertyp daher und droht: WENN IHR AM SAMSTAG NICHT GEFÄLLIGST ZU HAUSE BLEIBT, DANN GIBT'S NIE WIEDER SONDERSCHICHT!
dann antworten wir: HA, DU MACHST UNS KEINE ANGST! WENN WIR ZUSAMMENHALTEN, DANN BIST DU BALD UBERFLUSSIG, DANN HINDERST DU UNS NICHT MEHR DARAN 8 TAGE IN DER WOCHE ZU ARBEITEN. GEH DOCH ERST MAL ARBEITEN!





Wir sind der BMW-Direktion und dem Betriebsrat zu großem Dank verpflichtet, daß sie uns diese Sonderschicht beschert haben. Aber haben sie auch wirklich genug für uns getan? Viele sind unzufrieden und überall kamm man es schon hören: WIR FORDERN DIE SONNTAGSSCHICHT!

AKTION: MEHR ARBEIT - WENIGER LOHN!

LESERBRIEF

Wir (Rote Fahne Saarbrücken) wollen kurz unsere Position zu **WIR WOLLEN ALLES** umreißen, wobei bei uns Übereinstimmung über die Funktion der Zeitung und was zu Nr. 1 gesagt wird, existiert. Was zu unserer Beteiligung gesagt wird, stellt dagegen nur einen umstrittenen Minimalkonsens dar, der nur nach erbitterten Gefechten zustande kam.

Die Zeitung stellt für uns vor allem Kommunikationsobjekt der Gruppen vor Ort dar, die es gleichzeitig ermöglichen soll, eigene Erfahrungen in den Gesamtzusammenhang bundesrepublikanischer Erfahrungen zu stellen. Gleichzeitig sollte **WIR WOLLEN ALLES** dann aber auch zur Klärung bzw. Diskussion der unterschiedlichen Erfahrungen und Schlußfolgerungen dienen, deshalb sollte die dezentralisierte Struktur beibehalten werden. Widersprüche sollten nicht überkleistert werden, sondern in der Zeitung auftauchen, solange sie unterzeichnet werden und dabei klar wird, aus welcher Situation sie entstanden sind. Deshalb lehnen wir auch Reisekader ab, auch aus unseren teilweise schlechten eigenen Erfahrungen mit diesen. Ausnahmen hierzu zum Beispiel, wenn's keine Gruppe am Ort gibt. Besser ein Artikel von Reisekadern über Hoesch, als keinen Bericht über Hoesch. Dies unter Vermeidung des aus Papieren anderer Zirkelorganisationen sattsam bekannten Triumphalismus, was ja bisher wohl gelungen ist.

Beispielhaft für unsere Vorstellungen kann der RK-Artikel in der Nummer 1 über Hoesch stehen. Sowohl die Art des Schreibens als auch die gewisse Ehrlichkeit, daß gesagt wird, wie diese Informationen zusammengekommen und der Artikel entstanden ist. Daß eben einige Genossen hingefahren sind und mit Leuten, die mehr oder minder aktiv am Streik beteiligt waren, geschwätzt haben und weiter auf Flugblättern und Zeitungen usw. der Artikel entstanden ist. Die so einortbaren Informationen halten wir für nützlich und machen auch die Notwendigkeit der Zeitung aus.

Dagegen haben wir was gegen solche „globalstrategische" Artikel wie den von der PF zu Hoesch, bei denen nicht sichtbar ist, von wo aus sie geschrieben sind und wieso überhaupt. Zumal die für uns überprüfbaren Informationen aus dem Saarland in Hamburg wohl anders ausgesehen haben mögen als hier. (. . .)

Da die Zeitung für uns gleichzeitig auch die Funktion haben soll, unsere Kontakte hier auszubauen, wäre es ganz gut, wenn folgende [illegible] Kontakt[illegible]esse auftauchen würde:

Jürgen Schäfer
66 Saarbrücken
Försterstr. 39 bei Schmitt



Nur mit den Ausländern

DIE MULTINATIONALE PERSPEKTIVE

„WIR WOLLEN ALLES" muß die Diskussion über die Perspektiven der Kämpfe, der politischen Situation unterstützen. Nicht als Strategie, die wir mit Hilfe der „FAZ" und von Lenin schustern, sondern als Begreifen der Wirklichkeit und der Tendenzen, die sich reell herausschälen. Eine Frage, die in ihrer ganzen Tragweite von vielen Genossen noch nicht diskutiert wurde, ist die multinationale Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Deutschland und die politische Bedeutung dieser Tatsache. Der folgende Artikel geht auf Diskussionen zurück, die auf dem Pfingstseminar der Gruppen von „WIR WOLLEN ALLES", sowie im RK, in der „Arbeitersache" und in „Lotta Continua" geführt worden sind.

Diese Thesen stellen nur den allgemeinen Rahmen unserer Diskussion und Erfahrungen dar. Sie sind deswegen notwendigerweise ziemlich abstrakt. Um sie zu konkretisieren und für andere nachvollziehbar zu machen, werden wir in der nächsten Nummer einen Erfahrungsbericht von multinationaler Arbeit der Frankfurter Genossen veröffentlichen. Weitere werden folgen.

Ein Beispiel zur Diskussion:

DER STREIK BEI "JOHN DEERE"

Streikdauer: 22. bis 29. Mai 1973

Hintergrund: John Deere ist der größte Landmaschinenkonzern der Welt. Das Werk Mannheim hat ca. 3 000 Arbeiter. Die Produktion dort wurde 1972 *verdoppelt*, bei sehr wenig Neueinstellungen und ohne Maschinenerneuerung oder -veränderung. Resultat: wahnsinniger Arbeitsdruck, vor allem an den Montagebändern. Die Bänder sind zu ca. 60 % mit Ausländern besetzt.

Ablauf: Am 15. Mai 1973 fordern die Vertrauensleute *von den Bändern* auf einer Versammlung:
Erhöhung der Lohngruppen
5 oder 6 Minuten Pause pro Stunde
Ende der Arbeitshetze
Einführung von „Arbeitskarten", damit die Arbeiter ihre Akkordsätze überprüfen können.
Betriebsrat und einige deutsche Vertrauensleute sind gegen Streik.

Parallel: Im ganzen Betrieb Diskussion über Teuerungszulage. 60 Pfennig sind am meisten verbreitet. Auch die Lehrlinge fordern eine innerbetriebliche Erhöhung. Forderung nach allgemeiner Vertrauensleuteversammlung. Betriebsrat blockt ab.

Streikbeginn: Bei den Montagebändern mit den Forderungen gegen den Akkord und die unteren Lohngruppen. Die Arbeiter erheben auf einer ersten Versammlung spontan die Forderung: 1 DM für Alle. Danach *Umzüge* durchs Werk. Noch schließen sich die Abteilungen außerhalb der Bänder nicht an. Erst am übernächsten Tag greift der Streik aufs ganze Werk über. Der Betriebsrat hat schließlich als Forderungen aufstellen müssen: 70 Pfennig für alle Arbeiter, 120 DM für alle Angestellten, 60 DM für alle Lehrlinge. Der Streik dauert an, mit Umzügen und Versammlungen im Betrieb. Die Arbeiter verlassen das Werk nicht.

Gegenstrategie: Von Meistern wurde provoziert, Konflikte, die es zwischen Vertretern der Hierarchie und ausländischen Arbeitern gab, wurden in den Zeitungen rassistisch ausgewertet (Ausländer mit Messern!). Die Werksleitung, die die Arbeiter außerhalb der Fabrik haben will, bietet deutschen Arbeitern Urlaub an oder fordert sie auf, bei den Umzügen fortzubleiben. Sie würden dann die Streikzeit bezahlt bekommen (!). Zwei Tage hält die Streikfront, obwohl die Demagogie gegen Randalierer und Krawallmacher sehr stark ist. Erst dann bleiben immer mehr Deutsche zu Haus. Einzelne Arbeiter wenden sich offen gegen den Streik und die Streikenden. Schließlich werden die Lehrlinge – ein sehr aktiver Teil der Streikenden – ausgesperrt, was die Kraft des Streiks weiter lähmt. Am letzten Tag versammeln sich Meister, höhere Angestellte und im Betrieb bisher unbekannte Schläger (!); sie fangen an, ausländische Arbeiter zu prügeln und wie die Hasen übers Gelände zu jagen. Es wird Progromstimmung verbreitet. Einige Vertrauensleute werden nach einer Versammlung sofort vom Werkschutz abgeführt – insgesamt 36 Arbeitern, darunter 7 Vertrauensleuten, gekündigt. Der Streik ist zerschlagen. Das Werk kann es sich leisten, mit 20 DM für Arbeiter und Angestellte, 15 DM für alle Lehrlinge, noch einmal zu zeigen, wer Sieger geblieben ist.

(Der Streikbericht ist eine sehr gekürzte Version des Artikels, der in der Arbeiterzeitung des NRF vom 6. 6. 1973 stand. Diese Nummer sollten sich alle Genossen besorgen – sie ist sehr interessant.)

10 THESEN ZUR MULTINATIONALITÄT

Kurze Zusammenfassung der wichtigsten Momente: Der Kampf hatte zwei inhaltliche Ebenen: die Arbeitshetze und den Akkord als Auslöser. Die Lohnfrage, mit dem Teuerungszuschlag, als einheitliches Moment für den ganzen Betrieb. Beteiligt waren Deutsche und Ausländer gleichermaßen. Die Initiative und die radikale Form (Umzüge, im Betrieb bleiben, Versammlungen im Betrieb) kam von den Bändern – dort allerdings nicht von der einen oder anderen Nationalität. Die Spaltung war für Betriebsleitung und Gewerkschaft sehr schwierig; sie lief vornehmlich über Extraanreize (Bezahlung der Streiktage), sekundär über Rassismus (randalierende Ausländer). Sie traf auf eine durch gemeinsame Inhalte und Bedürfnisse geschaffene *multinationale Solidarität*. Nach unserer Meinung drückt dieser Kampf – allerdings besonders deutlich – eine neue Wirklichkeit aus: Der multinationale Arbeiter, seit zehn Jahren „objektiv" vorhanden, beginnt, die ihm angemessenen Inhalte kämpferisch umzusetzen. Hier 10 Punkte zur Multinationalität und zur Emigration:

1. Der Einsatz ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik ist keine konjunkturbedingte Erscheinung, die durch Boom oder Rezession verursacht oder abgeschafft wird. Auch in der Rezession wird auf Ausländer zurückgegriffen, während ältere deutsche Arbeiter entlassen werden. Die Ausländer werden vom Kapital nicht nur eingesetzt, weil es „zu wenig Arbeitskräfte" gibt, sondern auch bewußt, um die Arbeiter untereinander zu spalten. So ist es zunächst auch gelungen, die Kämpfe der Arbeiter, die sich gegen die immer stärkere Intensivierung der Arbeit richteten, nach 1962 zu blockieren. Diese Strategie des Kapitals stößt jetzt auf ihre Grenzen.
2. Wenn wir von „multinationaler Arbeiterklasse" sprechen, schließt dies die deutschen Arbeiter ein. Die Ausländer sind heute lediglich die Kerngruppe einer besonderen Schicht von Arbeitern, des *Massenarbeiters*. Darunter verstehen wir den Arbeiter, der in seiner Arbeit keinerlei Möglichkeit zur Identifikation mehr findet, der auf Stumpfsinn und physische Erschöpfung reduziert ist. Der aufgrund dieser Lage die sogenannte „Arbeitsideologie" ablehnen muß, wie sie von den Gewerkschaften mitvertreten wird. Dem die Mitbestimmung kein Anliegen sein kann, nur: *möglichst wenig von dieser Scheißarbeit.*
3. Der Ausländer ist vor allem auch Teil des *mobilen Arbeiters*, derjenigen Arbeitskräfte, die von Gebiet zu Gebiet, aber auch von Industriebranche zu Industriebranche wandern. Dieser Typ von Arbeiter hat in den letzten Jahren auch unter den Deutschen sehr stark zugenommen; er umfaßt bei ihnen einen Teil der qualifizierten Jungarbeiter, die entweder auf dequalifizierte Tätigkeiten abgeschoben werden oder sich nicht dem Druck einer ständigen Tätigkeit mit fiktiven Erfolgsaussichten aussetzen wollen. Das Anwachsen dieses Typs von deutschen Arbeitern ist wichtig für die Möglichkeit multinationaler Aktionen und Kämpfe.
4. Der mobile Arbeiter besteht nicht nur über Grenzen hinweg – sondern, wie gesagt – auch innerhalb von Ländern. Es gibt keinen grundlegenden ökonomischen Unterschied zwischen der Emigration z. B. von Süditalien nach Deutschland und der Binnenwanderung. Der Süditaliener findet sich auch in Norditalien sozial völlig entwurzelt wieder; das Kapital spekuliert überall auf den familienlosen, schnell verfügbaren jungen Arbeiter. Wo dieser Arbeiter eingesetzt wird, ganz gleich, ob innerhalb der Grenzen oder außerhalb, findet er die Kasernensituation des Wohnheims, die Trennung von der Familie, die daraus entstehenden Freizeitprobleme. Die Frage der rechtlichen Schlechterstellung (Stimmrecht, Ausländergesetz) ist gegenüber dieser Grundsituation eine sekundäre. Es geht nicht darum, die „Angleichung" der Einwanderer im rechtlichen Sinne zu fordern. Der italienische Arbeiter als EWG-Arbeiter ist juristisch weitaus bessergestellt als der Türke. Die soziale Realität – Wohnbereich, Schulbereich, von der Arbeit ganz zu schweigen – ist grundsätzlich gleich. Und diese teilt er mit den jungen Österreichern oder Deutschen, die im Wohnheim leben. (Der Rassismus als Komponente kommt zwar hinzu, aber es geht darum, die *Grund*komponenten zu bezeichnen.)
5. Die Möglichkeit von einheitlichen Kampfinhalten von Deutschen und Ausländern liegt darin begründet, daß immer mehr deutsche Arbeiter durch die fortschreitende Rationalisierung *dequalifiziert* werden. Die in den Statistiken auftauchende Einteilung in „Facharbeiter" und „angelernte Arbeiter" ist nicht aussagefähig; denn längst verrichten viele Deutsche Arbeiten, die nur noch einer Anlernqualifikation entsprechen, obwohl sie eine weitergehende Ausbildung haben. Dieser Prozeß macht es möglich, daß sich auch unter den deutschen Arbeitern die reelle Angleichung Ausdruck verschafft, z. B. in den linearen Lohnforderungen. Die gewerkschaftlichen und betrieblichen Spaltungsmanöver durch die Qualifikationsideologie fallen auf weniger fruchtbaren Boden. Auch Mitbestimmungsforderungen verlieren ihren Träger: den arbeitsorientierten Facharbeiter. Die Kampfinhalte, die den neuen Bedingungen entsprechen, setzen sich natürlich nur schrittweise durch. Trotzdem läßt sich feststellen, daß z. B. die Septemberstreiks von 1969 sich ideologisch stark von den heutigen Lohnkämpfen unterscheiden: 1969 argumentierten die Arbeiter noch: wir haben einen zu geringen Anteil an der Gewinnexpansion erhalten. D. h. sie argumentierten innerhalb der Logik der Kapitalisten. Heute formulieren auch die deutschen Arbeiter ihre Forderungen ausgehend von ihren *Bedürfnissen*: ***wir brauchen*** mehr Geld. Die Fragen: Können sich die Kapitalisten das gerade leisten? Wie hängt die Forderung mit der Produktivitätsentwicklung zusammen?, treten nicht mehr auf. Das ist Ausdruck der Veränderung der Struktur der Arbeiterklasse – obwohl diese natürlich schon längst vor 1969 eingesetzt hat.
6. Auch innerhalb der eingewanderten Arbeiterklasse haben sich große Veränderungen ergeben. Anfang der 60er Jahre wurde die Auswanderung in die Bundesrepublik in jedem Fall als kurzfristig verstanden. Sie galt als Alternative zur Familienemigration wie in die USA, die langfristig oder auf Lebenszeit geplant war. Der Emigrant verhielt sich konservativ: er nahm alle Arbeitsbedingungen auf sich, um schnell genug zur Rückkehr zu sparen. Er träumte von seinem Heimatland wie von einem intakten Idyll und beschwor es durch seine landsmannschaftlichen Vereine herauf. Diese Mentalität des Auswanderers ist zunehmend verändert worden: Die Rückkehrperspektive hat sich für viele entlarvt. Zumindest wächst die Erkenntnis, daß man auf lange Sicht bleiben muß – ***der heutige Emigrant hat auch den Kopf hier, nicht nur Arme und Beine.*** Natürlich ist das kein abgeschlossener Prozeß, aber es ist eine sehr deutliche Tendenz. Die Erfahrungen der Emigration sind kollektiv: was der einzelne Arbeiter erfährt, wird weitervermittelt. Es gibt einen kollektiven Erfahrungsschatz: gescheiterte Rückkehr, Haltung gegenüber Arbeitssituation, Erfahrung mit Krankheiten und Unfällen.

   Auch das Verhältnis des Emigranten zu seinem Land verändert sich. Er entwickelt eine Ablehnung der Arbeitsscheiße hier, aber er stellt auch die alte Familienstruktur, die Ausbeutung durch Großgrundbesitzer und Mafia in Frage. Und die Ursprungsländer selbst ändern sich: Die Landwirtschaft ächzt unter dem Druck der Lebensmittelkon-

zerne, es entstehen Fabriken, die die Ausbeutung in noch krasserer Form wiederholen. Außerdem: Der heutige Emigrant kommt aus der Kampftradition der 60er Jahre. Ob aus Süditalien, aus Spanien oder der Türkei: in allen diesen Ländern haben große Arbeiterkämpfe stattgefunden. Und das hat Auswirkungen auf die Struktur der ganzen Arbeiterklasse in den Heimatländern, auch wenn der Einzelne aus einem abgelegenen Dorf gekommen sein mag. Es hat den Gegner klarer gemacht – und die Kampfformen ins Bewußtsein gerückt. Diese verschiedenen Bedingungen entfalten sich nun hier in der BRD – im Rahmen einer neuen politischen Situation: auch die deutsche Bevölkerung radikalisiert sich, entwickelt Kampfbereitschaft, Formen von Solidarität und Infragestellung von Ruhe und Ordnung, die ganz verschüttet waren. Der Hintergrund dafür ist vielschichtig – Inflation, Rationalisierung und Dequalifikation sind treibende Momente.

7. In der deutschen Realität hat sich eine Veränderung der Arbeiterklasse vollzogen. Der früher dominierende Facharbeiter wurde durch die veränderte Organisation der Produktion verdrängt. Diese Realität drückt sich in neuen Kampfinhalten aus, die in den Abteilungen und Gesamtbetrieben entstehen:

   Einmal die linearen Lohnerhöhungen. Sie wurden nicht erhoben, weil die Arbeiter abstrakt die Spaltung überwinden wollten. Sondern weil sie gemeinsame konkrete Bedürfnisse haben und aufgrund der reellen Angleichung gar nicht mehr auf die Idee kommen, unterschiedliche Lohnerhöhungen zu fordern. Sie haben aber in den letzten Jahren diese Forderung gegenüber den neuen Spaltungsmanövern auch *politisch* durchgesetzt, bewußt. In diesem Sinne hat die Arbeiterklasse mit den gleichen Lohnerhöhungen bewußt für ihre Einheit gekämpft; das war aber erst möglich, als dafür die Voraussetzungen in der Struktur der Produktion gegeben waren.

   Zum anderen der Kampf gegen die Arbeit: Der von den Bossen in den letzten zehn Jahren unerbittlich gesteigerte Arbeitsdruck führt zu immer klareren Reaktionen gegen die Akkordhetze, gegen die Hierarchie (Meister, Vorarbeiter), gegen die gesundheitsschädliche Arbeit. Und natürlich gegen die unteren Lohngruppen. Diese Inhalte entstehen an den fortgeschrittensten Punkten der Produktion; und sie drücken die politisch am weitest gehenden Inhalte aus: Kampf gegen die Möglichkeit des Kapitals, auf Kosten der Arbeiter zu akkumulieren.

8. Diese Inhalte entstehen multinational, empfunden und ausgedrückt von den Arbeitern aller Nationalitäten. Sie bilden auch den Hintergrund bzw. Untergrund fast aller Kämpfe, selbst wenn die artikulierten Forderungen andere sind. Man kann dabei nicht sagen: Die Italiener oder die Türken oder die Deutschen sind die Avantgarde. *Sondern die multinationale Arbeiterklasse handelt zusammen und schafft sich multinationale Avantgarden.* Die Vorstellung, daß bei Abteilungskämpfen die Italiener, Griechen oder Türken jeweils für sich Avantgarden bilden, ist falsch.

9. Auf diesem Hintergrund läßt sich auch erklären, daß Kämpfe, die von und für Nationalitäten geführt werden, zum Scheitern verurteilt sind – selbst wenn sie nachher versuchen, sich multinational zu begreifen. Der Streik der Spanier bei Opel Bochum für zwei Spanier als Spanier ebenso, wie der Streik der Italiener bei BMW, der mit spezifischen Inhalten von einer Italienergruppe initiiert wurde und nicht aus den multinationalen Inhalten hervorging und davon auch getragen wurde – sind Beispiele dafür.

10. Die Arbeiterklasse ist multinational. Ihre Bedürfnisse und neuen Kampfinhalte ebenfalls. Das heißt: Die Diskussionen über Fabrikagitation, über Aktionen, über Perspektiven haben nur dann einen Sinn, wenn sie von vornherein unter den Arbeitern multinational geführt werden, wenn die gemeinsamen Probleme die von allen als richtig empfundene Antwort finden. *Das Sprachproblem ist zweitrangig* – die Arbeiter entwickeln stündlich und täglich eine Kommunikation über ihre konkrete Situation. Jeder Versuch, aus „technischen" Gründen die Probleme unter den Arbeitern nach Nationalitäten getrennt zu diskutieren, reißt etwas auseinander, was längst besteht: den multinationalen Zusammenhang. Da z. B. Italienerversammlungen nicht an der Stimmung und den Konflikten der Abteilung orientiert sind oder die Konflikte nicht mit den anderen Arbeitern überprüft werden, kommt es leicht zu Vorgriffen, zu einer falschen Radikalität. Es ist ein Widersinn, nationale Arbeitergruppen zu konstruieren und diese dann mit anderen Nationalitäten zusammenzubringen. Der erste Bezugspunkt ist heute multinational – nationale Gruppen sind höchstens noch zusätzlich möglich. Das bedeutet, daß multinational arbeiten nicht heißt: Flugblätter in mehreren Sprachen verteilen, und auch nicht, daß mehrere nationale Gruppen zusammenarbeiten. Es heißt vielmehr: *wir müssen die Wirklichkeit in unseren Organisationsformen ausdrücken, d. h. von vornherein als Gruppen multinational zusammengesetzt sein, diskutieren, handeln.*

DER HUND LIEGT IM DETAIL

Die in den 10 Punkten herausgearbeiteten Tendenzen sind allgemeine Grundlage. Trotzdem kommen wir nicht darum herum, die Inhalte und Probleme zu kennen, die für einzelne Gruppen der neuen multinationalen Arbeiterklasse kennzeichnend sind. Denn: Wenn wir die allgemeine Tendenz nicht begreifen, isolieren wir leicht Inhalte und Dinge voneinander, die miteinander verbunden sein müssen. Wenn wir aber nur die allgemeinen Tendenzen erkennen und die Besonderheiten nicht verstehen, werden wir uns mit den multinationalen Arbeitern erst recht nicht verbinden können. Deshalb zu einigen wichtigen Problemen, die unsere gegenwärtige Arbeit kennzeichnen:

Zwei Ebenen

Hinter den gegenwärtigen Kämpfen von Deutschen und Ausländern stecken zwei inhaltlich verschiedene Ebenen, die sich ergänzen und befruchten, oft auch miteinander verflochten sind:

INFLATION ALS AUSLÖSER FÜR DIE DEUTSCHEN

Es scheint uns sinnvoll anzunehmen, daß der *Haupt*motor für die Entschlossenheit und Militanz bei den Deutschen die Bedrohung ihres Lebensstandards ist bzw. die Beschneidung der Möglichkeit, ausgiebiger zu konsumieren. In einem langdauernden Prozeß merken alle, daß sie mit dem Lohn beschissen werden. Dieses Merken ist verbunden damit, daß auch den „Wiederaufbau"-Fanatikern klar geworden ist, daß der Weg nicht aus den Trümmern ins Paradies geführt hat, sondern daß man ihnen auf diesem Weg ihr Leben, ihre Kraft geklaut hat – wofür? Die Gespräche an Fabriktoren, auf den Straßen, mit alten Frauen oder mittelbejahrten Muttis machen das so klar wie die Aktionen, zu denen sie plötzlich greifen.

Auch die Handlungsweise der Deutschen, ob im sozialen Bereich oder in der Fabrik, folgt gewissen Mustern. Es ist kein Zufall, daß ihre Streikbewegungen – auch der große Druckerstreik – parallel laufen mit Tarifgesprächen oder wenigstens mit gewerkschaftlichen Verhandlungen. Natürlich herrscht z. B. in Baden-Württemberg Druck von seiten der Arbeiter, der die Gewerkschaften und die Kapitalisten erst zwingt, ihre Gespräche vorzuziehen. Aber andererseits schlagen die Arbeiter erst in dem Moment los, wo sie wissen, daß *eine reelle Möglichkeit da ist,* ihre Forderungen durchzusetzen. Sie haben ein klares Machtbewußtsein und sie kennen, genau wie beim Mieterkampf, die Mechanismen, die komplizierten Wege der Verhandlungen. Das hält sie davon ab, Forderungen zu vertreten, die ihnen in einer Situation als „irreal" erscheinen. 15 % vor zwei Jahren waren real, weil die Arbeiter nicht die Logik der Kapitalisten haben, sondern weil sie wußten, wo die Gewerkschaften nachgeben müssen. Ihr Unbehagen mit der Lebens- und Arbeitssituation ist allgemein, kein Zweifel. Das drückt sich in Parolen wie „Scheißarbeit" genauso aus wie im Gemotze über die Bonzen. *Aber nur dort, wo die Decke des Gegendrucks gewissermaßen am dünnsten ist, bricht es durch – mit dem Anspruch, reell etwas durchzusetzen.*

DIE SCHEINBAR KONKRETEREN KÄMPFE DER AUSLÄNDER

Wenn die deutschen Arbeiter für eine Teuerungszulage kämpfen, dann aus dem konkreten Bedürfnis nach mehr Lohn – nicht aus ideologischen Gründen. Aber sie können auf der allgemeinen Lohnebene initiativ werden, weil sie die Möglichkeit sehen, *wie* eine solche Forderung durchzusetzen ist.

Am Häuserkampf genau wie bei den Streiks können wir feststellen: *die Inhalte der Ausländer sind noch konkreter, direkter.* Der Gegner muß jeweils ein verstehbares Gegenüber sein – Betriebsleitung oder Hausbesitzer. Dahinter steht das Problem, daß die Ausländer z. B. das Funktionieren von Tarifabschlüssen einfach nicht kennen, genausowenig wie die kleinen Tricks vom Wohngeld bis zum Mietrecht. Und wenn sie etwas davon hören, so ist ihnen dieser Bereich der repressiven deutschen Bürokratie unheimlich. (Deshalb haben die jetzt durchgesetzten Betriebsvereinbarungen wahrscheinlich Tür und Tor geöffnet für Lohnkämpfe, die auch auf die Initiative von Ausländern hin zustandekommen – bestimmt das Letzte, was Gewerkschaft und Unternehmer sich dadurch erhoffen. Denn sie wollen diese Betriebsvereinbarungen ja als Bremshebel gegen eine starke Tarifbewegung einsetzen.)

Die Ausländer werden bei diesem Inhalten aber nicht nur aktiv, weil sie das Gegenüber kennen, sondern weil hier tatsächlich die für sie dringendsten Bedürfnisse liegen – und weil es keine Institution gibt, die diese Bedürfnisse in irgendeiner Form ausdrückt.

Aber das reicht noch nicht aus, um zu erklären, warum bei den Teuerungszulagen der Kampf wesentlich von Deutschen getragen wird. Dahinter steht mehr: *Die Inflation ist ein Vorgang, der von den Deutschen über Jahre hinweg wirklich als Prozeß erlebt wird.* Der Ausländer erlebt, daß sein Lohn zu niedrig ist, verglichen mit dem, was er sich vorgestellt hat. *Aber er erlebt dieses Zu-Wenig weniger als Prozeß, sondern absolut.* Deshalb waren es auch zuerst die Ausländer, die massenhaft hohe, einheitliche Lohnforderungen aufgriffen: 1 Mark für Alle schon vor zwei Jahren beim Opel und bei BMW.



WAS HEISST RADIKALITÄT?

Wir müssen uns hüten, die „Radikalität" der Arbeiter falsch zu verstehen. Natürlich stehen sie der Arbeit und dem Kapitalismus fremd gegenüber, finden alles bekackt. Aber eine Forderung „1 DM für alle" bedeutet vor allem: Wir wollen eine Mark mehr haben – und nicht: Wir kämpfen gegen die Spaltung der Arbeiterklasse in Lohngruppen oder gar: Wir sind gegen die Gewerkschaften. „Mietstreik" bedeutet: „Wir zahlen keine Miete, weil wir keine feuchte Wohnung wollen, die zu teuer ist" und nicht: *Der Häuserkampf ist der Anfang der Revolution!* Umgekehrt heißt das: wenn sich Institutionen anbieten, die die Bedürfnisse scheinbar oder wirklich befriedigen können und zwar mit der dazugehörigen Machtfülle und „Seriösität", dann werden die Ausländer ebenso wie Deutsche zuerst versuchen, sie zu benutzen. Das hat nichts mit Reformismus zu tun. Es bedeutet aber, daß die Reformisten versuchen werden, wenigstens auf der sozialen Ebene solche Angebote zu machen und daß dann die Masse der Ausländer sich nicht mehr unmittelbar mit uns identifizieren wird, *nur weil wir ein Machtvakuum ausfüllen, das bei den Deutschen von Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung ausgefüllt wird.* Aber gerade die jetzige Radikalisierung auch unter den Deutschen zeigt, daß auch an diesen reformerischen Klippen mit ihrer Bremswirkung Wege vorbeiführen.

Fortsetzung nächste Seite



















DIE NOTWENDIGE SPALTUNG

Mit der „Förderung der Einheit von Deutschen und Ausländern" sind wir oft zu schnell zur Stelle. Genauso wie Bandarbeiter und Facharbeiter nur begrenzt gleiche Forderungen haben, genauso kann man bei Ausländern und Deutschen nicht durchweg von einer vorgegebenen Einheit ausgehen. Es gibt die gemeinsamen Kampfforderungen der Massenarbeiter, die zuerst einmal die Facharbeiter vor den Kopf stoßen oder sogar bedrohen; Einheit kann sich hier erst entwickeln in der Konfrontation.

Der Streik für 5 Wochen Urlaub am Stück, wie bei Karmann, führt zu einer vertieften Spaltung. Und das, obwohl die Forderung lautet: 5 Wochen Urlaub für alle. Aber die beiden Worte „für alle" täuschen nicht darüber hinweg, daß hier ein Bedürfnis vertreten wird, was vor allem die Ausländer angeht. *Unsere* Aufgabe als Gruppe wird angesichts dieser nötigen Polarisierung besonders wichtig. Nicht abstrakt allgemeine Forderungen aufstellen, die dann abgleiten, als hätte man sie nie gesagt. Sondern als *aktiver* Vermittlungspunkt wirken. Diskussionen zwischen den „Fraktionen" fördern, über Aktionen gemeinsame konkrete Interessen und Vermittlungspunkte herausarbeiten und Agitation betreiben. Natürlich sind auch die Ausbildungsfrage oder die Wohnungsfrage Probleme, die Deutsche und Ausländer vereinen. Trotzdem gibt es spezifische Ausländerinhalte, genauso wie Frauenprobleme. Und diese gilt es auch zu propagieren – wobei die Verbindung auf anderer Ebene ist.

Unsere Aufgabe als Interventionsgruppen müßte jetzt etwas klarer geworden sein. Nicht abstrakt von Einheit schwafeln, wo sie noch nicht besteht. Sondern den Arbeitern die Möglichkeit geben, daß sie gemeinsame Probleme gemeinsam herausschälen können. Verbindungspunkte in der Argumentation schaffen. Alle Schritte genau zwischen allen



Nationalitäten diskutieren; unter dem Aspekt: wie ist diese Aktion, dieses Flugblatt mit den konkreten Bedürfnissen der Türken oder Griechen, der Wohnheimbewohner oder ausländischen Eltern verbunden. Mit wem wird es Konflikte geben? Wie kann die Polarisierung zu Diskussionen benutzt werden? Daraus ergibt sich vor allem eines: Die Arbeitergruppen, so klein sie sein mögen, müssen von Anfang an multinational sein. Strategie ist nie abstrakt. Wenn sie konkret sein soll, muß sie die politischen Unterschiede mitverarbeiten. Das geht nur, wenn wirklich eine Konfrontation zwischen den verschiedenen Nationalitäten und Schichten dauernd besteht. Die Einheit, die sich aufbauen läßt, ist dann nicht ideologisch. Sie hat ihre Basis in der gemeinsamen Realität der Arbeitsorganisation und der Struktur der Arbeiterklasse.

"GUTEN MORGEN GENOSSEN"

SAGTE DER SPITZEL

In Hamburg Hohenfelde haben wir dazugelernt – für uns selbst und alle, die bereit sind, den Häuserkampf weiterzuführen. Eine Niederlage, eine brutale Erfahrung, das war die Räumung in der Ekhofstraße. Nicht in der Resignation unterzugehen über Gewalt und Terror unseres Feindes, heißt, den Verlauf des Kampfes und sein vorläufiges Ende ohne Illusionen und Schönfärberei selbstkritisch untersuchen. Was abgelaufen ist und was wir für Fehler gemacht haben, warum sie uns erst mal am Arsch gekriegt haben, wollen wir hier uns und euch klar machen.

Wie die Schweine uns rausgeholt haben

Am 23. Mai morgens um 4 ging es los. Am Tag vorher hatten wir schon von verschiedenen Seiten gehört, daß die Bullen kommen würden. Zuerst fuhr eine rote Limousine vor und jemand schleppte riesige Freßpakete ran. Dieser jemand war niemand anders als ein dreckiger Spitzel, der schon oft im Haus rumgespukt hatte. Der V-Mann sorgte dafür, daß die Tür geöffnet wurde – aber nicht für liebevolle Spenden, sondern für 45 Berufskiller vom mobilen Einsatzkommando (MEK) und 60 „normalen" Bullen. Bevor sie die Treppe stürmten, schlugen einige Karatetypen auf einen Genossen an der Tür ein, bis er zusammenbrach. Mit kaputtem Gesicht und blutüberströmt warfen sie ihn in die Toreinfahrt. Die MPs im Anschlag drangen die Mordspezialisten in das Haus ein, um den Weg frei zu machen für ihre „Kollegen" von der Bereitschaftspolizei. Es dauerte auch nicht lange, bis sie anfingen zu schießen, die Schweine. Daß sie niemanden von uns über den Haufen geknallt haben, liegt überhaupt nicht daran, daß die Dreckskerle etwa Skrupel gehabt hätten. So mancher Genosse wird nicht vergessen, wie die Kugeln dicht neben ihm in die Wand einschlugen. Bald wüteten sie im ganzen Haus. Genossen, die nicht niedergeprügelt wurden, wurden gezwungen, sich mit dem Bauch auf die Erde zu legen. Jedem wurden Handfesseln angelegt und so, daß sie einem das Blut und die Nerven abschnürten. In kurzer Zeit lag auch der letzte Genosse, der noch Zeit gefunden hatte, im Treppenhaus gegen die Bullen zu kämpfen, bewegungslos am Boden. Wie ein Stück Vieh wurden wir bei der Durchsuchung herumgeworfen. Fing einer von uns an, Lieder zu singen, traf ihn gleich ein Stiefel ins Gesicht. Es war für die Bullen sowieso ein müheloser Spaß, die gefesselten Genossen zu treten und zu schlagen. Und dann wurden wir abgeschleppt, einige barfuß, weil ihnen die Schuhe weggenommen waren.

70 Genossen hatten sie rausgeholt und 40 von ihnen landeten schließlich im UG. Am nächsten Tag wurden sie dem Haftrichter vorgeführt. Dort erreichte die Kriminalisierungsstrategie des Staatsapparates ihren vorläufigen Höhepunkt. Den Genossen wurde der Stempel der Kriminellen Vereinigung (§ 129) aufgesetzt. Das ist die Antwort der herrschenden Justiz auf den Kampf gegen Wohnungsnot und staatlicher Unterdrückung. 21 Genossen wurden in den Knast



DIESEN SPITZEL HAT MAN ERWISCHT...UND ER HAT SEINE ABREIBUNG GEKRIEGT. ALS ER AUS DEM KRANKENHAUS KAM KRIEGTE ER SIE NOCHEINMAL

UND DIE BULLEN STÜRMTEN DIE EKHOFSTRASSE

gesteckt, von denen jetzt noch 6 drin sind. 18 bekamen Haftverschonung, d. h. sie können jederzeit ohne Angabe von Gründen wieder eingelocht werden.

Das Ziel dieses Theaters liegt auf der Hand: All jene abzuschrecken, die bereit sind, den Wohnungskampf weiterzuführen, und diejenigen, die den Kampf hier und heute schon begonnen haben, zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Begründet wurden diese Maßnahmen damit, daß Fluchtgefahr bestünde. Die einen, die „noch einmal davongekommen sind", die anderen die durch Auflagen gezwungen werden sollen, in das scheißbürgerliche Leben zurückzukehren; und schließlich jene, die sie hintern Gittern isolieren und kaputt machen wollen.

Besuchsanträge für die gefangenen Genossen werden abgelehnt. Dafür genügt ein Griff in die juristische Trickkiste: Verdunkelungsgefahr. Aus Angst davor, daß die Genossen drinnen gemeinsam gegen die Mauern kämpfen, versuchen die Schweine, sie untereinander zu isolieren, d. h. sie werden alle in verschiedene Abteilungen gesteckt und haben so auch keinen gemeinsamen Hofgang, und keinen Kontakt von Zelle zu Zelle. Jeder Versuch, sich untereinander zu verständigen, wird mit Strafen bedroht (kein Hofgang, Einkaufssperre, Bunker). Um die Isolierungsfolter perfekt zu machen, tun die Knastbullen alles, um die anderen Gefangenen gegen die Genossen aufzuhetzen, so drohen sie, das Zuckerbrot abzusetzen: Gemeinschaftsveranstaltungen gibt es nur ohne die Hausbesetzer. Aber diese dreckigen Methoden ziehen nicht, denn die Genossen haben sie durchschaut und wehren sich dagegen. Zitat: „Wir müssen uns auch hier drinnen selbst und gegenseitig kontrollieren, uns klar machen, was wir tun und warum, damit wir nicht ohne es zu merken von den Herrschenden unterwühlt werden und schließlich immer noch „der Kampf geht weiter" schreiend in uns zusammenfallen und uns den Schweinen unterwerfen." So die Worte einer Genossin aus dem Knast, die begriffen hat, daß du totgehst im Knast, auch wenn dein Körper noch „lebt", wenn du nicht jede Möglichkeit nutzt, dich aufzulehnen.

Darum sind auch viele Genossen in den Hungerstreik getreten. Solange er nicht zum Instrument der Selbstzerstörung wird, kämpfen sie nach dieser Methode kollektiv gegen den Zwang zur Unterwerfung. Darum hat auch vor kurzem ein gefangener Hausbesetzer seine Zelle demoliert und unter Wasser gesetzt. Nur Menschen, die sich selbst schon aufgegeben haben, versuchen es, sich in ihrem Käfig behaglich einzurichten. Das gilt sowohl im Knast als auch draußen.

Bei der spontanen Reaktion auf den Terrorangriff in der Ekhofstraße darf es nicht bleiben. Gerade weil der Feind uns einmal geschlagen hat, haben wir erkannt, daß wir nur im langwierigen und planmäßigen Kampf gegen ihn etwas ausrichten können.

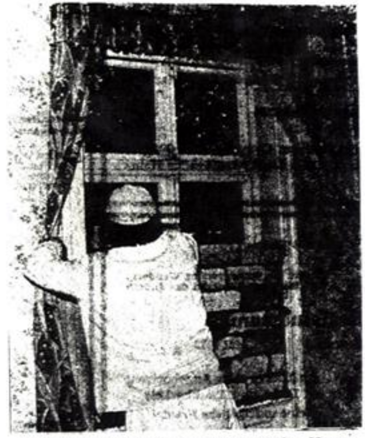
Die Repression provoziert Widerstand

Nach der Räumung kamen die Bullen erstmal nicht zur Ruhe. Noch am Nachmittag desselben Tages trafen sich tausend Menschen zu einem teach-in, und ein großer Teil

von ihnen beschloß kurzerhand, zum geräumten Haus zu demonstrieren. Kurz vor dem Ziel wurde der Zug, in dem auch viele friedliche Menschen mitgingen, von Polizeiketten aufgehalten. Dort zeigten Ruhnaus Polizeischläger dann, daß sie sich nicht an die pazifistischen Spielregeln naiver Kämpfer halten, wenn andere Methoden als die brutale Einschüchterung sowieso nicht mehr ziehen. Diesmal hatten sie es gerade und zuerst auf die Hohenfelder Bevölkerung abgesehen. „Harmlose" Anwohner, die an der Straße standen, wurden wild zusammengeknüppelt. Unter den 21 Festgenommenen waren nur zwei Demonstranten. Immerhin kostete diese Aktion der Neuen Heimat ein paar schöne große Scheiben ihres Verwaltungsgebäudes. Am Sonnabend darauf bewegte sich eine 2 000 Mann starke Einheitsbrei-Demonstration auf Hohenfelde zu. Alles in allem ein recht andächtiger Zirkus! Während der Schlußkundgebung in der Ekhofstraße riegelten die Bullen das Haus ab. Hierbei wurden sie unterstützt durch eine zweite Sperrkette, die von den Möchtegern-Kommunisten des KB und der KG (ehemals SSG) gebildet wurde. So demonstrierten diese Leutchen den knüppelbewaffneten Bullen recht eindrucksvoll ihre friedliebende Haltung. Es zeigte sich aber, daß es in Hamburg eine Menge Genossen gibt, die sich an solche Spielchen nicht gewöhnen wollen: die Kette wurde gewaltsam gesprengt. Ein SSG-Vertreter dazu: „Die Hausbesetzer haben es in den Armen, wir aber mehr im Kopf."

Nach der Kundgebung entschloß sich ein kleiner Teil von Demonstranten, weiterzuziehen zum UG. Doch die Genossen kamen nicht weit. In altbewährter Manier wurden sie von vier Hundertschaften Bullenschweinen auseinandergetrieben. Nachbarn, die den Terror beobachtet hatten, holten viele Genossen heimlich aus den Büschen und versteckten sie in ihren Wohnungen. Bald danach traf man sich bis auf 17 vorläufig Festgenommene vor dem UG, um mit den Genossen im Knast zu sprechen.

In Hohenfelde selbst konnte der zaghafte Widerstand der Bevölkerung die Pläne der bewobau bis heute nicht wirklich gefährden. Um ein Jahr hat sie den Abriß-Termin verschoben. Das geräumte Haus aber war sowieso gleich niedergerissen worden; die leeren Wohnungen im Viertel wurden zugemauert,



daran konnten auch die Wachen in den Hauseingängen nichts ändern: die „alteingesessene" Mieterinitiative kam mit ihrem legalen Trip wieder voll zum Zuge.

SELBSTKRITIK

Daß unsere Feinde und deren Handlanger nicht tatenlos zusehen würden, wie wir uns nehmen, was wir brauchen, und dies dann den anderen Menschen vermittelten, war klar. Wir waren auf einen Kampf vorbereitet (Bewaffnung, Barrikaden). Wir waren uns aber der letzten Konsequenzen noch nicht genügend bewußt, daß die Bullen schießen und selbst auch Mord einkalkulieren würden. Wir hatten nicht begriffen, daß wir siegen müssen, daß wir nicht in den Knast gehen dürfen. Militärisch waren wir unterlegen, deshalb hätten wir uns auf eine bewegliche Guerillataktik verlegen müssen, wie sie schon teilweise bei Aktionen gegen Bullen praktiziert, aber nicht konsequent weitergeführt wurde: d. h. den Feind nur anzugreifen, wo er schwach ist, sich aber dort zurückzuziehen, wo er in seiner ganzen Stärke auftritt, um kein Angriffsziel zu bieten. Konkret auf die Räumung bezogen heißt das, da wir schon am Abend vorher über das Vorhaben der Feinde informiert waren, daß man Fluchtwege und Unterschlupfmöglichkeiten hätte offenlassen müssen, bzw. wenn diese nicht vorhanden waren, gar nicht im Haus hätte sein dürfen, denn was ist eine Hausbesetzung, die damit endet, daß die Genossen im Knast sitzen. Die Räumung war das Ergebnis unserer Fehler.

Die Hausbesetzung war „bewaffneter" Widerstand gegen die Unterdrückung durch die Spekulantensäue und ihren Staatsapparat. Daß man nur, indem man gegen die Unterdrücker offensiv kämpft, sich von ihnen befreien kann, wußten wir. Deshalb genau eine „militante" Hausbesetzung. Ohne Verhandlungen, ohne Zugeständnisse. Wir brauchten eben ein Haus, deshalb nahmen wir es uns. Um leben zu können, wie man will, und um gemeinsam politisch zu kämpfen. Mit den Mietern im Viertel.

Was wir aber heute begriffen haben, ist, daß die Schweine uns nicht leben lassen, wie wir wollen, daß wir uns keine sozialistische Oase aufbauen können. Diese Freiraum-Illusion hat sich in unsere Kämpfe eingeschlichen, ohne daß es uns bewußt geworden ist. Mit der Zeit fühlten wir uns immer sicherer, so daß die Konfrontation mit den Bullen schon fast als abenteuerliche Spielerei verkannt wurde. Dazu gehört auch, daß politische Positionen nicht konsequent formuliert wurden, und sich nicht in der notwendigen Schärfe mit ihnen auseinandergesetzt wurde.

Das liegt sicher auch daran, daß die Genossen, die schließlich gemeinsam das Haus besetzt hatten, spontan zusammenkamen und sie sich dann untereinander nicht genügend darüber im klaren waren, wie der Kampf in Hohenfelde konkret zu führen war. So hat es aber auch einfach an Zeit gefehlt, die Situation im Stadtteil tatsächlich einzuschätzen; denn wir waren uns der Dringlichkeit bewußt, den Häuserkampf in Hamburg zu entfachen, der in anderen Orten dem Feind schon empfindliche Schläge versetzt hat. Damit die Schweine keine Ruhe mehr kriegen und sich überall eine Kampffront bildet, bis alle Häuser denen gehören, die darin wohnen. Zum anderen bestand die Gefahr, im Zuge der fortschreitenden Kaputtsanierung des Stadtteils das leerstehende Haus, das wir haben wollten, abgerissen würde.

Wir bemerkten zu spät, daß die Zerstörung des Stadtteils schon sehr weit gediehen war. Der größte Teil der Altmieter war schon rausgeworfen, einige wollten baldmöglichst ausziehen. Viele Wohnungen standen bereits leer. In anderen Wohnungen waren Studenten mit einem bis zum endgültigen Abriß des Viertels befristeten Nutzungsvertrag eingezogen. Um den Kampf nicht auf das Haus zu beschränken, sondern auf das ganze Viertel zu übertragen, versuchten wir auch die Altmieter davon zu überzeugen, daß wir durch unsere Aktionen eine Möglichkeit aufgezeigt haben, sich gegen den Hinauswurf zu wehren. Darüberhinaus gingen wir in die „Soziallager", weil wir annahmen, daß wir dort Menschen treffen würden, die von der Wohnsituation am beschissensten betroffen sind und am ehesten bereit wären, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Wir sahen aber, daß sie auf unsere „netten" Besuche zwar mit Verständnis reagierten, aber es für sich selbst nicht als Alternative ansahen, in Hohenfelde einzuziehen, da ihre Angst größer als die Einsicht war.

Wir hatten es in unserem Kampf mit einem gigantischen Gegner zu tun. Er wurde von uns in Hohenfelde nur auf den Schwanz getreten und schon hat er brutal und rücksichtslos zugeschlagen. Das zeigt nicht nur seine gegenwärtige Stärke, sondern auch, daß wir ihn empfindlich getroffen haben – das Gewerkschaftskapital die „Neue Heimat". Das heißt für uns: Der Kampf gegen Europas größten Wohnungsbaukonzern hat erst begonnen. Worauf es jetzt ankommt: Den Gegner zu entlarven, seine Strategie, Städte zu zerstören, die Ausbeutung der Menschen in den Betrieben und in den Häusern zu koordinieren, bloßzustellen.

Genossen, mit welchen Methoden der Wohnungskampf auch weitergeführt wird – wir haben aus unseren Fehlern gelernt, wir werden stärker sein.

Spendet für die Genossen im Knast
Postscheckkonto Udo Vetter
Postscheckamt Hmb. Nr. 13 17 80-209

Im Auftrag der Hausbesetzer:

Viete Kampf
ehemals Ekhofstr. 39

GUTENBERGSCHULE IN FRANKFURT:

POLITISCHE INDOKTRINATION

Was war los? (Flugblatt)
Wir machten Protestplakate gegen Arbeitskrankheiten und Betriebsunfälle. Sie wurden von Lehrer Carius von der Wand gerissen. Weil er meinte, es wäre *sein* Klassenraum, in dem *nur er* zu bestimmen hätte. Lehrer Lohaus wurde politische Beeinflußung der Schüler vorgeworfen. Zwei Wochen später wurde ihm gekündigt!
Denn: „Wie jeder weiß, an unserer Schule gibt es ja genug Lehrer."

Was wurde unternommen?
Wir machten ein Flugblatt.
Reaktion: Manche Schüler fanden es gut, andere nicht scharf genug und manche schlossen sich der Meinung der meisten Lehrer an, daß das alles Quatsch sei!
Wir entschlossen uns, eine SV aufzubauen! Wir wählten Tagessprecher! Wir machten eine Unterschriftensammlung, bei der sich an zwei Tagen 200 Schüler mit den Forderungen aus dem Flugblatt solidarisierten.

Alle 13 Sekunden ein Arbeitsunfall!

Alle 13 Sekunden setzt ein Arbeiter seine Gesundheit und sein Leben für seinen Arbeitgeber aufs Spiel und...
Warum?

Doch nur weil in vielen Betrieben Schutzvorrichtungen und Schutzkleidunge fehlen, weil die Ausgaben für solche Dinge für den Unternehmer unzumutbar sind (sie bringen keinen Profit)!



Was wird jetzt gemacht?
Heute findet in der Aula eine Vollversammlung von allen Schülern der Gutenbergschule statt. Wir werden das Flugblatt diskutieren und allen Seiten die Möglichkeit geben, dazu Stellung zu nehmen, sowie Informationen über den Ablauf der Schulsprecherwahl abgeben. Wir fordern von Herrn Direktor Bender eine Stellungnahme zu der Behauptung: „Lehrer Lohaus hätte im Unterricht politisch indoktriniert!"

Wir fragen:
Ist es an unserer Schule erlaubt, sich eine eigene Meinung zu bilden? Ist Kritik an Lehrmitteln und -methoden erwünscht? Können wir uns gegen einseitige Information wehren?

Die SV will sich einsetzen für interessante und objektive Gestaltung des Unterrichtes! Verfügungsstunden zu diesem Zweck! Volle 12 Stunden Berufsschule für alle Klassen. Rechenschaft der Lehrer über die Notengebung. Teilnahme von Schülern an Lehrerkonferenzen, die Schülerfragen betreffen. Raucherecke im Schulgebäude. Mindestens ein halbes Jahr vorher kollektive und intensive Vorbereitung der Schüler eines Berufszweiges auf die Prüfung. Information der Schüler über ihre Rechte an der Schule!

Weitere Anregung von Schüler- sowie Lehrerseite und rege Beteiligung an der Diskussion sind erwünscht!





8 WOCHEN STREIK HABEN UNSRE MACHT VERSTÄRKT



Gemeinsame Versammlung der Docker, Schüler und Studenten.

Antwerpen – Gent

Europa hat einen Kampf der Arbeiter um die Macht erlebt, der beispielhaft ist.

13 500 Hafenarbeiter in Antwerpen und Gent (Belgien) haben zwei Monate ununterbrochen einen wilden, militanten und massenhaften Streik geführt.

Die nationale und internationale Bourgeoisie kämpfte mit all ihren Mitteln dagegen:

1. für die nationale und internationale Presse gab es ein komplettes Informationsverbot.
2. Die Gewerkschaften zahlten keinen Pfennig Streikgeld, sondern setzten ihren gesamten Apparat gegen den Streik ein.
3. Die ‚Kommunistische Partei' Belgiens versuchte mit ihrem ganzen Einfluß von Anfang an den Streik abzuwürgen.
4. Die Polizei und die militärähnliche Gendarmerie knüppelte die Docker, ihre Frauen und auch ihre Kinder mehrmals brutal nieder.

Der Kampfverlauf der Antwerpner und Genter Hafenarbeiter

Fr., 6. April 1973
In Gent bricht ein wilder Streik aus. Die Gewerkschaftsführung und die Kommunistische Partei Belgiens schlagen sofort einen 24stündigen Warnstreik vor, doch die Docker lehnen es ab und beschließen den *unbefristeten Streik.*

Mo., 9. April 1973
150 Docker fahren von Gent nach Antwerpen und legen dort die Arbeit im ganzen Hafen lahm.

Di., 10. April 1973
In Gent streiken alle 15 000 Arbeiter und in Antwerpen alle 12 000 für folgende Forderungen:

1. *Lohnerhöhung* für Alle pro Schicht 100 Fr. (7,– DM)
2. *13. Monatsgehalt für Alle.*
3. *Neue Arbeitsverhältnisse* pro Kolonne drei Mann mehr (8 statt 5).
4. *Feste Arbeitsverträge für Alle.*

Die Gewerkschaften erklären den Streik für illegal. Sie verweigern jedes Streikgeld.

Fr., 13. April 1973
Der Bürgermeister von Antwerpen (Sozialist und Nazikolaborateur) verbietet jede Ansammlung von mehr als fünf Personen im Hafengebiet (wo auch das Gewerkschaftshaus liegt). Er läßt den gesamten Hafen von Polizei und Militär absperren. Nur noch die Ratten (Streikbrecher) haben Zugang. Die Bevölkerung sagt: das ist wie im Krieg, da haben die Nazis auch den Hafen besetzt.

Mi., 18. April 1973
3 000 Docker demonstrieren in der Stadt und verlangen weiter ihre Streikgelder von der Gewerkschaft. Sie singen: Staken is een arbeiders Recht – Streiken ist das Recht der Arbeiter.

Fr., 27. April 1973
Mehr als 1 500 Docker greifen die Polizei an, um sich Zugang zum Hafen zu verschaffen.

Di., 1. Mai 1973
Die Gewerkschaft macht den Dockern von Gent ein ‚Maigeschenk' von 570 000 Fr. (43 500 DM). Jeder weiß, daß dies ein plumper Bestechungsversuch sein sollte.

Im 1. Mai-Zug der Sozialisten ziehen 2 000 Docker mit und schreien zu den Sozialistenführern hinüber „Räuber", „Banditen", usw. Nur die Polizei konnte verhindern, daß die „Großen Sozialisten" nicht in die Escaut (Fluß) geworfen wurden.

Fr., 4. Mai 1973
Versammlung der Docker, auf der beschlossen wird, den Kampf fortzusetzen. „Alles oder nichts".

Sa., 5. Mai 1973
Die Unternehmer schlagen den Genter Dockern vor: Jeder bekommt eine Prämie von 3 000 Fr. Jeder bekommt 80 Fr. mehr pro Schicht und eine Jahresprämie von 6 000 Fr. *Wenn* sie die Arbeit sofort wieder aufnehmen.

Mo., 7. Mai 1973
Auf einer Vollversammlung wird dieser Spaltungsversuch von allen Genter Dockern zurückgewiesen. Sie sagen: Wir haben diesen Streik begonnen, um der Willkür der Unternehmer und der Gewerkschaft ein Ende zu setzen. Wir wollen kein Judas-Geld des Verrats, sondern Streikgeld. Sie starten eine große Sammelaktion.

Mi., 9. Mai 1973
2 700 DM werden in fortschrittlichen Buchläden und Cafés gesammelt. Am Nachmittag demonstrieren 50 Frauen mit ihren Kindern vorm Gewerkschaftshaus und fordern Streikgelder. Die Polizei greift sofort und hart ein. Die Docker kommen ihnen zu Hilfe. Es gibt eine Straßenschlacht. Die Frauen ziehen zum Rathaus, die Polizei kann sie nicht aufhalten.



Straßenkampf. Im Vordergrund Franz Wuytack (Vorsitzender im Streikkommitee)

Do., 10. Mai 1973
Die Frauen organisieren sich. 200 werden militant. Sie wollen den Bürgermeister zur Rechenschaft ziehen, aber der macht sich aus dem Staub. Sie sagen: Das Schwein ist immer bereit, den Kaiser von Japan zu empfangen, aber nicht uns Arbeiter.

Mo., 14. Mai 1973
Der Kampf der Docker nimmt eine dramatische Wendung: 2 500 Docker machen einen Demonstrationszug. Angeführt mit schwar-

zen Fahnen und einer Frau im Rollstuhl, die am Donnerstag verletzt wurde. Die Parolen sind:

Sofort ein 13. Monatsgehalt
Was wollen die Frauen? zu essen!
Was bekommen sie? Schläge!
Von wem? von der Polizei!

Die Polizei schlägt schwer zu. Sie verhaftet mehrere Docker, von denen heute noch zwei sitzen. Die Polizei setzt Schußwaffen ein. Die Docker schreien Gestapo. Die Wut platzt. Ein Bullenwagen wird vollkommen fertig gemacht. Die Insassen können nur durch harten Wasserwerfereinsatz befreit werden. Die Docker kommen zum Hafen durch und machen dort eine Lebensmittelverteilung. Alles beruhigt sich wieder, dann greifen die Bullen aus dem Hinterhalt an. Sie verhaften im großen Stil und verprügeln die, die zu Hilfe kommen.

15. Mai 1973
Demonstration in die Stadt, trotz Verbot. Streikführer Franz Wuytack wird zusammengeschlagen und kommt ins Krankenhaus. Eine Gruppe befreit ihn wieder, obwohl er von zwei Polizisten bewacht war. Wenig später spricht er in Brüssel vor 2 000 Studenten.

16. Mai 1973
Die Stadt gleicht immer mehr einer Stadt im Kriegszustand unter Besetzung. Militär wird zur Entladung der Schiffe eingesetzt.

18. Mai 1973
2 000 Docker versammeln sich am Sint Jansplein, um an der täglichen Demonstration teilzunehmen. Ein ungeheures Polizeiaufgebot blockiert den Platz. Ein Delegierter aus Rotterdam ergreift das Wort und appelliert: Die Arbeiter aller Häfen von Hamburg bis Dünkirchen müssen sich vereinigen und er hebt die Notwendigkeit einer internationalen Dockerorganisation hervor, die im Zeitalter des internationalen Kapitalismus unbedingt einen Zusammenhang zwischen allen Hafenarbeitern herstellen muß. Es kommen zum ersten Mal Delegationen aus anderen Fabriken, darunter Carterpilar (LKW) von Courcelles, den Minen aus dem Hafen von Rotterdam und aus dem Stahlwerk Cockerill.

20. Mai 1973
Die Gewerkschaftsführer drohen, sie würden alle aussperren, die moralisch und finanziell mit dem Dockern solidarisch seien.

23. Mai 1973
Die Streikzeitung der Docker erscheint.

24. Mai 1973
Aufgrund des Demonstrationsverbotes für alle Docker gehen die Frauen auf die Straße.

26. Mai 1973
An diesem Tag werden im ganzen Land 100 000 DM für die Docker gesammelt. Immer noch wenig für 13 500 hungernde Dockerfamilien.

Ein 17jähriger Junge, der von einer Streikbrecherfirma eingesetzt war, hat einen schweren Arbeitsunfall.

28. Mai 1973
Die Polizisten streiken gegen die Überstunden. Sie fragen die Docker, ob sie nicht auch ihre Solidarität kriegen würden, die antworten: Erst eure Schlagstöcke her, dann werden wir sehen. Als diyDocker ihr Kampflied singen, singen die Polizisten mit.

Auf einer Frauenversammlung wird beschlossen, den Genter Dockern zu Hilfe zu kommen. Als sie fahren wollen, werden sie von der Polizei daran gehindert. Die Frauen schreien:

Was wollen unsere Kinder? *Essen!*
Was wollen unsere Männer? *Streikgeld!*
Wann? *Sofort!*

29. Mai 1973
Docker fahren zu einem Bergwerk und bilden Streikketten vor dem Tor.

2. Juni 1973
In Gent, heißt es, fangen sie wieder an zu arbeiten. In Antwerpen wird beschlossen, niemand tritt wieder in die Gewerkschaft ein. 40 Frauen schlagen sich mit der Polizei vor dem Gewerkschaftshaus, sie verlangen Nahrung für ihre Kinder.

Mo., 4. Juni 1973
Die KP organisiert eine Abstimmung über die Fortsetzung des Streiks. Sie nutzt es aus, daß die Polizei Franz Wuytack verboten hat, den Hafen zu betreten. Als er es doch schafft, durch die Absperrungen durchzukommen, stört sie ihn massiv beim Reden. Unter trickreichem Ausschluß sehr vieler entschlossener Docker (siehe KP) wird die erste geheime Wahl seit Streikbeginn durchgeführt: 52 % für Streik, 46 % dagegen, 2 % Enthaltungen.

Ein Mitglied des Streikkomitees sagt: [illegible] ist, wie es auf vielen unseren Flugblättern hieß:

Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt wer- →

den, starten wir eine Sabotageaktion, die den Unternehmern viel teurer zu stehen kommt als der gesamte Streik –

Mi., 6. Juni 1973
Auf einem Flugblatt des Streikkomitees heißt es:
Die Docker setzen ihren Streik fort. Während der Arbeitszeit.
Arbeite sicher, arbeite langsam!
Macht Gruppen, um Aktionen durchzuführen.
Wir werden gewinnen. Acht Wochen Streik haben unsere Macht verstärkt.

Seitdem werden statt 300 Tonnen pro Schicht 15 t verladen. Die Kapitalisten haben nun 100 Fr. angeboten, aber zeitlich befristet, deshalb lehnen die Docker das Angebot ab. Sie haben beschlossen: Das Streikkomitee bleibt bestehen, auch das Frauenkomitee. Sie sagen, jetzt ist jeder Arbeitstag ein Kampftag.
Alles oder nichts. Einer vom Komitee meint: spätestens in vier Monaten, werden wir auch wieder streiken.

Die Solidarität

12. Mai
Flugblatt der Docker: Wir fordern die politische und finanzielle Solidarität des ganzen Landes. Was die Gewerkschaften uns versagen, das wird die Basis machen.
14. Mai
Die Hafenmechaniker erklären sich solidarisch, streiken, demonstrieren mit und führen eine Sammlung durch.
15. Mai
Eine Schüler-Solidaritätsversammlung wird von der Polizei geknüppelt. Ein 15jähriges Mädchen wird auf der Wache zusammengeschlagen.
14. Mai
Auf der Demonstration der Docker wierden trotz der Polizeiaktion 3 700 DM gesammelt. Eine Frau gewinnt in der Lotterie und überweist ihren hohen Gewinn.
16. Mai
Das „Große Arbeiterkomitee" führt Sammlungen am Hafen durch und wird dabei verhaftet. Am Abend werden auf einem Konzert der Sängerin Magny Kampflieder gesungen und 3 000 DM gesammelt.
17. Mai
Die Bergarbeiter von Limburg und Winterslag streiken 24 Stunden.
18. Mai
„Hand", die Organisation der Kleinhändler, versorgt die Docker mit Lebensmitteln.
20. Mai
Die Gewerkschaft in Danvers droht alle hinauszuwerfen, die solidarisch sind. Trotzdem eine große Sammlung und aus Rotterdam kommen auch 1 200 DM.
25. Mai
250 Docker fahren nach Rotterdam, bringen den Boykott von belgischen Schiffen in Gang und rufen zu einer Demonstration vor dem belgischen Konsulat am Dienstag auf.
26. Mai
Im ganzen Land wird eine Sammelaktion durchgeführt. Es kommen 100 000 DM zusammen.

Anwälte machen einen Bereitschaftsdienst für die Docker und sammeln 800 DM.

In Anvers demonstrieren 500 Polizisten für 115 Fr. mehr pro Überstunde. Mit Wasserwerfern werden sie auseinandergetrieben.
30. Mai
Gewerkschafter versuchen, gesammelte Gelder (403 715 Fr.) der Metaller von Brüssel zu klauen.

Die Bauern organisieren die Solidarität. Sie kämpfen gegen ein Militärcamp, streiken und treiben eine Schafherde in eine Fabrik und legen sie dadurch lahm. Den Dockern schicken sie Lebensmittel und einen Pflasterstein als Gruß.

Das Stahlwerk in Cockerill mit 35 000 Arbeitern wird von 1 000 Arbeitern eine Schicht lang bestreikt, sie versetzen die anderen dadurch in Kurzarbeit.
29. Mai
30 Docker fahren nach Zondern (80 km von Antwerpen) und bilden feste Ketten vor dem Tor des Bergwerks. Die Arbeiter zeigen große Bereitschaft, aber der Streik kann nicht gleich beginnen, zwei Tage vor der Lohnzahlung. 300 Türken streiken trotzdem sofort (50 % Ausländer sind im Werk).

Das „Große Arbeiterkomitee"

Es ist das Koordinationskomitee für die zahlreichen autonomen Arbeiterkomitees in den einzelnen Fabriken und Minen. Die meisten entstanden 1970. Diese Komitees aber wurden zu keinen Institutionen, sondern beziehen ihre Funktion auf den Kampf und nicht auf dessen Verwaltung.

1966 und 1970 haben die schwersten außergewerkschaftlichen Streiks der 23 000 Minenarbeiter stattgefunden.

Die Komitees stellen im ganzen Land die Avantgarde der Arbeitermacht dar.

Die Ausländer

Es gibt unter den 12 000 Dockern von Antwerpen 2 000 Ausländer. Die Belgier haben sie, als sie vor zwei und drei Jahren kamen, in ihre Gruppen aufgenommen, heute haben sie mitgekämpft. Aktiv und mit am mutigsten.

Ein Marokkaner sagt: „Schau, er hier ist ein belgischer Aroeiter, wenn er kämpft, gehe ich mit, ich weiß, daß seine Interessen als Arbeiter die gleichen sind wie meine, aber wenn er anhält, dann tue ich es auch. Ich kann nicht allein weitergehen. Eine Sache ist klar, ich stelle mich nicht vor ihn, ich bin kein Streikbrecher."

Die Beteiligung der Emigranten ist wirklich bemerkenswert, denn seit 1972 ist auch in Belgien ein Gesetz in Kraft, wie in Deutschland das Ausländergesetz, oder in Frankreich die Fontanet: Polizeiterror, in den Ausländervierteln mit dem MG im Anschlag, Massenausweisung.

Die Gewerkschaft

Die Docker sagen: „Sie sind Diebe, schlimmer als die Bosse des Hafens, sie weigern sich, uns den Streik zu bezahlen, und das nach 25 Jahren, die wir sie bezahlen." Sie wollten den unbefristeten Streik zu einem 24stündigen Warnstreik machen. Als das nicht ging, erklärten sie ihn für illegal. „Sie sind ein erbitterter Feind der Arbeiter." Sie haben mit den Unternehmern ein Abkommen abgeschlossen, daß sie für zwei Jahre den „sozialen Frieden" wahren, bei einer geringen Lohnerhöhung, wofür sie 0,6 % des



8 Wochen kämpften die Docker jeden Tag auf der Straße

Umsatzes von den Unternehmern bekommen. Schon nach den ersten sechs Monaten war die Lohnerhöhung durch den Anstieg der Preise weg. Kein Funktionär war für die Docker während des ganzen Kampfes zu sprechen gewesen. Sie schützten sich mit der Polizei, die brutal zuschlug. Sie hatten Angst, daß ihnen dasselbe passiert wie 1970 in Limburg, wo die Arbeiter ins Gewerkschaftshaus gekommen sind und sie alle samt Akten und der gesamten Einrichtung aus dem Fenster geworfen haben.

Docker: „Die haben uns alles gestohlen. Sie wissen ganz genau, daß sehr viele von uns Kredite aufgenommen haben, und so wollen sie den Streik beenden, indem sie uns einfach aushungern.

Die Gewerkschaft schreibt: Wählt jetzt – entweder die Abenteurer von Agitatoren ohne Lösung oder eure wohlverstandenen Interessen, die von eurer Gewerkschaft verteidigt werden.

222 Fr. (16 DM) Beitragsgeld und 80 % sind in ihr organisiert gewesen.

Am 1. Mai machen sie an die 1 500 Genter einen Bestechungsversuch und am 5. Mai probieren sie nochmals zu spalten durch einen Lohnerhöhungsvorschlag allein für Gent. Beides zieht nicht. Die Docker sagen: Wenn der Streik weitergeht, wenn er triumphiert, so ist das das Ende der Verräter, der Gewerkschaften ... Schon deshalb wollen sie die Bewegung liquidieren, nicht nur wegen unserer Forderungen.

Am 26. Mai verschickte die Gewerkschaft an alle ihre Mitglieder Mahnungen, die Mitgliedsbeiträge schnellstens zu überweisen, die seit Beginn des Streiks nicht mehr gezahlt worden sind.

Die Kommunistische Partei

Am ersten Tag schlägt sie gegen die Arbeiter einen 24stündigen Warnstreik vor. Die Arbeiter schmeißen den KP-Funktionär aus der Versammlung heraus. Seitdem hat die KP kein einziges Flugblatt mehr zum Streik verteilt. Sie beschränkte sich auf die Beeinflußung des Streikkomitees durch ihre Mitglieder. Jedoch gleitet ihr oft die Situation vollkommen aus den Händen. Franz Wuytack kritisiert, daß das Streikkomitee nicht ganz demokratisch zusammengekommen ist und nicht die wirkliche Avantgarde unter den Dockern repräsentiert, viele, die im Komitee sind, treiben nicht unbedingt den Kampf weiter, sondern haben eine längere Erfahrung im Verhandeln, und das ist nach Meinung vieler Docker, die Grenze des Komitees: zuviel auf Verhandlungen mit der Gewerkschaft gesetzt zu haben, um den Streik anerkannt zu bekommen, im Namen einer „neuen Demokratie innerhalb der Gewerkschaft", mehr als die Initiativen unter den Massen voranzutreiben, das ist in der Tat die Linie, die die Mitglieder der KP vorangetrieben haben.

Die Docker hatten das Ziel, den Kampf auszuweiten auf alle Fabriken. Es ist ihnen bewußt geworden, daß der Kampf auf Massenebene die größte Karte ist, die sie für die Arbeiterklasse spielen können. Dagegen wehrten sich die Mitglieder der KP innerhalb des Komitees. Die Docker wußten: Wenn das Komitee Streikketten vor den großen Fabriken der Region organisieren würde, kämen auf Anhieb 400 bis 500 Docker, um mit den Arbeitern zu diskutieren. Doch die KP wollte nicht. Sie stemmte sich gegen die Ausweitung des Kampfes. Zuletzt setzte sie durch, daß am Montag in Antwerpen gewählt wurde, ob der Streik fortgesetzt werden sollte oder nicht. Es soll zum ersten Mal in dem ganzen Kampf geheim abgestimmt werden. Der Hunger war es, wodurch die KP rechnete, die Abstimmung zu gewinnen. Sie setzte deshalb durch, daß nur diejenigen wählen dürfen, die den Streik vom ersten Tag an mitgemacht haben. Das will heißen, daß nur die entscheiden sollten, die am müdesten und am hungrigsten sind; alle, die in der zweiten oder dritten Woche angefangen haben, hatten kein Recht mitzuentscheiden.

ohne Streikgeld führten die Docker ihren eigenen Kampf!



Ausgabe der von den Bauern gespendeten Lebensmittel an die Dockerfamilien



Mit diesem Trick ist man am Montag zur Wahl gegangen und die KP nützte es aus, daß Franz Wuytack nicht mehr in den Hafen durfte, als er es aber dennoch schaffte und auf der Versammlung vor der Wahl sprechen wollte, störten die KP-Leute so stark, daß er kaum reden konnte. Das Ergebnis war 51,6 % für die Fortsetzung des Streiks, 46,4 % dagegen und 2 % Entahltungen. Aber im Komitee sagte man, das ist eine zu schwache Mehrheit.

Die Selbstorganisation



Jeden Tag finden zwei Vollversammlungen der streikenden Docker statt. Hier berichtet das Streikkomitee und wird kontrolliert.

Es sind mehr als 20 Mitglieder. Daneben gibt es Kommissionen mit besonderen Aufgaben: die Propagandakommission, bei der auch die revolutionären Gruppen mitmachen, die sich mit den Kontakten zu den anderen Fabriken und den Minen befassen und zur Universität.

Dann das Frauenkomitee, das sich in den letzten Wochen zur Unterstützung des Kampfes gebildet hat.

Dann eine Überwachungskommission, die die Verfolgung der Streikbrecher organisiert, ihnen in die Wohnungen folgt und ihnen mit Flugblättern erklärt, „Ratten" sind dazu gemacht, um von den Katzen gefressen zu werden.

Dann die Kommission, der 18 Arbeiter angehören, die die Verteilung des Geldes und der Lebensmittel organisiert. Es ist zwar wenig, aber es wird nach einem für alle gültigen Prinzip verteilt: nach Bedürfnis. Im allgemeinen waren es 500 F. pro Kind und Woche, weniger als ein Arbeiter am Tag verdient. Docker, die in besonderen Schwierigkeiten sind, diskutieren mit dem Komitee, wie sie sich formal krankschreiben lassen oder Urlaub nehmen können. Die Listen derjenigen, die krank oder in Urlaub sind, werden genau kontrolliert, um die Ratten ausfindig zu machen.

Presse

Die ersten Docker, mit denen wir sprechen, sind sofort bereit uns alles zu erklären, vor allem, weil wir Ausländer sind, und weil wir die Informationen weiter tragen werden, um ihren Kampf zu verbreiten helfen. Sie sagen: An uns selbst, am eigenen Kampf haben wir jetzt begriffen, wie die Presse zensiert und die Kämpfe mit aller Macht unterdrückt werden, deshalb hatten wir auch nichts von der Besetzung der FIAT gehört.

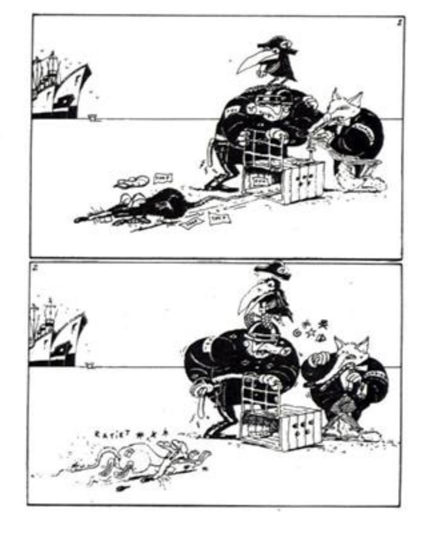
Am 26. Mai ergreift am Kempischen Dock ein westdeutscher Journalist das Wort und erklärt den Arbeitern, daß die Pressezensur es auch nicht zuläßt, daß außerhalb Belgiens ein Streik ein Echo findet.

Ein Kameramann wird von einem Einsatzwagen beim Filmen umgefahren.

Am 2. Juni protestiert das Komitee der Vereinigten Radio- und Television aufs Schärfste gegen die Intervention der Spezialgarde der Polizei, die in ihrem Gebäude Filme über den Dockerstreik beschlagnahmt hat.

Die Ratten

Das sind die Streikbrecher. Die Docker erwarten sie vor dem Ausgang des Hafens und werfen ihre Mopeds in die Escaut (Fluß). In der Nacht streichen sie ihre Häuser gelb, um sie vor der ganzen Welt zu erkennen zu geben.



Die Arbeit

Im Hafen von Antwerpen gab es seit 1965 36 452 Arbeitsunfälle und 63 Tote. Der Arbeitsrythmus ist der schnellste von ganz Europa. Wenn in Rotterdam 9 000 Kisten ausgeladen werden, dann werden in Antwerpen 21 000 Kisten ausgeladen. Dasselbe Schiff, das man in Le Havre oder Marseille in 6–7 Tagen entlädt, wird in Antwerpen mit gleich viel Arbeitskräften in 2–3 Tagen ausgeladen.

Jedes Jahr gibt es Dutzende von Dockern, die für den Rest ihres Lebens arbeitsunfähig bleiben, und viele Tausende tragen unheilbare Schäden davon. 10 tote Docker ziehen sie jedes Jahr aus dem Hafen und kommen dann nach Hause und sagen: „Madam, Ihr Mann wird nie mehr nach Hause zurückkommen." Deshalb die Forderung:
Bessere Arbeitsverhältnisse! Sofort! „Wir verdienen augenblicklich netto 47 DM pro Tag. Bevor wir aber die Arbeit kriegen, müssen wir sehr oft 1–2 Stunden im „Kot" warten. Wir müssen um 7 Uhr da sein, es dauert aber meistens bis 8 halb neun, und diese Zeit bezahlt uns niemand.

Der „Kot" ist der ‚Saal' des Arbeitsaufrufs. „Es ist ein richtiger Viehmarkt, rundherum ist eine Mauer mit Armen, die den Saal in Ställe aufteilt. Auf der Mauer, in unserer Kopfhöhe stehen die foremen, die suchen sich für ihre Gruppen die besten Stücke von oben heraus. Wer nicht aufgerufen wird, kann dreimal wiederkommen und dann muß er nach Hause." sagte ein Docker. Die „Freien" müssen sich oft am Abend beim foreman in der Kneipe einschmeicheln, um am nächsten Morgen mit größerer Wahrscheinlichkeit Arbeit zu bekommen. Am schlimmsten ist es bei den 2 000 bis 3 000 Illegalen, die müssen alles machen, die schwerste und gefährlichste und dreckigste Arbeit zum schlechtesten Lohn, denn sie haben keine Rechte.

„Wir haben es satt, jeden Tag zweimal um 6 Uhr und um 2 Uhr zum Markt zu kommen, um uns anzubieten, ohne Arbeitssicherheit (50 % aller Docker sind „Freie"). Wie Gemüse, das gekauft und verkauft wird."

„Schon unsere Väter haben für den kollektiven Aufruf gekämpft."

Kampf der Dockerfrauen

„Wir Frauen wissen es am besten, wenn das Geld nicht langt. Wir verwalten die Haushaltskasse und merken es am ehesten, wenn wir wegen der steigenden Preise nicht mehr rumkommen. Wir wußten, daß es so nicht mehr weiterging, wir wußten es am besten, daß gestreikt werden mußte."

So begründete eine der militantesten Dockerfrauen das aktive Interesse und die aktive Beteiligung am achtwöchigen wilden Streik der Antwerpener Hafenarbeiter. Das autonome Streikkomitee der Frauen gründete sich in dem Moment, als alle Demonstrationen der Docker verboten wurden. Die Frauen hatten sich auf den vorigen Demonstrationen, wo sie mit in den ersten Reihen marschiert waren, erst kennengelernt und ein Kern von ihnen fand sich zusammen, als das Demonstrationsverbot für die Docker ausgesprochen wurde, und beschloß: „Wenn unsere Männer nicht demonstrieren dürfen, dann demonstrieren wir!". Nach dem Schneeballsystem: fünf Frauen reden je mit einer Frau, die sie ennen, dann sind es zehn usw., agitierten sie für eine Frauendemo und marschierten zu fünfzig Frauen durch die Antwerpener Innenstadt in Richtung Gewerkschaftshaus. Manche Frauen hatten sich einen Tag von der Arbeit freigenommen, um teilnehmen zu können. Die Demonstration wurde unter brutalstem Polizeieinsatz zusammengeschlagen. 4 000 Polizisten mit Wasserwerfern gegen fünfzig Frauen. Der Terror der Bullen verstärkte nur die Empörung und die Militanz der Frauen. „Ich habe keine Angst vor der Polizei. Ich schlag mit meinem Schirm zurück." Eine Frau, deren Knöchel bei der Frauendemo kakuttgeschlagen wurde, ließ es sich nicht nehmen, bei der nächsten Demonstration zu erscheinen; sie kam im Rollstuhl.

Jetzt begannen die Frauen erst recht aktiv zu werden. Sie trafen sich regelmäßig als Frauenstreikkomitee und begannen, Go-ins in die umliegenden Betriebe zu machen und die Arbeiter und Arbeiterinnen über den Streik zu informieren und zur Unterstützung aufzurufen. Sie verteilten Flugblätter an den Schulen und sammelten überall in der Bevölkerung Geld, obwohl dies verboten war. Sie schrieben ein eigenes Flugblatt und organisierten weitere Demonstrationen, z. B. nach Gent, um die Einheit des Kampfes zu unterstützen. Eine ihrer Forderungen richtete sich gegen die Streichung des Kindergeldes. Das Kindergeld ist in Belgien erheblich höher als bei uns und wird normalerweise direkt an die Frauen ausbezahlt. Sie schrieben einen offenen Brief an die Familienministerin – diese erklärte sich nicht als zuständig – und machten eine Demonstration zum Rathaus, um den Bürgermeister zur Rede zu stellen. Bei ihm wollten sie auch dagegen protestieren, daß vierzehnjährige Kinder als Streikbrecher an den Docks angestellt worden waren. Dabei gab es viele Unfälle, ein Junge verlor drei Finger. Der Bürgermeister wollte mit einer Delegation von drei Frauen reden. Ihre Antwort: „Sauf-Louis, komm heraus! Du sollst mit uns allen reden! Wir müssen alle unsere Kinder ernähren!"

Es waren nur ca. 150 Frauen, die sich in diesem seit Jahren ersten Streik der Hafenarbeiter aktivierten. Auf unsere Frage, wie sie versucht hätten, die übrigen Dockerfrauen mit in den Kampf einzubeziehen, sagten mehrere der militanten Frauen: „Jede weiß, worum es geht. Wer nicht mitmacht, ist selber schuld." Erst gegen Ende des Streiks diskutierten sie intensiver, wie sie den Rest der Frauen einbeziehen könnten. Die Konkurrenz zwischen den militanten Dockerfrauen und den anderen Frauen kommt auch in der Darstellung der folgenden Szene zum Ausdruck: Eine Frau einer Ratte guckt hämisch in den Einkaufskorb einer Dockerfrau und sagt „Na, was wir kaufen, das kannst Du Dir ja nicht leisten".

Die Frauen, die sich entschlossen hatten, selbst zu kämpfen, entwickelten eine unerbittliche Radikalität und Militanz, die wohl auch aus ihrer mangelnden Bindung an die Gewerkschaften, revisionistische Organisationen und deren Denk- und Organisationsstruktur zu erklären ist. Sie hatten nicht den Kopf voll von formaldemokratischen Regeln, sondern gingen von ihren unmittelbaren Interessen aus, wußten, daß sie im Recht waren und ließen sich durch nichts einschüchtern. So entwickelten sich zu dem Streikkomitee der Männer, das weitgehend von der KP dominiert war, häufig Spannungen, weil die Frauen ihnen Zaghaftigkeit und Kompromißlertum vorwarfen. Zum Schluß trafen die Frauen sich auch nicht mehr in dem KP-Streiklokal. Ein anderes Beispiel: „Viele kamen und fragen uns, wer unsere Vorsitzende ist. Da konnten wir nur antworten, wir haben keine Vorsitzende! Wir wissen alle, worum es geht und was wir zu tun haben."



Als eine Mutter von elf Kindern eine extra Spende erhielt, lehnte sie sie ab und tat das Geld in die allgemeine Streikkasse. „Warum nur für mich? Wir kämpfen alle." Auch die Streikbrecher, die Ratten, wurden von den Frauen angegriffen und beschimpft. Eine Frau spielte täglich vor der Wohnung einer Ratte in ihrer Straße den Schlager ‚Power to all my friends'.

Die Frauen haben in ihrer aktiven Beteiligung am Hafenarbeiterstreik einen Autonomisierungsprozeß durchgemacht, den sie nicht mehr bereit sind, rückgängig zu machen. Sie haben die Forderung aufgestellt, zukünftig bei allen Versammlungen der Hafenarbeiter anwesend zu sein und Stimmrecht zu erhalten. „Ob gestreikt wird oder nicht, geht uns Frauen an. Es ist unser Recht, als Frauen mitzubestimmen, denn wir führen den Haushalt, wir ziehen die Kinder groß. Wir müssen dafür sorgen, daß in Streiks soziale Forderungen gestellt werden. Die Kapitalisten versuchen, den Streik kaputt zu machen, indem sie die Familien aushungern. Wieviele Männer sind zu mir gekommen und haben gesagt, sie müßten gegen zwei Fronten kämpfen. Gegen die Kapitalisten und ihre Gewerkschaftshunde und gegen ihre Frauen zuhause, die Druck ausüben, weil sie die Kinder nicht mehr ernähren können. Wir müssen einen Strich durch diese Rechnung der Kapitalisten machen. Wir müssen als Frauen aktiv werden und für unsere Rechte selbst kämpfen! Zu Hause sitzen und warten, Fernsehen gucken, bringt nichts. Davon gibt's kein Geld. Wir Frauen müssen auf die Straßen gehen!." In der Aushungerungspolitik von Staat und Kapital standen die Familien auch gerade deswegen auf dem Schlauch, weil das Kindergeld gestrichen wurde. So hatte die Familie keine Einnahmen. Sie hielten sich über Wasser, indem sie sich ihr Urlaubsgeld ausbezahlen ließen, indem die Frauen und die älteren Kinder arbeiten gingen, indem sie ihre Ersparnisse aufbrauchten, und von den Spenden.

Die Frauen wollen sich auch nach dem Ende des Streiks regelmäßig weitertreffen. Sie wollen die anderen Frauen ansprechen, Flugblätter an den Bussen verteilen und den Männern an den Docks Flugblätter für ihre Frauen mitgeben. Sie wollen jetzt diskutieren, was für ein Programm von sozialen Forderungen sie aufstellen.

Was wir uns zu der Beteiligung der Dockerfrauen an dem Streik in Antwerpen denken:

1. Die Forderung, die die Dockerfrauen aufgestellt haben, bei Versammlungen der Docker teilzunehmen und Stimmrecht zu haben, hat insofern eine weitreichende Bedeutung, als sie die Politik von Kapital und Gewerkschaft frontal angreift, die sich immer nur auf die Lohnarbeiter bezieht, die gesellschaftliche Funktion der Hausarbeit von Frauen jedoch nicht anerkennt, die Reproduktion der Arbeiterklasse zur Privatsache erklärt. Uns wurde dieser Konflikt gleichsam vorgespielt: Bei der Familie, die wir besuchten, war der Cousin des Ehemanns, der seit seinem 18. Lebensjahr in der KP ist. Zwischen ihm und der Dockerfrau entspann sich

um diese Forderung eine heftige und lautstarke Diskussion. Er sagte immer, das ginge doch nicht, die Frauen würden doch nicht arbeiten und auch keine Gewerkschaftsbeiträge bezahlen. Während die Frau argumentierte, daß Frauen ein Recht darauf haben mitzubestimmen, weil sie die Familie erhalten. Die Forderung greift die Politik des Kapitals an, die Frauen unbezahlte Reproduktionsarbeit machen zu lassen.

2. Der Gedanke der materiellen Autonomie schlug sich nieder in der Forderung nach Bezahlung des Kindergeldes. Der scharfe Protest gegen die Streichung dieses Geldes ist auch begründet in der Einsicht der Frauen, was für eine Funktion der sozialen Kontrolle sie als Familienmütter spielen, wenn sie auf den Lohn des Mannes angewiesen sind. „Der Streik ist an den Frauen verloren gegangen, weil sie sich noch nicht massenhaft genug aktiviert haben", sagte die Dockerfrau. Darin liegt auch die Erkenntnis, daß die Frauen auch deswegen häufig abwiegeln, weil sie aus der passiven Haltung des zu Hause Wartens eher dazu neigen, ängstlich und mutlos zu sein. Wenn man selber aktiv ist, kämpft, weiß man auch wofür, da weiß man, wofür man Risiken eingeht und ist eher bereit, sie einzugehen. „Die Frauen müssen raus aus ihren Häusern."
3. Die Militanz und Entschlossenheit des Streiks ist wesentlich auch auf eine krasse materielle Not zurückzuführen, die verschärft wird durch eine zunehmende Unsicherheit des Arbeitsplatzes aufgrund ständiger Rationalisierungsmaßnahmen und der Einführung von Containern. Nach unseren Erfahrungen drückt sich die materielle Not in Deutschland nicht einfach im nicht Genug zum Leben aus, sondern darin, daß durch das „Wirtschaftswunder" bestimmte Ansprüche von Leben definiert sind, die nur durch Kredit und Ratenzahlungen zu realisieren sind, wobei die Inflation die Rückzahlung der Raten immer schwerer macht. Wir kennen etliche Frauen, die sich das Brot vom Munde sparen, um ihre Schulden zahlen zu können.
4. Der Ausgangspunkt für die Entwicklung einer Frauenbewegung unter den Dockerfrauen in Antwerpen war der Streik der Männer. Aus einer Unterstützungsfunktion der Frauen und dem Bruch mit der Rolle als Abwiegler entwickelten sich eigene Forderungen. Von dieser Ausgangssituation her ist es klar, daß die Frauen immer betont haben, daß es darum gehe, die Spaltung zwischen Männern und Frauen aufzuheben, einig zu kämpfen. Trotzdem traten natürlich Widersprüche auf, wenn z. B. die Ehemänner dagegen waren, daß ihre Frauen mitdemonstrierten, weil sie Angst hatten, ihnen würde etwas passieren, und wer sei dann da für die Kinder?

Die Antwerpener Dockerfrauen haben durch ihre Aktivitäten viele Rollen durchbrochen, Selbstbewußtsein gewonnen. So war es z. B. oft der Fall, daß der Ehemann auf die Kinder aufpassen mußte, während die Frau zur Versammlung des Frauenstreikkomitees ging.

Für uns ist es jedenfalls wichtig zu realisieren, daß eine Frauenbewegung sich auch bei einem Männerstreik entwickeln kann, eine Frauenbewegung, die viel Perspektive in sich birgt. Statt nur den Film „Salz der Erde" anzugucken, sollten wir vielleicht bei den Streiks hierzulande mal die Augen aufmachen, was in den Familien passiert.

JUGENDZENTRUM IN DORTMUND GEFORDERT

Nachdem der Stadt seit einem halben Jahr unsere Forderungen nach einem Haus und 100 000 Mark klar waren und wir 2 000 Unterschriften zusammen hatten, beschlossen wir, den Oberbürgermeister zur Rede zu stellen. Am 18. 5. 1973 fand dazu ein Fest im Bunker statt, auf dem 100 Leute waren, wo wir Bücher verkauften, Lieder vom Dortmunder Lehrlingstheater über unser Jugendzentrum sangen und diskutierten. Fünf Tage später wollten wir zum OB. Doch schon am 22. 5. 1973 tauchte ein Bulle bei einem von uns auf, der meinte, daß vielleicht Typen die Rathausaktion zu Gewalttaten ausnützen könnten. Darum habe der Jugendamtsleiter Köster die Bullen gerufen. Und prompt spielten die Bullen wieder Bürgerkrieg. Am 24. 5. 1973 waren 14 Mannschaftswagen im Innenhof des Stadthauses stationiert. Polizeihunde wurden in die Aktenräume gepfercht. Zivile Bullen kontrollierten die Gänge des Stadthauses. Vor dem Jugendamt patrouillierten Bullen mit Hunden.

Als wir zwei Stunden vor der Aktion Flugblätter verteilten, wurden vier von uns zur Adressenfeststellung festgenommen. Naja, und um 15 Uhr sammelten wir uns vorm Rathaus, 70 zu allem entschlossene Typen, finster dreinblickend, und – kaum wahrnehmbar – ein paar Hundertschaften, welch ein Verhältnis, was für vorsorgliche Jugendarbeit der Stadt. Ganz schlecht wird's einem dann, wenn man ausrechnet, daß der Bulleneinsatz ca. 20 000 Mark gekostet hat, 1/5 von dem, was wir fordern. Und als wir uns dem Rathaus näherten, sah sich die Stadt gezwungen, alle Stahlgitter herunterzulassen, woran wir dann gut unsere Transparente befestigen konnten. Natürlich hatte der Herr OB keine Zeit, im August vielleicht, ließ uns das Vorzimmer wissen. Schließlich hat die Stadt ja sowjetische Gäste. So gaben wir 70 zornigen Typen die „Belagerung" des Rathauses auf, und die Bullen zogen langsam ab, deren massives Auftreten selbst der lokalen Presse aufgefallen war, da wir – wie die Ruhr-Nachrichten am 25. 5. 1973 schreiben – „bisher" als friedliche Gruppe gegolten haben.

Am letzten Schultag wollten wir dann einen Flohmarkt und Spiele in der Innenstadt machen. Doch das Ordnungsamt teilte uns am 5. 6. 1973 mit, daß dies nicht genehmigt werden könne, denn mit dem Sammlungsgesetz wäre in der letzten Zeit so viel Schindluder getrieben. Doch wo Verbote sind, da ist auch Widerstand, darum machen wir dazu noch eine Demonstration am 14. 6. 1973. Nach den Ferien wird sich dann zeigen, ob sie uns alles geben oder wir uns alles nehmen müssen. Fest steht für uns nur eines: *WIR WOLLEN ALLES.*

Kontaktadresse:
Hans Jürgen Bucksch
581 Witten–Annen
Holzkampstr. 94

Hausbesetzung in Bern

Das Länggassquartier hinter dem Berner Bahnhof, seit jeher ein Wohnquartier von Proletariern, Kleinbürgern und Rentnern, soll nach den Vorstellungen der Schweizer Kapitalisten einem Komplex von Büros und Luxusappartements weichen.

Aber die Mieter beginnen, sich zu wehren. Als Ende April wieder zwei leere Häuser vom Abbruch bedroht sind, werden sie kurzerhand von Lehrlingen, Jungarbeitern, Schülern und Studenten besetzt. In der Nacht auf den 1. Mai fahren über hundert Polizeigrenadiere in voller Kriegsausrüstung in die Länggasse, die besetzten Häuser werden abgeriegelt, mit Einsatz von Tränengas, Fußtritten und Haarreißen werden die Hausbesetzer herausgeholt und abtransportiert. Die durch eine vorher eingerichtete Alarmanlage aufgeweckte Bevölkerung beschimpfte die Polizei und bildete Ketten, um die Durchfahrt von Polizeifahrzeugen zu verhindern. Unter starkem Polizeischutz wurden die Häuser unmittelbar nach der Räumung abgerissen.

Treibt die schwarzen Parasiten ab

Döpfners Schäfchen blöken für „Das Leben" – Wir trillerten zurück!

Döpfner hatte seine Schäfchen überschätzt: 40 000 meldete er für seine Kundgebung am 2. 6. 1973 (Samstag) **FÜR** den § 218 an, aber 35 000 blieben zuhause. Unter den ca. 5 000, die doch kamen – aus ganz Europa – waren vorwiegend Hammel und – wegen ihrer besonderen Fachkenntnisse – Nonnen. Zusammen mit der NPD stellten sie sich unter Deutschlands schwarz-rot-goldene Fahnen. Man konnte u. a. folgende Parolen lesen: „Mord erst an Kindern, dann an Alten", „Der Geist von Auschwitz lebt wieder auf".

Am Freitag und Samstag machten wir in der Innenstadt Informationsstände, an denen wir mit Passanten den § 218 diskutierten. Es diskutierten sehr viele, und fast alle Frauen, mit denen wir sprachen, waren für die Abschaffung des Paragraphen, während einige Männer sich unglaublich ereiferten und die Frauen stundenlang von ihren abstrakten moralischen Bedenken zu überzeugen versuchten – ohne Erfolg übrigens. Eine Passantin: „Die Männer reden gescheit daher und wir kriegen den dicken Bauch!"

Am Samstag gingen wir mit unseren Flugblättern zu den Informationsständen der Katholiken. In Kürze waren die Stände bis auf zwei dirndlverkleidete Kirchenfrauen völlig verlassen.

Auch vor einigen Münchner Betrieben verteilten wir unsere Flugblätter. Die positive Reaktion der Arbeiter hat uns vor allem überrascht. Sie hatten selber oft mitgemacht, was es bedeutet, ein unerwünschtes Kinde zu bekommen. Sie mußten heiraten, weil ihre Freundin sich die 2 000,– für eine „saubere" Abtreibung in England nicht leisten konnte.

Die Reichen können nach England fliegen, die Armen müssen auf dem Küchentisch liegen.

Alle waren auf die Kirche sauer: „Was haben sich die Pfaffen in Angelegenheiten einzumischen, die sie nichts angehen! Wir Frauen müssen schon selbst entscheiden, ob wir ein Kind großziehen können oder nicht", sagte eine Arbeiterin.

Das Flugblatt gegen die Kirchenkampagne gegen den Paragraphen wurde im Betrieb und auch auf der Straße viel genommen, viel diskutiert und vor allem sehr positiv aufgenommen.

Die Kirche sagt: **„Für das Leben, was sonst?"** Scheinheilig geht sie an den Tatsachen vorbei: Über 15 000 Kinder gehen in Heimen zugrunde, Hunderte von Frauen sterben jedes Jahr an verpfuschten Abtreibungen etc.

Die Kirche verbietet auch die Pille! Sie unterstützt damit klar die Ideologie des Kapitalismus: Wir sind zum Arbeiten und zum Kinderkriegen da, nicht zum Leben. Deshalb hätte eigentlich am Samstag auf der Plakette der Katholiken stehen müssen: **„Für das Arbeiten und Vermehren, sonst nichts!"**

Wir sagen: **„WIR WOLLEN LEBEN!"** Aber das kann man nicht leben nennen: Wir müssen auf engstem Raum zusammenhausen, weil die Mieten so hoch sind. Wenn wir ein Kind haben, müssen wir uns mit dem Mann in der Schicht abwechseln, damit immer einer auf das Kind aufpassen kann.

Wir müssen für eine „Aufbewahrung" der Kinder bis zu 400,– DM monatlich zahlen. Unsere Kinder spielen zwischen Beton und Autos. In der Schule gibt es für 40 Kinder einen Lehrer. Ausländische Kinder und Kinder aus kinderreichen Familien landen meist in der Sonderschule.

Eine Abtreibung ist kein Vergnügen. Keine Frau treibt zum Spaß oder aus Leichtsinn ab. Wir glauben, daß es verantwortungsloser ist, ein Kind unter solchen Bedingungen aufwachsen zu lassen, als eine Schwangerschaft abzubrechen.

Das sind unsere Gründe, warum wir am Samstag gegen die reaktionäre Kundgebung der Kirche protestierten, mit Trillerpfeifen und parolenbemalten Luftballons.

Wir kamen nicht dazu, unsere Meinung zu vertreten. Massenhafter Bulleneinsatz schützte das Geschwätz der Pfaffen. Wir wurden sofort abgedrängt und 51 von uns wurden verhaftet und sofort erkennungsdienstlich behandelt. Ihnen drohen Strafen zwischen 500,– und 2 000,– DM. Teuer bezahlte Meinungsfreiheit. Die Bullen waren nicht zimperlich. Sie traten die Frauen in die Rippen, den Magen und den Unterleib. Zu einer älteren Passantin, die entsetzt stehenblieb und sich nach der Demokratie erkundigte, sagte ein Polizist: „Wenn Ihnen was nicht paßt, können Sie auch gleich mitkommen."

Ein Mann, der seine Frau innerhalb der Polizeiabsperrung am Boden liegen sah und schrie: „Was habt ihr mit meiner Frau gemacht", wurde ebenfalls festgenommen.

Inzwischen schwafelte ein englischer Gynäkologe über den Verfall des Ärztestandes im Gefolge der Legalisierung der Abtreibung. Ihm blieb der Satz im Munde stecken. Unerkannte Bösewichte hatten ihm – endlich – das Kabel abgezwickt.

Wir hatten die politische Bedeutung dieser Aktion zu gering eingeschätzt. Schon während der Aktion wurde uns klar, daß wir mehr hätten machen können, daß wir viel mehr Jugendliche, Arbeiter und vor allem Frauen hätten mobilisieren können, wenn wir sie informiert hätten. Denn der Paragraph 218 ist nur ein Ausdruck unserer täglichen Entmündigung durch den Staat und die Kirche, das haben alle begriffen.



ICH SPARE PRAKTISCH ÜBERALL

Ein Schwerpunkt unserer Stadtteilarbeit mit Frauen bildet die Preiskampagne. Wir waren davon ausgegangen, daß die Inflation die Frau als Verwalterin der Haushaltskasse besonders trifft, daß ihre Energien, ihre Phantasie und ihre Zeit dabei draufgeht, wenn trotz Inflation der Lebensstandard der Familie aufrechterhalten werden soll.

Wir haben ein Flugblatt geschrieben und einen Interviewleitfaden entwickelt und sind damit vor die Supermarkets der Stadtteile gegangen und haben mit den Frauen gesprochen. Teilweise haben wir die Gespräche auf Tonband aufgenommen. Der folgende Bericht stellt die Auswertung der Gespräche mit Hausfrauen dar.



Generell waren die Frauen sehr leicht ansprechbar über das Problem der Preise. Es war durchweg nicht nötig, die Vermittlungsfloskeln anzubringen: was das Problem ist, warum man darüber reden muß etc., die übliche Agitationseinleitung, denn die Frauen beschäftigen sich ständig mit den Preisen. Es ist ihr tagtägliches Problem. Die Reaktion der Frauen ging eher in die Richtung: „endlich wird mal was zu den Preisen gemacht" als in die Richtung: „was wollen die schon wieder".

1. Lebensqualität

Alle Frauen erzählten, daß sie sehr genau die Preise vergleichen, viele erzählten es als Selbstverständlichkeit, jeden Tag in mindestens drei Läden zu laufen, um überall das günstigste Angebot zu erwischen. Alle Preisinformationen in Rundfunk und Zeitung werden aufmerksam verfolgt.

Das herrschende Bewußtsein dazu läuft darauf raus, daß das zum Beruf der Hausfrau gehört. „Natürlich vergleiche ich genau, wozu ist man denn Hausfrau? " . . . „Also heute Einkaufen, das ist schon eine Wissenschaft für sich." Zu dieser Aufgabe der Hausfrau haben die Frauen ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits bilden sie einen gewissen Stolz aus, daß sie es schaffen, den immer schwieriger nachzukommenden Aufgaben der Hausfrau gerecht zu werden, andererseits entwickeln sie eine Wut darüber, daß sie es immer schwerer haben.

Die Identifikation mit der Hausfrauenrolle als ihrem Beruf speist sich auch aus einem gewissen Rechtfertigungsbedürfnis. Das zeigte sich als sie erzählten, daß sie mit dem Mann über die Probleme, wie sie mit dem Geld auskommen, nicht gut reden können, wobei die Zwischentöne heißen: Ihn darf man ja mit so etwas auch nicht belasten, er schafft ja den ganzen Tag, bringt das Geld nach Hause, von ihm lebt man ja schließlich. Also der Stolz auf die Fähigkeit, damit fertig zu werden, der auch einem Minderwertigkeitsgefühl entspringt. Wenigstens das muß man doch zum Familienleben beitragen, da darf man auch nicht klagen. So auch eine Identifikation damit, daß auch, wenn der Mann miteinkaufen geht, es doch die Frau ist, die den Überblick über die Preise hat, die die Verantwortung trägt.

Das Grundproblem der Hausfrauen liegt darin, daß sie aus demselben Geld mehr machen müssen. Das bewältigen sie durch ausgiebiges Vergleichen. Die Zeit, die dabei draufgeht, war für die Hausfrauen nicht so sehr das Problem. Das ist halt ihre Aufgabe. „Ich nehme mir die Zeit, es geht ja um mein Geld." Es gab auch Äußerungen: „Das tut man mit dem Spazierengehen verbinden. Da geht das in einem hin." Nur eine Frau beklagte sich, daß das mit den Kindern immer so anstrengend sei, in verschiedene Läden zu gehen, die Kinder würden immer weglaufen, da gäbe es immer Ärger.

Das ist bei berufstätigen Frauen anders. Sie beklagen sich, daß sie nicht die Zeit zum Vergleichen haben, und dann die teueren Preise blechen müssen. Die Wut richtet sich mehr dagegen, daß die Preise so willkürlich unterschiedlich sind, daß man so aufpassen muß, um nicht geleimt zu werden. Die Empörung richtet sich dagegen, daß durch die Preisunterschiede, die Sonderangebote, die Konsumtricks die Frauen sich reingelegt fühlen, und die Wut richtet sich dagegen, daß durch die Preise die Lebensqualität angegriffen wird.

Die Frauen fangen an, vieles wieder selber zu machen. Haare wieder selber einzulegen, wieder mehr Handarbeit zu machen, trockene Brötchen zu Mehl zu verarbeiten, „es

SCHADE



kommen automatisch neue Rezepte heraus, wenn man spart". Sie werten dies alles als Zeichen, daß der Lebensstandard wieder zurückgeht, „daß es heute wieder so weit ist". „Daß man heute wieder anfangen muß, gerade die Sachen, die ein bißchen Spaß gemacht haben, aufzugeben." „Na ja, jetzt sind wir nahe dran, den Bücherclub aufzugeben und gerade solche Sachen, die einem ein bißchen Spaß gemacht haben, da sagt man, na ja, muß nicht unbedingt sein, lassen wir's – Telefon kommt nicht ins Haus, wird zu teuer, geht nicht, ich mein, man könnte es, aber dann muß man es wo anders einsparen, und ich seh nicht ein, daß ich beim Urlaub einsparen soll, das ist mir wichtiger."

Die Frauen sind wütend darüber, daß es wieder darum geht, wie man am schlauesten verzichten kann, daß die ganze Anstrengung darauf gerichtet ist, zu besinnen, auf was man am ehesten verzichten kann. Gerade das, was durchweg angegeben wurde als Punkt, wo man anfangen muß zu sparen, ist gleichzeitig auch als Prestigesymbol besetzt: „Am Essen kann man sparen. Man kann dann nicht jeden Tag Schnitzel essen, das geht nicht; jetzt wo's Frühjahr kommt, muß man sich auf Salat und Gemüse mehr konzentrieren und mal Eier dazu machen." Aber, daß es einem nicht schlecht geht, zeigt man durch die Äußerung: „Am Essen sparen wir nicht." So war auch zu beobachten, daß gerade die Frauen, die am ärmlichsten aussahen, am wenigsten zugeben wollten, daß sie Probleme mit den Preisen haben. Da war noch am stärksten die Ideologie drauf, daß wer die Sachen nicht zahlen kann, zeigt, daß er es in dieser Leistungsgesellschaft zu nichts gebracht hat, und daß das die eigene Schuld ist.

Viele Frauen erzählten, daß ihr Mann jetzt wieder mehr Überstunden machen muß oder daß sie selber anfangen, Aushilfsjobs anzunehmen. Das wird auch gewertet als ein Zeichen der sich verschlechternden Lebensqualität. So ist der ausschlaggebende Grund für die „Mitarbeit" der Frau doh das Bemühen, den Lebensstandard zu halten, auch wenn viele Frauen die Möglichkeit von mehr Kommunikation als Grund angeben (was auch als Motiv nicht zu unterschätzen ist).

Aber das Entscheidende ist, daß die Frauen sich stark für den Lebensstandard, die Lebensqualität ihrer Familie verantwortlich fühlen und daß die Gefährdung eines bestimmten Standards durch z. B. Inflation ihr Motiv für Arbeitengehen ist. Weshalb sie auch kaum Interesse am Beruf, d. h. kaum Initiative für Weiterbildung, berufliches Fortkommen etc. zeigen. Das bleibt Sache des Mannes. Aber genau an dieser Motivation kann man sie packen. Durch die weiter fortschreitende Inflation garantiert ihre Mitarbeit nicht mehr die Möglichkeit, erstrebte Konsumziele kaufen zu können. (Frauenlohn allein für die Miete) Ihre Wut liegt sowohl darin, daß sie arbeiten gehen müssen, um dem Konsumstandard zu entsprechen, als auch darin, daß es selbst dann nicht ausreichend klappt. „Ja, wo bleibt denn das Wirtschaftswunder? "

Die Frauen reagieren am sensibelsten auf den Angriff auf die Lebensqualität, weil sie die Haushaltskasse verwalten, weil sie sich damit identifizieren, daß es ihrer Familie gut geht. Die Wut der Frauen setzt genau da an, wo sie trotz all ihrer Bemühungen (z. B. auch, daß sie bei sich selber anfangen abzuknapsen, damit es der Familie gut geht) merken, daß sie gegenüber den Preissteigerungen hilflos sind, daß der Lebensstandard schlechter wird. Der Kampf geht darum, doch für die Familie das Beste vom Besten kaufen zu können. Und sie verlieren den Kampf. „Es fällt mir immer schwerer, Geld für Geburtstagsgeschenke übrigzubehalten." *Die Frauen haben auch ein klares Bewußtsein darüber, daß Lohnsteigerungen nicht mit den Preissteigerungen zu vergleichen sind.*



2. Militanz der Frauen

Die Wut der Frauen drückt sich aus in unzähligen kleinen Einzelaktionen, wo sie erstaunlich viel Zivilcourage zeigen. So kippte z. B. eine Frau, die über die Preise empört war, dem Geschäftsführer des Ladens eine Cola vor die Füße. Eine andere Frau gab vor allen Leuten ein schon eingepacktes Packet Fleisch zurück, weil es zu teuer und schlecht war. Eine andere erzählte, daß sie zu teure Waren erst an der Kasse bonieren läßt und sie erst dann zurückgibt, weil das die ganze Kassenrechnung durcheinanderbringt und viel Auflauf verursacht. Eine andere Frau kam, nachdem wir mit ihr geredet hatten, zu uns und führte uns zu einem Stand mit Haarspray. Auf jeder Flasche war ein Schild aufgeklebt: neuer Preis DM 4,15. Sie kratzte das Schild weg und zeigte uns, daß der auf der Flasche aufgedruckte Preis DM 3,95 betrug. Wütend ging sie damit zum Geschäftsführer und stellte ihn zur Rechenschaft. Er lenkte ein und gab ihr die Flasche zum alten Preis. Sie forderte aber, daß die Schilder von allen Flaschen abgemacht werden sollten und ging



nicht eher, bis der Geschäftsführer es versprach. Diese vielen kleinen Beispiele, die die Frauen uns erzählten, zeugen von einem Potential an Militanz, das aber innerhalb des Klimas von Isolation und Resignation, in dem jede Frau für sich sich mit den Preisen rumschlägt, nicht zum Tragen kommt.

3. Vereinzelung

Die Isolation, in der die Frauen stecken, kommt den Frauen gerade an diesem Punkt, wo sie sich wehren wollen und sehen, daß sie vereinzelt sind, zu Bewußtsein. So sprachen sie sehr leicht an auf unsere Vorschläge für ein Frauenzentrum, wo sie miteinander reden können, und auf die Vorschläge, gemeinsam Aktionen gegen die Preise zu machen.

Sie brachten selber Vorschläge:

– durch größere Verpackungen täuschende Waren massenhaft an das Herstellerwerk schicken
– selber gemeinsam einen Preisvergleich organisieren. Eine Frau ist zuständig für die Preise von Fleisch in der Gegend, eine fürs Gemüse etc.
– Boykott von teuren Waren

Der individuelle Boykott ist weit verbreitet: „Wenn ich mich über irgendetwas ärgere, ich kaufe es dann nicht mehr." Viele Frauen reagierten mit der Motivation „ich will mitmachen", nicht wie häufig „macht ihr mal, das ist interessant, was ihr da macht". Sie wollten gleich Adressen von uns haben, wir sollten sie anrufen, wenn wir einen Laden für ein Frauenzentrum gefunden hatten etc. Ungeheuer tragend in dieser spontanen Reaktion ist ihr Gefühl der Isolierung und Einsamkeit. Die Gespräche, die wir über die Preise anfingen, führten immer wieder zu dem Problem der Anonymität, des Mißtrauens der Nachbarn untereinander etc. Als wir über den Perlacher Kindertausch erzählten, sagte eine Frau: „Ja, die jungen Frauen haben heute eine ganze Menge Möglichkeiten, auch mit den Kindern, aber es klappt ja doch nicht so, weil untereinander die Konkurrenz zu groß ist. Das eigene Kind ist der Engel und die anderen taugen nichts. Das merkt man bei einem selber, das geht nicht, weil Gefühl und Verstand, das ist ein großer Un- →



terschied, gell, verstandesmäßig kann man 10 Kinder in die Wohnung nehmen, also die ganze Nachbarschaft, aber gefühlsmäßig sind alle Frauen irgendwie gegeneinander ... Es wäre ja schön, wenn's anders wär, meistens geht es, wenn man in Not ist oder wenn andere Leute in Not sind, aber so wie es jedem ein bißchen besser geht, ist es vorbei. Ich habe irgendwie das Gefühl, daß alles entmenschlicht ist, es wird immer mehr automatisiert, alles, es tut einem für die Kinder wiederum leid ... Ich meine, ich hab' mir überlegt, ob ich wieder arbeiten gehen sollte, ich war unzufrieden, muß ich ehrlich sagen, Haushalt, immer nur Haushalt, immer nur spülen, putzen, Kinder usw., aber im Betrieb, die gehen auch abends auseinander und man hat sich nichts mehr zu sagen, keiner kennt den anderen mehr, genau wie im Haushalt auch, jeder steht allein."

4. Unterschiede unter den Frauen

Die älteren Frauen, so um die vierzig, waren häufig unheimlich offen über ihre Probleme und zeigten auch einen enormen Durchblick, aber gleichzeitig waren sie leicht resigniert. Ja früher, als wir jung waren, da haben wir auch gedacht, wir könnten was machen. Es ist aber nicht klar, wie schnell solche Resignation aufbricht, wenn mal etwas läuft.

Die jüngeren, gepflegten Frauen waren weit weniger offen, waren viel mehr darauf fixiert, ein bestimmtes Image zu wahren: „Wir sparen nicht am Essen". Die Konflikte kamen aber hintenrum heraus, wenn sie darstellten, wie geschickt und schlau sie Konsumtricks durchschauen. Sie waren am besten darüber anzusprechen, daß mit den Preisen versucht wird, sie reinzulegen. Nicht so ↑ sehr, daß sie mit dem Pfennig rechnen müssen, aber bescheißen lassen wollen sie sich nicht.

5. Werbung

Gegenüber der Werbung hatten die meisten eine spontane Ablehnung; wenn man mit dem Pfennig rechnen muß, kann man sich nicht so um Werbung kümmern. Viele zeigten auch ein großes Mißtrauen, „da muß man unheimlich aufpassen". Sie identifizierten Werbung mit Tricks, Werbemethoden sind Methoden, einen über's Ohr zu hauen.

Diese Ablehnung heißt natürlich überhaupt nicht, daß sie nicht wirkt. Einige Frauen erzählten auch, daß sie das Gefühl haben, daß sie immer wieder darauf reinfallen. Fast alle sagten, daß sie versuchen, sich nicht davon beeinflußen zu lassen. Sie begreifen sich als individuelle Kämpferinnen gegenüber denen, die sie austricksen wollen. Sie begreifen die Werbung auch als unnütz. „Wenn sie die Preise drücken täten, brauchten sie nicht soviel Werbung zu machen. Die ist unnütz. Die sollten das Zeug billiger verkaufen, da bräuchten sie die teure Werbung nicht. Werbung kostet doch viel Geld."

Unsere Versuche, auch auf die Ausnutzung von Frauenrollen in der Werbung einzugehen, fanden Resonanz an dem Punkt, wie die Hausfrauenidentität in der Werbung angesprochen wird. Eine Frau erzählte uns, wie ihr Junge immer Werbefernsehen schaut und dann zu ihr sagt: „Siehst du Mutti, so mußt du es machen, dann kriegst du auch einen Orden." Eine andere stimmte voll ein, daß Hausarbeit im Fernsehen wie Spielerei, wie Feierabend aussähe, „aber wer sie kennt, der weiß es ja besser".

Eine Inflationskampagne im Stadtteil zu führen, birgt eine Menge Probleme. Nicht nur, daß man sehr leicht ins Gefilde der Bildzeitungstiraden gegen die Regierung gerät, die Wut und der Widerstand politisch verschiedene Richtungen nehmen kann (beim Adolf gab's Preisstopp, eine starke Regierung muß her), sondern daß die meisten Vorschläge, die man bringen kann, *sich auf der Ebene von Selbstorganisation in der Scheiße bewegen und nicht gegen die Scheiße.* Was ist damit gewonnen, wenn man Fisch und Eier essen lernt. Es darf nicht darum gehen, wie man am geschicktesten Verzicht übt; auf der Ebene liegen die Ratschläge der Verbrauchervereine. Und auf der Ebene zerbrechen sich die Frauen die Köpfe.

Wir haben bislang die politische Bestimmung der Kampagne darin gesehen, Frauen an dem Inflationsproblem anzusprechen mit dem Ziel, daß sie mit anderen Frauen zusammenkommen, ihre Isolierung aufbrechen, über ihre Probleme reden. Dann wollten wir halt weitersehen. Als nächstes wollen wir Hausbesuche machen (werfen einen Tag vorher ein Flugblatt in die Briefkästen, wo wir unseren Besuch auch ankündigen), um mit den Frauen ausführlicher zu reden und zu erfahren, ob sie an Inflationskämpfen mitmachen würden, und ob sie sich unter einem Frauenzentrum etwas vorstellen können.

Als nächsten praktischen Schritt wollen wir uns mit großen Tafeln vor die Läden stellen, worauf die Preise der einzelnen Güter der einzelnen Läden aufgeführt sind („In diesem Laden kosten die Eier 20 Pfg. mehr!") und worauf wir auf die einzelnen Austrickstrategien der Läden und der Waren eingehen (Anordnungstricks, Verpackungstricks usw.). Die Tafeln sollen so sein, daß die Frauen ihre Information miteintragen können. Durch diese Form der Veröffentlichung kann man Druck erzeugen und die Konsumtricks z. B. wirken dann auch weniger.

Eine politisch weniger defensive Perspektive einer Inflationskampagne wäre es, die fast täglich stattfindenden Hausfrauendiebstahlsprozesse aufzugreifen. Sowohl mit Aktionen wie einem organisierten Preisschildertausch als auch mit einer Intervention be Diebstahlsprozessen käme man mehr in di Richtung: nehmen wir uns, was wir brau chen und worauf wir ein Recht haben. Abe eine solche Perspektive kann sich erst ent wickeln, wenn man länger mit den Frauei zusammengearbeitet hat.

Eine genauere politische Einschätzung der Inflationskampagne ist bei uns noch Diskussionsgegenstand und wird sich erst im Laufe der Erfahrungen mit den Frauen im Stadtteil klären.



INTERVIEW

Frau S., ca. 40 Jahre, verheiratet, Kinder, 2 Tage in der Woche Aushilfe.

Genossin: *Welche Preissteigerungen betreffen Sie am meisten?*

Frau S.: *Hauptsächlich Kleider, Schuhe. Wir sind ein Fünf-Personen-Haushalt. Da macht sich das ganz schön bemerkbar. Für Schuhe, wo Sie früher 40 DM ausgeben haben, können Sie jetzt 80 DM ausgeben. Das ist keine 6-%ige Steigerung. So weit kann ich auch noch rechnen.*

G: *Brauchen Sie jetzt mehr Zeit zum Einkaufen?*

S: *Ja, auf jeden Fall, weil man jetzt suchen muß. Ich vergleiche mehr. Ich vergleiche immer. Ich nehme mir die Zeit, bevor ich kaufe.*

G: *Es geht doch mehr von Ihrer Freizeit dabei drauf.*

S: *Ja, auf jeden Fall, denn man muß ja jetzt mehr rennen. Wie früher, konnte man in ein Geschäft gehen und konnt einkaufen, das ist ja heute nicht mehr möglich. Sie müssen jetzt durch die ganze Stadt laufen, wenn Sie jetzt z. B. nur bei dem Bier, eine Woche 16,95 in einem anderen Geschäft 10,95, ich meine, wir kaufen das wenig, aber da sieht man doch den Unterschied!*

G: *Wir haben gemerkt, daß insofern die Preissteigerungen uns Frauen betreffen, weil wir es meistens sind, die einkaufen, das ist unsere Zeit, wenn wir durch die ganze Stadt rennen müssen.*

S: *Oder man kann halt hungern, aber man kauft in einem Laden und spart die Zeit, aber dann muß die Familie darunter leiden, also irgendwo hängt's dann. Oder man muß die Sachen boykottieren. Ich gehe z. B. solange in Stiefeln, bis ich die Schuhe finde, die ich suche, für den Preis. Also irgendwie ist man jetzt schon so weit. Wahrscheinlich muß man das mit der Zeit, sonst schafft man es nicht.*

G: *Zu den Preissteigerungen gehört ja dazu, daß immer mehr Werbung betrieben wird, um das Zeug los zu werden. Also die billigen Sachen sind nicht gut. Man kauft mal ein Sonderangebot, dann kommen Sie nach Hause und sehen, daß es schon acht Tage überfällig ist. Wenn man da nicht genau guckt, also das ist schon eine Wissenschaft für sich; heute einzukaufen, das ist schon ein Problem. Gefällt Ihnen die Werbung im Fernsehen? Mich z. B. ärgert, wenn sie beispielsweise Putzmittel zeigen, da sieht die Hausarbeit so ungeheuer einfach aus.*



S: *Wer sie kennt, weiß ja, wie einfach sie ist.*

G: *Aber mich ärgert das.*

S: *Ja, das sieht aus wie Spielerei, die haben ja den ganzen Tag nur Feierabend, mit den ganzen Maschinen, aber es stimmt so nicht, es stimmt ganz und gar nicht.*

G: *Wie die da im Fernsehen schon rumlaufen, wie Modepuppen, die Haare ganz in Ordnung.*

S: *Ja, gehen Sie nur zum Friseur, das ist dasselbe Problem, was Sie da bezahlen können. Also was macht man dann, man fängt an und macht es wieder selber, weil man das nicht mehr bezahlen kann, ich kann ja nicht jeden Monat 60 DM für den Friseur ausgeben.*

G: *Wenn die Preise hochgehen, ich weiß ja nicht, ob Ihr Haushaltsgeld im selben Maße steigt.*

S: *Kann ja gar nicht.*

G: *Ja eben, die Löhne steigen ja auch nicht, wo sparen Sie zuerst ein?*

S: *Ich spar praktisch überall. Es gibt ja viele, die nur für den Urlaub sparen, aber das hat ja auch keinen Sinn mehr, dann ist der Urlaub auch kein Urlaub mehr, dann ist er nur ein Muß. Am Essen kann man auch eine Menge einsparen, das muß man.*

G: *Überlegen Sie sich auch neue Rezepte?*

S: *Na ja, das macht man so automatisch, es kommen automatisch neue Rezepte heraus, wenn man spart.*

G: *Würden Sie mitmachen, wenn was gegen die Preise unternommen würde?*

S: *Ja, es käme darauf an; bei mehreren, die da mimachen, würde ich auch mitmachen, allein, wenn man dasteht, erreicht man nichts, aber in die Öffentlichkeit gehen, das finde ich schon richtig, das geht ja nicht so weiter.*

RK-Frauengruppe

Kontaktadresse:
Monika Jaeckel
6 Frankfurt
Königswarterstr. 12
Tel.: 43 82 79



in diesem Laden kaufen wir nicht mehr!

VERKAUF DER ZEITUNG:

Die Zeitung ist nicht nur in Buchhandlungen und im Einzelabonnement zu beziehen. Auch Gruppen von Genossen sollen die Zeitung bestellen und weiterverkaufen. Organisiert den Verkauf selber! Außerdem können sich z. B. die Stadtteilgruppen überlegen, ob sie sie verkaufen. Bestellungen immer direkt nach Erlangen.

Aus den Städten mit Buchhandlungen wollen wir keine Einzelabonnements, damit uns die Versandarbeit nicht über den Kopf wächst. Aber durchaus Gruppenbestellungen.

Die Zeitung wird dann gefalzt, aber noch nicht ineinandergelegt verschickt. Für uns ist das insgesamt wahnsinnig viel Arbeit, aber wenn ein Genosse 20 Exemplare bestellt hat er die in 5 Minuten ineinandergelegt.

Alle Bestellungen an: WIR WOLLEN ALLES
8551 Gaiganz Nr. 12

DISKUSSION DER KNASTKAMPAGNE

„Karl Marx wußte in London auch ohne Fernseher, daß die militärische Lage des Proletariats im eingeschlossenen Paris so gut wie aussichtslos war, er riet deshalb dringend von einer Machtergreifung der Arbeiter ab. Als aber dann die Kommune in Paris ausgerufen wurde, erteilte Marx nicht wie ein deutscher Professor säuerliche Lehren, sondern solidarisierte sich leidenschaftlich mit dem Pariser Proletariat. Und selbst nach dem letzten Akt auf dem Friedhof Pere la chaise hielt er kein Referat über seine politischen Gegner innerhalb der Linken, die Blanquisten und Proudhonisten, weil sie das Volk von Paris in ein voraussehbares Blutbad geführt hatten, sondern er sicherte in seiner Schrift *Der Bürgerkrieg in Frankreich* die Erfahrungen dieser 72 großen Tage, Erfahrungen über die Diktatur des Proletariats, vor denen noch heute die Monopolbürokraten in den sozialistischen Ländern zittern. Wenn dagegen das Taschenformat der RAF, gemessen an der Kommune, lächerlich erscheinen muß, so können wir doch an der Haltung, die Marx vorgeführt hat, lernen, daß jede Kritik an andersdenkenden Genossen nur auf der Grundlage leidenschaftlicher Solidarität angemessen und brauchbar ist."



Wolf Biermann hat das Interview, in dem er Solidarität mit der RAF forderte, noch zu einem Zeitpunkt gegeben, als die meisten Genossen der RAF noch nicht im Knast saßen, als die Linke in der Bundesrepublik nicht in der Lage war, Solidarität mit Genossen zu üben, deren Aktionen – wie falsch auch immer – durch das Scheitern der Protestbewegung zu erklären sind, als der deutsche Professor Negt seine säuerlichen Lehren über Desperadotum und Solidarisierungszwang von sich gab.

Die theoretische Reflektion über die Erfahrungen der RAF ist über das schlichte „So nicht!" nicht weit hinausgekommen. Obwohl bekannt ist, daß die Genossen inzwischen massiven Foltern ausgesetzt sind, ist die als große zentrale Demonstration geplante Aktion in Karlsruhe nicht über 400 Teilnehmer hinausgekommen. Als einer der Gründe mag die politische Unsicherheit gegenüber der Konzeption von Stadtguerilla gelten, die angesichts der frustierenden Basiswurstelei für viele immer noch der leise gehegte Traum von Klassenkampf ist. Es kann also einerseits nur die politische Klarheit darüber, warum ein solcher Versuch scheitern mußte, die Voraussetzung einer Solidaritätskampagne sein. Dann kann auch nicht das Argument, im Grunde seien alle Gefangenen von vornherein politisch dazu mißbraucht worden, zu verschleiern, um wen es auch wesentlich geht. Andererseits ist bekannt, daß linke Gruppen immer erst dann merken, wie der Hase läuft, wenn ihr eigenes ZK in der Gefängniskapelle tagt. Kampagnen gegen die Repression werden mit der richtigen Linie, gegen die sie sich richtet, zur Deckung gebracht.

Die Repressionen der Staatsgewalt treffen eine Linke, die kaum schon gemerkt hat, daß der Justiz die Strategiediskussionen der III. Internationale ebenso egal sind wie die politischen Differenzen zwischen Spontaneisten und Leninisten. Die Unterschiede zwischen den Aktionen der RAF, dem Bon Rathaussturm der KPD und dem Frankfu Häuserkampf mögen noch so gravierend u folgenreich für eine erfolgreiche revolution re Politik sein, dies ist für die Wahrnehmu und das Handeln des Repressionsapparats diglich methodisch interessant. Im einen F ist es ihm möglich, Organisationen als kri nelle Vereinigungen zu verbieten, im ander Fall schlägt er individuell zu. Das Ergebn das er erreichen will, ist beide Male gleic die Verhinderung einer Alternative zur ref mistischen Politik. Eine Justiz, die die rech Hand des Reformismus ist, schlägt überall zu, wo die Legitimität ihres Systems pra tisch politisch oder auch nur abstrakt bestri ten wird.

Gegenüber den Genossen im Knast ist der Staatsmacht heute möglich, Folterm thoden anzuwenden, selbst wenn – dem An spruch der Justiz zufolge – für sie die An nahme der Unschuld gelten müßte. *Da Recht zur Aussageverweigerung wird zu Grundlage massiver Strafaktionen bis an den Rand der physischen Vernichtung.* Die fin steren Gerüchte von der Neuformierung der RAF zur Befreiung des „harten Kerns" rei chen „aufrechten Demokraten" wie dem hessischen Justizminister Hemfler aus, den Untersuchungsvollzug aufs Folterniveau einer Bananenrepublik zu bringen – allerdings nach neuester wissenschaftlicher Methode.

Isolierung ist Folter, und zwar genau so effektiv und qualvoll wie Elektroschocks und Daumenschrauben.

„Das Auftreten von Wahn ist ein unter Bedingungen strikter oder lange andauernder sozialer Isolation und sensorischer Deprivation (Entzug sinnlicher Wahrnehmung) immer wieder beobachtetes Phänomen. Für Wahnvorstellungen, die nach Einzelhaft auftreten können, ist die Beschreibung von Doyle und O'Dells (1953) eine gute Illustration: ‚Nach Einzelhaft kam ich psychisch nicht mehr zurecht; Freunde, die zu mir kamen, verletzte ich und jagte sie fort. Ich wurde mißtrauisch und haßte jedermann. Ich zog mich zurück und brütete über Rachplänen, bis meine Freunde mir wirklich aus dem Wege gingen. Niemand kam mir mehr zu nahe. Ich verdächtigte sie, über mich zu sprechen, ich paßte immer auf, ob sie mich nicht beobachteten, mein Haß ging schließlich bis zu tätlichen Angriffen.'

Lifton (1961) kommt in seinem Buch über „brain-washing" zu dem Schluß, daß zu den Effekten, welche nach der Entlassung aus solchen Haftaufenthalten auftraten, Angst, Unruhe, Depressionen, paranoides Denken und phobisches Verhalten gehörten, die in einigen Fällen noch Jahre danach zu beobachten waren.

Die wohl auffallendste paranoide Reaktion auf experimentelle sensorische Deprivation wurde von Curtis und Zuckermann (1968) berichtet. Nach einem acht Stunden dauernden Sensory-Deprivation-Experiment mit zusätzlicher Immobilisierung reagierte ein 21jähriger Student mit über mehrere Wochen anhaltenden Wahnvorstellungen. Während des Aufenthaltes in der Kammer berichtete er über die Annahme, mittels der Elektroden aufgeheizt und durch einströmendes Gas betäubt zu werden, er sah schließlich den Hahn, durch welchen das Gas einströmte, vor sich. Versicherungen des Versuchsleiters, daß diese Vermutungen nicht der Wirklichkeit entsprächen, konnten seine Überzeugung von der Realität dieser Wahnvorstellungen nicht beeinflußen.

(Zitate aus J. Gross u. a.: Wahn bei sensorischer Deprivation und Isolierung)

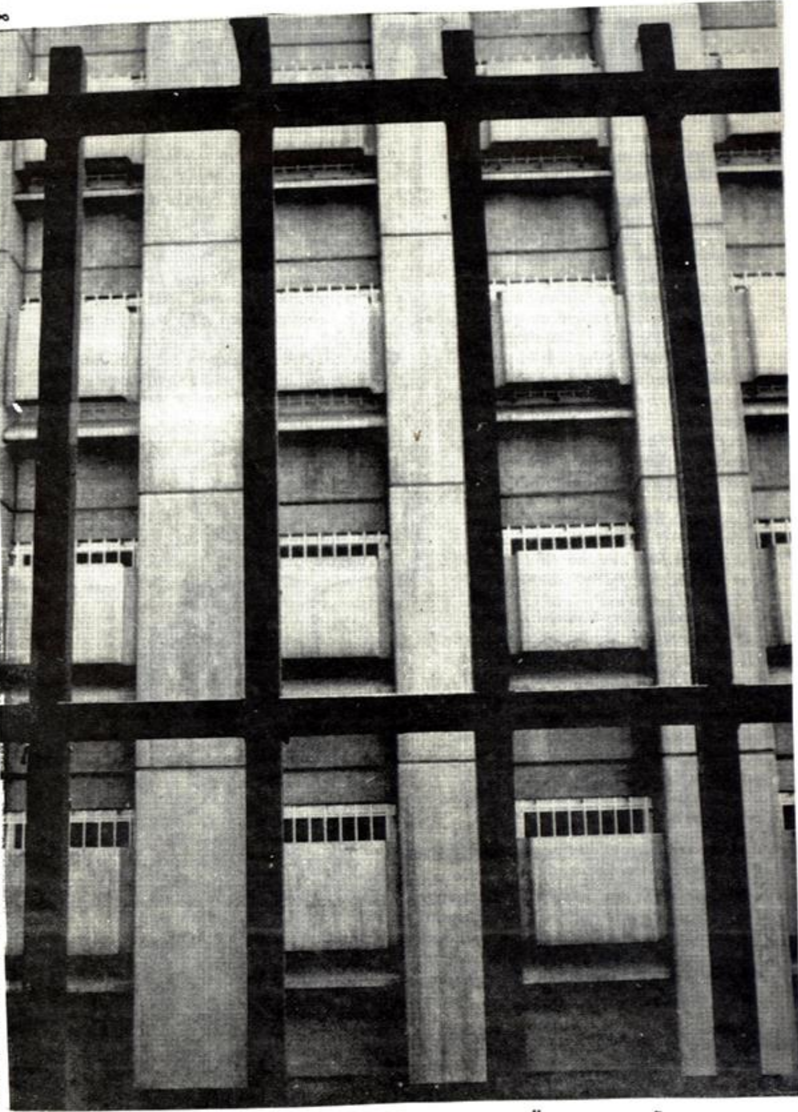
Wer immer noch nicht glauben will, daß das heute und hier geschieht, daß Andreas Baader zum Beispiel nach wochenlangem Wasserentzug während seines Hungerstreiks ruinierte Nieren hat und Blut im Urin, daß er durch den Kasseler Gefängnisarzt Degenhardt während einer Zwangsernährung auf gut brasilianische Art mit Erstickungs- und Ertrinkensreflexen behandelt worden ist, „nach allen Regeln ärztlicher Kunst", wie aus dem Justizministerium verlautet – die Isolationsfolter soll die Genossen dazu zwingen, „Geständnisse" abzulegen, ganz nach der Methode von Gestapo und G.P.U. –; wer immer noch nicht glauben will, daß es für die Justiz gegenüber der RAF nur die Alternative gibt, Aussage und Gefängnisstrafe oder keine Aussage und Irrenhaus, hat in Wirklichkeit nicht begriffen, was seit der Notstandskampagne längst klar schien: Daß es keinen demokratischen Rechtsstaat gibt, der die Aufrechterhaltung seiner liberalen Prinzipien höher einschätzen würde als die nackten Machtinteressen, die er mit Gewalt durchzusetzen hat.

DER BISHERIGE VERLAUF DER KAMPAGNE

Die Kampagne hatte zwei konkrete Ziele. Einmal sollte die Nachrichtensperre über den dritten Hungerstreik der RAF-Genossen im Knast durchbrochen werden, zum anderen wollten wir gegen die Belegung des neuen Folter-Knastes in Frankfurt-Preungesheim protestieren.

In der Haftanstalt Preungesheim sind Sichtblenden vor jedem Zellenfenster als „bautragende Elemente" angebracht, zu jeder Etage gehört ein Hof, der an eine Tiefgarage erinnert, in dem sich die Gefangenen täglich ein bis zwei Stunden bewegen dürfen, die Zellen besitzen die Wohnlichkeit von Betonsilos, nur daß die Gefangenen keinen Schlagbohrer zur Hand haben, um ein Bild an der Wand anzubringen.

Folter ist dabei niemals die Blende, die



FASSADE DES KNASTS IN PREUNGESHEIM. ÜBER DIE "BAUTRAGENDEN" SICHTBLENDEN HINWEG SIND EINIGE QUADRATZENTIMETER HIMMEL ZU SEHEN – WENN MAN SICH AUF DEN BODEN LEGT.

Käfige im Aufzug oder der Spaziergang in der Tiefgarage. Folter sind die einzelnen sadistischen Einfälle zusammen genommen, Folter ist der ganze Betrieb und die anonyme Selbstverständlichkeit, mit der er dem Gefangenen gegenübertritt, verkleidet zudem ins Gewand technischer Modernität, um jede Ahnung davon abzutöten, daß das, was hier geschieht, etwas anderes ist als ein Naturereignis: unmenschliche Gewalttätigkeit, die noch jede Spur von Auflehnung damit bestraft, daß sie ihre Grundlosigkeit nachweist.

auch nicht. Ein paar Monate später sind dann unsere Anwälte oder Referendare damit beschäftigt, sie im Knast zu besuchen, um sie zu unterstützen in ihrem Kampf gegen die bürgerliche Justiz, die Knastgruppen versuchen, mit ihnen Kontakt aufzunehmen. Daß man uns hier nicht mißversteht: wir wissen nicht, ob und wie man mit all diesen Problemen fertig werden kann. Nur eins ist sicher. Die „Bürger" oder die Proleten, die wir agitieren wollen, wissen es auch nicht. Sie haben aber die gleiche Angst wie wir, „gestört zu werden". Solange wir also nicht in unserer Agitation erklären, warum Morde, Sexualverbrechen, Raubüberfälle Produkte unseres alltäglichen Elends im Kapitalismus sind, ist es elitär, einfach durch die Straßen zu laufen und „Freiheit für alle Gefangenen" zu schreien.



Für die Demonstration nach Preungesheim konnten wir 2 500 Genossen mobilisieren. Nachdem nun auch in der Presse über Preungesheim diskutiert wurde, veranstaltete die Knastleitung eine Besichtigung mit Mitgliedern des Komitees zur Aufklärung über die Folterungen in deutschen Gefängnissen / Iniative gegen die Folter und der Presse. Das Ergebnis war, daß sich der Staatssekretär des Justizministers dafür einsetzen will, daß die Gefangenen auch mal auf den Rasen dürfen. An dem Tag, an dem wir die Demonstration nach Preungesheim machten, traten spontan 120 Häftlinge der alten U-Haft Hammelsgasse in den Hungerstreik, die wir zwei Tage vorher mit Lautsprecherwagen über den Hungerstreik der RAF-Genossen informiert hatten.

Die am nächsten Samstag stattfindende „zentrale" Demonstration in Karlsruhe, die die Öffentlichkeit über die Situation der RAF-Genossen im Knast aufklären sollte, zeigte dann vollends unsere Hilflosigkeit gegenüber staatlicher Repression und Willkür im Knast auf.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Freiheit für alle Gefangenen!
Freiheit für Alle!
Freiheit!

Wenn 2 500 Demonstranten vor dem Untersuchungsgefängnis Preungesheim mit geballter Faust in der Tasche rufen „Freiheit für alle Gefangenen" und „Reißt die Mauern nieder! Holt die Menschen raus!" ist das ein Zeichen für das Gefühl der Ohnmacht angesichts des uns übermächtig erscheinenden Staatsapparats und der Ratlosigkeit gegenüber der ganzen Knastproblematik. In ihrer Allgemeinheit ist sie nichts weiter als ein Ausdruck des linken Verbalradikalismus, der noch weit davon entfernt ist, praktisch zu werden. Macht kaputt, was Euch kaputt macht; außerdem ist sie unehrlich und mißverständlich. Wenn uns aufgeschreckte Bürger ungläubig gefragt haben: „Wollt Ihr wirklich, daß die Mörder und Sexualverbrecher hier frei rumlaufen?", konnten wir meist nur hilflos lächeln und uns heimlich denken, der Alte ist total bescheuert.

Wir haben allzuoft bei Hausbesetzungen und Jugendhauskampagnen unsere praktische Unfähigkeit gezeigt, mit dem Problem von Fixern, Dealern, zuschlagenden Rockern oder von total frustrierten Männern fertig zu werden. Wenn ein Mann mit aller Gewalt versucht, seine sexuelle Frustration, die er nicht mehr aushält, zu überwinden, dann wissen wir auch nichts anderes, als ihn zusammenzuschlagen und ihn rauszuschmeißen. Unsere Unehrlichkeit besteht darin, daß wir eigentlich nichts anderes machen als die Gesellschaft. Wir wollen nichts mit den Typen zu tun haben, wir können es wahrscheinlich

Perspektiven der Kampagne

Es muß zunächst darum gehen, für die Forderungen der politischen Gefangenen zu kämpfen. Dabei sind zentral:

- **Aufhebung der Isolierhaft**
- **uneingeschränkte Besuchserlaubnis**
- **unzensierte Lese- und Schreibmöglichkeiten**

Wie diese konkreten Ziele zu verwirklichen sind, haben die politischen Gefangenen in ihrer Hungerstreikerklärung selbst angegeben. Es ist kennzeichnend für ein sektiererisches Verhalten, wenn man gegen die Mobilisierung einer liberalen Öffentlichkeit, die die moralische Empörung über Folter und physische Vernichtung zur Grundlage hat, zynisch die Erkenntnis setzt, Kapitalismus und Imperialismus seien nun mal so, das wisse man, da könne man gar nichts tun als langfristig für die Revolution zu arbeiten. Hungerstreiks und Agitation gegen die Folter seien nichts als pazifistische Aktionen und reformistisches Gewäsch. Nicht die abstrakte Farole „Zerschlagt die Justiz", sondern „Aufhebung der Isolierfolter" muß zur Grundlage einer Kampagne gemacht werden, für die wir der Linken zunächst folgende Aktionen bereits vorschlagen, um eine Diskussion darüber einzuleiten:

- eine Kampagne für einen nationalen Streik, dort wo mehr oder weniger noch immer unsere Stärke ist, an den Schulen und Universitäten.,
- einen massenhaften zentralen Hungerstreik vor den Prozessen im Herbst, bei dem nicht nur gehungert werden soll, sondern eine Agitation geleistet werden muß, die über die Verteilung von drei, vier Flugblättern hinausgeht.

Weiterhin muß aber die Knastarbeit fester Bestandteil unserer politischen Praxis werden. Eine längerfristige Knast- und Justizkampagne kann dann nur heißen, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß proletarische Jugendliche und Ausländer den Knast häufiger und in größerer Zahl sehen als manche Studenten meinen. Womit wir hier keine neue Randgruppentheorie anbieten wollen. Bei einer multinationalen Jugend-, Stadtteil- und Betriebsarbeit müssen die Gruppen in der Lage sein, sowohl über den Knast und die Justiz zu diskutieren, als auch mit den Betroffenen Aktionen und Kampagnen zu diskutieren, zu besprechen und durchzuführen. Die Prozesse derjenigen, mit denen wir zusammenarbeiten, müssen für die Bewegung genauso wichtig werden wie die der politischen Gefangenen. Veränderungen im Knast können nur dann erkämpft werden, wenn nicht nur die Isolierungsfolter, die der Staatsapparat ausübt, sondern auch unsere

INTERVIEW MIT HEINZ BRANDT

Heinz Brand, stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift „Metall" der IGM, war als antifaschistischer Widerstandskämpfer mehrere Jahre im KZ, 1961 wurde er in der DDR unter Spionageverdacht inhaftiert. Seine politische Einstellung, als freiheitlicher Kommunist, war beim ZK der SED unerwünscht.

Frage: In der Bundesrepublik ist in der letzten Zeit häufig der Vorwurf erhoben worden, Gefangene in den Haftanstalten würden gefoltert. Diese Vorwürfe wurden zuerst im Zusammenhang mit den extrem scharfen Isolierungsmaßnahmen an politischen Gefangenen laut. Außerdem häuften sich in den letzten Monaten in den deutschen Gefängnissen Todesfälle und Selbstmorde. Vereinzelt gab es Gefängnisaufstände gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen. Um diese Vorwürfe zu untersuchen, haben sich in mehreren westdeutschen Großstädten Komitees gebildet, die die Öffentlichkeit über die Zustände in Haftanstalten und die Methoden der Verfolgungsbehörden aufklären und gegen nachgewiesene Fälle von Folter initiativ werden wollen. Heinz Brand, Du hast in Deiner Geschichte eine Anzahl von Erfahrungen als politischer Gefangener in deutschen Gefängnissen gemacht. Was kannst Du uns darüber sagen?

Brand: So kraß und paradox das zunächst klingt, meine Erfahrungen mit strenger radikaler Isolierhaft waren schlimmer als meine Zeit im Nazi-Zuchthaus und im Nazi-KZ. Denn sowohl im Zuchthaus als auch im KZ hatte ich immerhin noch die Grundbedingung menschlichen Lebens, nämlich die Kommunikation mit den Mithäftlingen, mit den Widerstandskämpfern, mit denen ich draußen gemeinsam gekämpft hatte. Ich war in den KZs Sachsenhausen, in Auschwitz und in Buchenwald. Ich will gerade über Auschwitz sprechen, weil ja Auschwitz auch ein Ausrottungs-, ein Vernichtungslager gewesen ist. Ich war aber unter Bedingungen eines Arbeitssklaven dort. Als Nazihäftling, als Naziopfer, der dort gerade noch solange vegetieren durfte, wie er noch arbeitsfähig war. Das waren die allgemeinen Bedingungen, die natürlich gleichzeitig bedeuteten, daß jeder Tag das Ende bringen konnte. Wir waren ständig von Lebensgefahr und Mißhandlungen bedroht. Es gab in regelmäßigen Abständen Selektionen unter denen, die noch lebensfähig und damit lebensberechtigt waren. Andererseits waren wir aber in ständiger Gemeinschaft. Wir lebten in Blöcken zusammen und wir organisierten innerhalb des KZs den illegalen Widerstand. Nicht nur in schriftlichen und mündlichen Absprachen, sondern es gelang uns sogar, in Auschwitz, sozusagen aus der Hölle, Berichte über einen schwarzen Sender in Krakau über die Bedingungen in diesem KZ an die Außenwelt zu geben. Wir dürfen also nicht nur die unerhörten faschistisch-sadistischen Mißhandlungen in den KZs sehen, sondern auch die Möglichkeiten, die das KZ für den Widerstand und das gemeinsame Leben der Häftlinge bot, und damit für die elementaren Lebensbedürfnisse eines Menschen, der ein gesellschaftliches Lebewesen ist.

Frage: Welches waren die Grundbedingungen im KZ, welches sind die Grundbedingungen in Haftsituation überhaupt, einen solchen Widerstand zu organisieren?

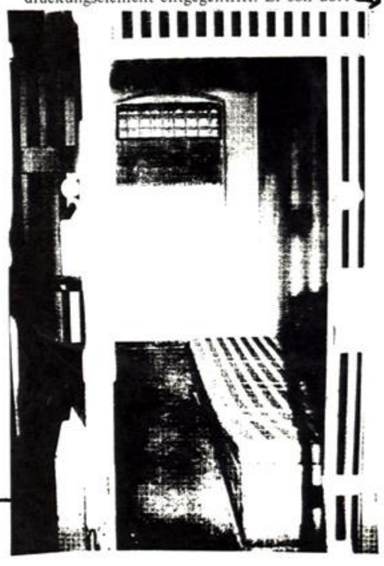
Brand: Die Hauptbedingung in einer Haftsituation für den Widerstand ist zunächst einmal die Lebensmöglichkeit. Die elementare Lebensmöglichkeit ist erst dann gewährleistet, wenn eine menschliche Kommunikation, die Möglichkeit des Sprechens miteinander, gegeben ist. Gerade das war hier unter den ansonsten unmenschlichen Bedingungen des KZs der Fall, da wir zusammenwohnten, zusammenarbeiteten und deshalb auch die Möglichkeit hatten, von Lager zu Lager über Transporte, Kommandos usw. in Verbindung zu treten.

Frage: Wie waren im Vergleich dazu die Bedingungen, die Du in anderen Gefängnissen erfahren hast?

Brand: Meine persönlichen Erfahrungen beziehen sich auf meine radikale Isolierungshaft in der DDR. Es macht die Sache natürlich nicht besser, daß es ein sogenanntes sozialistisches Gefängnis war. Hier war ich von der Außenwelt und auch der Innenwelt des Gefängnisses völlig isoliert. Ich konnte mit niemanden sprechen, in der Zelle war ich allein, in der sogenannten Freistunde, im Freihof – immer wird da noch von Freiheit gesprochen – war ich allein und auch während der Arbeit, in der Arbeitszelle, war ich allein. Mit Menschen kam ich nur in der Form zusammen, daß mir der Wachhabende irgendein Kommando gab, „Freistunde" oder irgendein anderes Wort. Denn da es sich um ein Schweigegefängnis handelte, sprachen diese Aufseher, diese Bediensteten der Bürokratie eine Säuglingssprache, wo ein Wort einen ganzen Satz beinhalten soll. Die Folge war, daß ich nur auf mich selbst angewiesen war, daß ich mich – und das ist das Paradoxe – in einem sogenannten sozialistischen Lande, das sich auf Karl Marx beruft – unter Haftbedingungen befand, die gerade Marx in seinen bekannten Ausführungen in der Heiligen Familie als völlig unmenschlich darstellt. Er spricht dort von der Isolierhaft als Zellularhaft und weist nach – dieselben Erfahrungen konnte ich machen – daß unter den Bedingungen der völligen Isolierung von den Menschen, das Gefühl für den Unterschied von Wirklichkeit und Vorstellung langsam völlig verloren geht. Daß sozusagen die Ideen real und die Realitäten zu Halluzinationen werden.

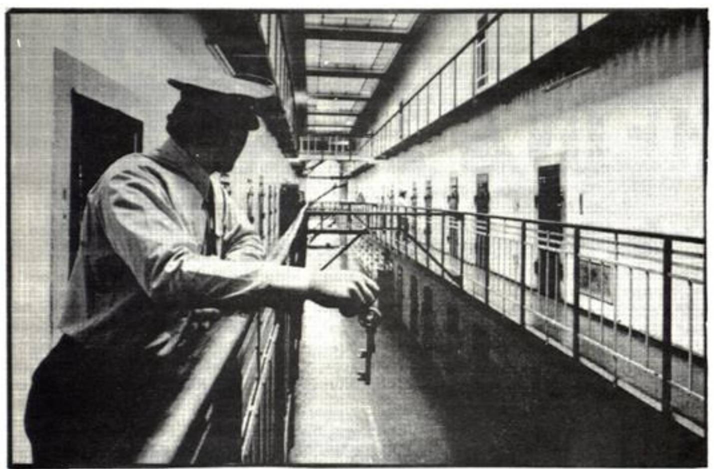
Frage: Wie hat sich im Verlauf Deiner Isolierhaft dieser Realitätsverlust abgespielt und welche Möglichkeiten hast Du entwickelt, auch dagegen noch Widerstand bei Dir zu mobilisieren?

Brand: Zunächst einmal: Ich bin sozusagen ein gelernter Häftling. Ich habe immerhin zehn Jahre Nazihaft hinter mir gehabt, als ich viel später, 1961, in die dreijährige Isolierungshaft in die DDR gebracht wurde. Demzufolge verfügte ich über ein größeres Instrumentarium geistigen Widerstands gegen die zermürbende Wirkung der Isolierhaft, gegen Identitäts- und Realistätsverlust. Was habe ich also getan? Erstens: Für mich – ich bin ja politischer Überzeugungstäter gewesen, unabhängig von den irren Delikten, die mir unterstellt worden sind – war das Entscheidende, daß sich ein Isolierungshäftling nicht unterkriegen läßt von der Allgewalt, dem Moloch, in dem die Staatsgewalt – sei es die des Kapitals, sei es die der Bürokratie – dem Häftling als totales Unterdrückungselement entgegentritt. Er soll dort →



↙ politische Isolierung von den übrigen vom Knast Betroffenen überwunden wird.

RK



ausgelöscht, niedergewalzt, in das Gefühl völliger Ohnmacht versetzt werden, allein, völlig isoliert, verloren zu sein gegenüber der Allmacht der Staatsgewalt. Die Gewalt, die er nicht erfunden, sondern in Form des Käfigs, in den er gesperrt worden ist, vorgefunden hat. Das Gefühl also, nicht nur „Ich denke, also bin ich", sondern „Ich bin ein überzeugter Kämpfer gegen ein derartiges System, also bin ich" ist die erste Voraussetzung. Zweitens: Ich lebte also von der geistig-politischen Substanz. Die Bücher, die ich lesen konnte, las ich natürlich auch in dem Zusammenhang meiner eigenen isolierten Existenz. So gab es paradoxerweise in der Haftbibliothek im Zuchthaus Bautzen, in dem ich saß, ein Werk von Vera Figner ‚Nacht über Rußland'. Ich halte das für eines der wichtigsten Werke für jeden Politischen, insbesondere für jeden isolierten Häftling, weil genau beschrieben wird, wie man sich so gut es irgend geht gegen die Haft immun hält. Vera Figner, eine Anarchistin, die in das erfolgreiche Bombenattentat auf Zar Alexander II. verwickelt war, befand sich in der Schlüsselburg im damaligen Petersburg. Sie hat zwanzig Jahre durchgehalten und es ist der Despotie nicht gelungen, sie als Individuum, als politische Kraft zu zerstören. Natürlich ist es besonders schwer, sich gegen die Grenzüberschreitung zwischen Realität und Vorstellung immun zu machen. Mir selbst ist es so gegangen, daß ich alle vier Wochen einen Zwanzigzeilenbrief nach Hause schreiben durfte, und ich habe mir natürlich jedes Wort überlegt, um zwischen den Zeilen möglichst viele Informationen zu geben. Nachher wußte ich aber gar nicht mehr genau, was habe ich schon geschrieben, was habe ich noch nicht geschrieben, ich habe mir so oft meinen Text überlegt, daß dann, als der Brief zu schreiben war, ich mich in eben diesem Zustand befand: Was habe ich nur gedacht und was habe ich schon getan. Ich will damit nur auf die Probleme hinweisen, zu denen – bei aller innerer Widerstandskraft – Isolierungshaft führt.

Frage: Du bist ja wahrscheinlich auch zu Verhören geholt worden. Hier kommt ja gerade auch der problematische Punkt, daß wenn man vorher ständig in der Isolierung war, natürlich ein starkes Kommunikationsbedürnis hat. Wie kann man über diesen schwachen Punkt hingwegkommen?

Brand: Das ist genau die entscheidende Frage. Es wird durch die ständige widermenschliche, unmenschliche, widernatürliche Isolierung ein hochgradiger Sprechdruck, ein Kommunikationsdruck erzeugt. Es soll so etwas geschehen wie bei Münchhausen, der in ein eingefrorenes Posthorn hineinsang, aus dem beim Auftauen die Töne herauskamen. Einen solchen Auftaueffekt will man erzielen, auf ihn ist das Verhör abgestellt. Auf diesen Effekt ist die Isolierung abgestellt.

Die erste Reaktion, auf die Unmöglichkeit mit anderen zu sprechen, sind die Selbstgespräche. Die Selbstgespräche sind ein sehr wichtiges Hilfsmittel, wenn man sich vor Augen hält, daß Selbstgespräche nicht zu der weiteren Phase führen, daß man einen Dialog mit einer realistischen Person hält. Das sind dann schon Halluzinationen. Eine solche Selbsthilfe ist also das Selbstgespräch. Dennes ist für den Fall, daß der echte Dialog eintreten sollte, von ganz gewaltiger Bedeutung, daß nicht aus diesem Kommunikationsdruck heraus das „Singen" zustandekommt, daß man also immer wieder entgegen dem elementaren Bedürfnis zu sprechen sich vor Augen hält, mit welchen Mitteln dieses Bedürfnis erzielt wurde und welchem Zweck es dienen soll.

Frage: Bei der gegenwärtigen Isolierungshaft, die heute in der Bundesrepublik auf politische Häftlinge angewandt wird, ist ja der Grad der Isolierung noch verschärft, d. h. daß häufig selbst der Hofgang wegfällt, daß vor den Fenstern Fliegengitter angebracht werden, so daß der Blick auf jedes Stück Natur unmöglich wird, daß in den Arrestzellen die Häftlinge außer der Bibel nichts zu lesen haben, daß sie keine Möglichkeit zu schreiben haben, daß sie sehr selten oder nur sehr beschränkt Besuche empfangen können und daß heute in neuen Gefängissen Sichtblenden angebracht werden, die jede Berührung mit der Umwelt unterbinden. Wie wirkt sich Deiner Meinung nach diese Verschärfung aus?

Brand: Dazu möchte ich zunächst sagen, daß all diese Maßnahmen Formen psychischer Folter sind, nicht Folter im landläufigen Sinne der sadistischen Mißhandlung, der langwierig mißhandelnden Ermordung von Häftlingen, wie es zum Beispiel im griechischen oder brasilianischen Foltersystem üblich ist. Hier handelt es sich um eine sublime spezifische Form der psychischen Folter, das kann man ohne Übertreibung sagen. Ich hatte während meiner Haft immerhin die Möglichkeit, isoliert zur Freistunde zu gehen und einen kärglichen Miniaturrest der Natur, den Himmel und die Pflanzen, zu sehen. Wenn auch das entzogen wird, wie beispielsweise durch die Zwischendecks, dann bedeutetdies einen radikalen Umweltentzug, Naturentzug. Das ist kriminell, das ist selbstverständlich ein Teil bewußter physischer Folter. Die Frage ist, was tun. Wenn auch Buchentzug angeordnet wird, dann muß man – um es grob zu sagen – versuchen, im Geist und im Kopf seine eigenen Bücher zu schreiben, sich seine eigenen Hörspiele, Fernsehstücke zu erfinden, die Welt des Theaters, die Schauspieler und den Regisseur in den eigenen Kopf zu verlegen.



Ein Wort noch zu Sichtblenden. Sichtblenden – die habe ich ebenfalls erlebt – bedeuten eben einen solchen Entzug elementarer optischer und akustischer Signale der Außenwelt. Naturentzug und Signalentzug bedeuten, die Menschen taub und blind zu machen. Diese Form der verschärften Isolierungshaft ist selbstverständlich gleichfalls Folter und ist damit kriminell.

Frage: Würdest Du sagen, daß es schwieriger ist, der physischen oder der psychischen Folter zu widerstehen?

Brand: Ich glaube, das kann man allgemein nicht sagen. Es ist sehr unterschiedlich in der Wirkung und ich möchte noch einmal betonen, daß es in diesem Fall besonders darauf ankommt, ein gelernter Häftling zu sein, sich auf solche Situationen mindestens innerlich vorzubereiten, so leicht gesagt und so schwer getan dies auch sein mag. Man kann doch nur eine optimale Widerstandskraft, sei es gegen physische, sei es gegen psychische Folter entwickeln, wenn man sich vor Augen führt, was damit bezweckt ist, was der Klassenfeind erreichen will. Nur aus dem Gefühl heraus, ich bringe meinen maximalen inneren Widerstandswillen praktisch zum Ausdruck, indem ich dem Folterknecht nicht den Triumph gönne, über mich zu siegen, ist es möglich, maximal der Folter, sei sie nun physisch oder psychisch, zu widerstehen.

Frage: Die neueste Idee der Reformstrategen des Kapitals ist das neue Untersuchungsgefängnis in Preungesheim, das jetzt eröffnet wird, wo sozusagen die Formen von Isolierungshaft, die bisher in anderen Haftanstalten mehr vereinzelt erprobt werden, zum perfekten System gemacht werden, ein Gefängnis also mit Arrestzellen auf jedem Stockwerk, mit eingebauten Sichtblenden vor den Fenstern und mit anderen Kleinigkeiten. Wie soll man sich in sosolch einem Gefängnis verhalten.

Brand: Das ist kein Gefängnis für Rechtsbrecher, Kriminelle, wie immer man sie auch bezeichnen mag, sondern das ist ein Gefängnis, hergestellt von Kriminellen, einfach aufgrund dessen, was es darstellt, ist es an sich kriminell. Ich würde sagen, es müßte alles getan werden, um – ich sage ausdrücklich dieses furchtbare Wort – die „Inbetriebnahme" dieses Gebäudes zu verhindern.



Knast bedeutet Todesstrafe auf Raten

Hungerstreik und Aktion in Straubing

DRINNEN

„Knast bedeutet Todesstrafe auf Raten. Wir lassen uns nicht ermorden, wir wehren uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung, wir sind weder Sklaven noch Tiere, wir wollen und werden Menschen sein."

So schreibt ein Gefangener aus dem Straubinger Knast an den Gefängnisdirektor und kündigt seinen Hungerstreik gegen die beschissenen Bedingungen im Knast an.

21 Gefangene traten in Straubing am 14. 5. 1973 in den Hungerstreik und stellten gemeinsame Forderungen auf: *Aufhebung der Totalisolierung von Gefangenen, Aufhebung jeglicher Besuchsbeschränkung, ungehinderter Briefverkehr mit Personen ihrer Wahl, Meinungs- und Informationsfreiheit im Knast. Aufhebung der Einschränkung des Bezugs von Zeitungen, Büchern etc. Menschenwürdige Bezahlung der Arbeit, Abschaffung von monotoner, abstumpfender Arbeit und Abschaffung des Akkordsystems, gleiche Bezahlung für Alle. Bessere Bezahlung und Ausbildung von Bediensteten, die von der Anstaltsleitung als „Schlüsselknechte" mißbraucht werden. Sofortige Konstituierung eines Gefangenenrates. Anhebung des Verpflegungssatzes auf das Niveau von Polizeihunden (DM 3,50 pro Tag).*

Die ausländischen Gefangenen forderten zusätzlich: *Deutschkurse für Ausländer („Wir können nicht deutsch lesen und schreiben, aber man verlangt von uns, daß wir die Hausordnung kennen und die Disziplin einhalten"), eigenes Radio („Wir wollen die Weltnachrichten in unserer Sprache hören").*

Diese Aktion war schon länger vorbereitet. Der zentrale Hungerstreik der RAF-Genossen im Knast gab die letzte Ermutigung für die Aktion. In Straubing werden wie überall Gefangene monate- und jahrelang von anderen isoliert, Zeitungen so zensiert, daß sie teilweise die Gefangenen nur noch als Papierfetzen erreichen, jedes Buch und jede Zeitschrift mit etwas kritischeren Tendenzen beschlagnahmt. Zur Verfügung steht die Knastbibliothek, die fast durchwegs faschistische Literatur enthält. Die monotone Arbeit (Schräubchensortieren, Teppichknüpfen, Kleben und Falzen von Papiertüten etc.) wird mit Pfennigbeträgen entlohnt (–,80 DM pro Tag). Von der Hälfte dieser Entlohnung können die Gefangenen einkaufen, die andere Hälfte wird als „Resozialisierungshilfe" zurückgelegt. Das Essen ist teilweise ungenießbar, die hygienischen und sanitären Verhältnisse sind unvorstellbar.

Da ein isoliertes Vorgehen gegen diese Folter im Gewande des Rechtsstaates zu noch stärkerer Isolation und schließlicher Resignation führt, schlossen sich die Gefangenen zusammen. Manche sprangen zwar vorher ab, aus Angst vor der Repression, aber die meisten Gefangenen in Straubing konnten sich mit der Aktion identifizieren, weil mit den Forderungen ihre Situation und ihre Interessen angesprochen waren. Es gab daher auch keine „Rädelsführer" und „Verführte".

Die Knastleitung und das Justizministerium reagierten schnell, weil sie die in der Aktion steckende Bedrohung erkannten. „Das Ministerium ist der Ansicht, der Aufstand sei durch linke Anwälte und Angehörige in die Anstalt getragen worden und nicht spontan entstanden", war in der Presse zu lesen, die vorher über die Aktion berichtet hatte.

Gegen die Gefangenen wurde das brutalste Mittel angewendet: Der totale Wasserentzug. Obwohl es bekannt ist, daß Wasserentzug bei Hungerstreikenden schon nach drei bis vier Tagen zum Tode führen kann, hatte das Ministerium die Frechheit, offen zu er-

klären, daß es sich hier um eine „therapeutische Maßnahme" handle, um die Gefangenen wieder zur Nahrungsaufnahme zu bewegen. Die Wirkung des Wasserentzugs wird von einem Gefangenen so beschrieben: „War vier Tage ohne Wasser. Am Schluß Weinkrämpfe, Wahnvorstellungen, Kreislaufstörungen, Selbstvorwürfe. Dazu der menschenverachtende Zynismus der sogenannten Verantwortlichen. Kein Arzt (die haben keinen Eid auf Hippokrates geleistet, sondern auf KZ-Mengele)."

Franz M. schreibt über den Verlauf seines Hungerstreiks in Straubing: „Montag die Erklärung an die Anstalt rausgegeben und zur Arbeit gegangen, ohne Nahrung aufzunehmen. Dienstag zur Arbeit, keine Nahrung und kein Wasser. Nach der Mittagspause durften wir nicht mehr aus der Zelle. Wurden gefragt, ob wir den Hungerstreik fortsetzen wollten, was wir bejahten. Gegen 14 Uhr wurde ich von zwei Mann aus der Zelle geholt und durch ein Spalier von Beamten ins Rapportzimmer geführt. Eisige Kälte und keiner der Beamten gab Antwort auf meine Frage: was nun los sei? Im Rapportzimmer saß Stärk (Knastdirektor) mit noch vier oder fünf Leuten. Stärk fragte, ob ich den Hungerstreik abbrechen wollte, da er dann mit uns allen über die Angelegenheit diskutieren wolle. Ich sagte darauf, wenn er keine andere Alternative habe, sehe ich keine Möglichkeit, den Hungerstreik abzubrechen. Daraufhin verfügte er strenge Isolation gegen mich. Ich wurde ins Haus III (sog. Irrenabteilung) und in einen leeren Raum gebracht, in dem eine Matratze am Boden lag und drei Decken. In der Ecke stand der Pißtopf. Die Fenster waren aus Panzermilchglas und nur mit einem Spezialschlüssel zu öffnen. Die Heizung war ungefähr auf 25–30 Grad. Ich befragte noch die Beamten, ob sie glaubten, daß das o. k. sei, was sie machten. Da meinten sie, ich solle halt aufhören. Dann wurde die schalldichte Tür geschlossen und das Licht angemacht. Ich war mit mir allein. Beim erstenmal Pissen entstieg ein irrer Gestank dem Pißtopf, so daß der ganze Raum widerlich nach Chemie stank. Gegen 10 Uhr schlief ich ein, die Decken waren nicht nötig, da es sowieso unerträglich heiß war.

Mittwoch wurde ich in der Früh geweckt, der Pißtopf geleert, Brot angeboten und eine Schüssel mit Waschwasser reingestellt. Als die Tür zu war, wusch ich mich und stellte dabei fest, daß auch das Waschwasser mit Chemikalien verseucht war. Zähneputzen fiel aus, da das Zeug unheimlich brannte. Vom Waschen kam auch etwas auf meine trockenen Lippen, was sie zum Aufspringen brachte, der Durst machte sich bemerkbar. Denn legte ich mich wieder hin, um meine Kräfte zu schonen. Am Abend machte sich der Durst sehr stark bemerkbar und ich konnte kaum reden. Gegen acht verlangte ich Tabletten gegen Zahnschmerzen. Mir wurden irgendwelche Tropfen gereicht, die den Durst noch erhöhten. Meine Forderung, die Heizung abzustellen, wurde wie die Tage vorher abgelehnt.

Donnerstag mittags das übliche Zeremoniel mit dem Essen. Ich verlangte aber nur Wasser. Die Zunge war schon ganz dick und die Lippen aufgesprungen."

Bei fast allen Gefangenen, die an der Aktion beteiligt waren, verlief die Behandlung ähnlich. Sie waren so gezwungen, um nicht total kaputt zu gehen, die Aktion abzubrechen. Die einen früher, die anderen später.

Draussen

Die Demonstration war bis in den Knast zu hören. Ein Gefangener schreibt: „Gegen 17 Uhr hörte ich in meinem Tigerkäfig lautes Hupen von Autos, als ich mein Ohr fest an das Panzerglas preßte, konnte ich hören ‚Reißt die Mauern nieder, holt die Leute raus', der Huprhythmus war Ho-ho-ho-Chi-Minh, das motzte mich richtig auf. Ich klopfte wie verrückt an die Wand, aber es kam einfach keine Antwort. Der Bau muß verflucht schalldicht sein. Auf alle Fälle schlief ich gut und ich fühlte mich mit den Genossen draußen stark verbunden."

Am nächsten Tag stand im „Straubinger Anzeiger", „die Demonstration stieß bei der Straubinger Bevölkerung auf keinerlei Zustimmung". Die Anfrage bei dem Redakteur, woher er dies habe, ergab: Das hat mir bei einem Telefongespräch der Direktor der Anstalt gesagt.

In Straubing wurde von den Angehörigen der Gefangenen eine Demonstration mit Informationsflugblättern veranstaltet. Die Forderung nach Besuchserlaubnis für die Hungernden wurde abgewiesen, die Tür zugeschlagen, Bullen zogen auf. Die Bevölkerung war sehr interessiert, trug eigene Erlebnisse mit dem Knast bei und viele schrieben sich in die Listen ein, in denen Besuchserlaubnis für die Gefangenen und Aufhebung des Wasserentzugs gefordert wurde.

Ein Amen für Nikola



Am 7. Juni 1973 geht der 15jährige Nikola mit einer Luftpistole in eine Bank in München, um Geld für sich und seine Mutter zu holen. Die Polizei taucht auf, er haut ab, ohne Geisel, eine MP-Garbe zerfetzt ihn.

Als das Urteil an Nikola vollstreckt wurde, fand die Presse sein Leben und seinen Tod außergewöhnlich und schicksalhaft. Aber ganz als Normalfall wird jährlich über Zehntausende vor allem Jugendlicher das Urteil gefällt. Urteile, die nicht töten, aber Leben zerstören. Eingesperrt in den Kreislauf von Scheißarbeit, die nichts bringt; Knacker, die einem ständig vorschreiben, was man nicht will; Bullen, Gesetze und Regeln, die einen einkreisen und jeden Versuch, frei zu sein, brutal unterdrücken – da sucht man nach einem Ausweg. Aber die Trauben des Reichtums und der Möglichkeit zu leben, hängen für die zu hoch, die ihn täglich erschuften, das lernt man früh. Arbeitskraft in den Fabriken auszuplündern und in den Supermärkten die Leute noch mal zu berauben, ist ehrenhaft und legal.

Aber wenn Du diese normale Verbrecherlaufbahn der Kapitalisten durchbrichst, bist Du kriminell und wirst fertiggemacht.

Im September 1968, zwei Wochen nach dem Einmarsch der Sowjets in die CSSR, suchte Mutter Zlata Kalcev (52) mit ihrem damals 10 Jahre alten Sohn das ungewisse Ziel einer neuen Existenz in Kanada.

Doch nur drei Monate blieben Mutter und Sohn im Norden Amerikas. Das rauhe Wetter machte sie krank. Sie wanderten nach Florida aus. Und in Miami erlebten die beiden Flüchtlinge alles andere als heiteren Sonnenschein und Sorglosigkeit.

Zlata Kalcev wurde damals von drei Farbigen niedergeprügelt, die es auf ihren Geldbeutel, in dem 10 Dollar steckten, abgesehen hatten. Nicola stand neben seiner Mutter und schrie um Hilfe. Doch das interessierte niemanden ... Nach drei Monaten Krankenhausaufenthalt verließen Mutter und Sohn enttäuscht die Staaten und zogen nach Europa. Nach Wien. Dort kamen sie in finanzielle Schwierigkeiten. Die Miete war zu hoch, Makler und Vermieter kennen keinen Pardon, wenn es ums Geld geht.

Zlata und Nicola zogen nach München. Hier dieselben Schwierigkeiten: Zimmervermittlungsgebühren, Kautionen, hohe Mieten, aber kein Geld.

Mirko sah, wie seine Mutter pausenlos schuftete. Als Putzfrau. Und er erlebte mit, wie der Frau Pfennig um Pfennig wieder aus der Tasche gezogen wurde.

Nicola wollte seiner Mutter helfen: Er klaute Autos, erpreßte eine Frau, wurde erwischt. „Im Namen des Volkes" wurde er zu einer Jugendstrafe von „mindestens 1 Jahr" verurteilt.

Eindreiviertel Jahre saß Nicola ein. Die Mutter bekam das Urteil zugestellt. Sie schrieb nur ein einziges Wort dazu: „Amen".

Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt, der Haftbefehl wurde aufgehoben. Nicola suchte Arbeit, suchte Anschluß. Bei einem Metzgermeister. Doch der stellte ihn nicht ein, weil er vorbestraft war. Ein anderer wollte ihn nur nehmen, wenn Nicola 13 Stunden am Tag arbeitete.

Resigniert gestand Nicola vor Wochen tz-Reportern: „Das Gesetz ist eine Schlange, die sich selbst in den Schwanz beißt." Demnächst sollte die zweite Verhandlung sein. Nicola wartete sie nicht mehr ab. Er wurde zum Bankräu*ber*. Sein Leben hatte er ohnedies schon verwirkt ...

Die Zeit vor dem Knast

Den folgenden Bericht schrieb ein junger Arbeitertyp

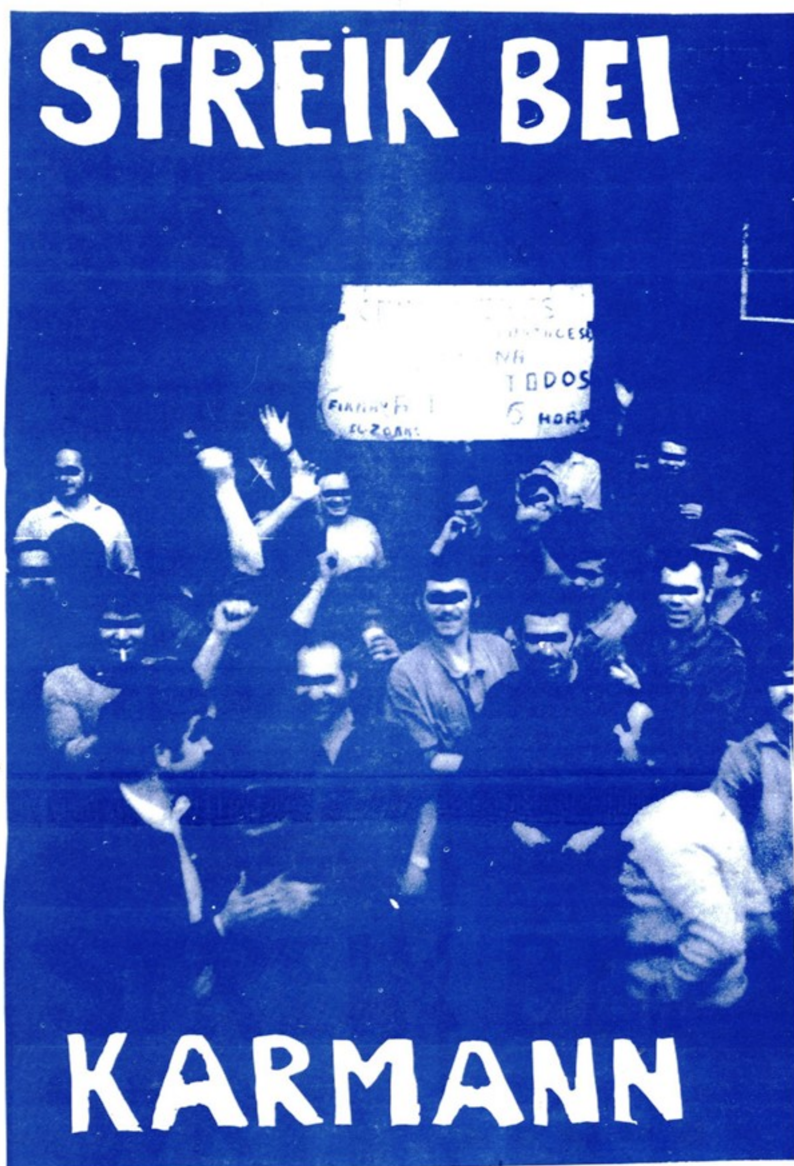
Leider hatte ich das Pech, des öfteren mit den Polypen zusammenzustoßen. Als ich 15 Jahre alt war, wurde ich an einem Montag, als ich gerade zur Berufsschule gehen wollte, von zwei Herren an der Haustüre gestoppt. Sie weisen sich als Bullen aus, zeigten mir und meiner Mutter einen Hausdurchsuchungsbefehl und traten samt mir ein. Dann hams angefangen, die ganze Wohnung auf'n Kopf zu stellen. Die Schränke hams durchwühlt, s' Bett auf'n Boden geworfen und mich immer angeschrien, ich soll sagen, wo ich's versteckt hätt. Als sie fertig waren mitm Wühlen, habens mich aufs Präsidium genommen. Ich wurde auf einen Stuhl gedrückt und pausenlos angeschrien, ich sei viel zu blöd, um der Polizei was vorzulügen, ich soll mein Lügenmaul aufmachen und alles gestehen. Bis dahin hatte ich noch nicht viel gesagt, gar nichts. Wo ich gestern nacht war? schrie mich einer von den 3en, die um mich standen an, ich sagte daheim, darauf schrie der andere, ob er mir'n Ding verpassen solle, fing der 3. an, wo ich die Geldbanderolen her hätte? sagte ich welche? Die Dein Kollege beim Zeitungsmann eingetauscht hat. Ach die, ja die hab ich von ein paar Ausländern bekommen. Sagt der links neben mir, wenn ich nicht gleich zugebe, daß ich gestern das Geschäft geknackt habe, knallt er mir eine. Sag ich was für'n Geschäft? Zack hab ich schon 'n Schlag aufn Kopf. Was waren das für Ausländer? Weiß ich nicht. Wie habense ausgeschaut? Sag ich, wie alle Ausländer. Zack die nächste. Fragt einer, ob die mir das Geld geschenkt haben. Nein, ich hab denen dafür Lesezeitschriften gegeben. Schreit einer der Bullen, du blöder Hund, die Ausländer werden Deine Hefte am Montag kaufen, wenn sie schon am Sonntag gewichst haben. Zwischendurch schlugen sie mich des öfteren auf den Kopf, Rücken, in die Seiten und auf die Arm, ins Gesicht weniger, da hätte man es gemerkt. Sie drohten, mich sofort ins Gefängnis zu bringen, mich aber vorher noch richtig zu verprügeln, wenn ich nicht gleich alles zugebe. Sie haben auch im Präsidium eine Zelle, in die du reinkommst, wenn du nicht auspackst, wo dich dann mehrere Bullen so prügeln, daß man nachher nichts feststellen kann. Ich saß also auf meinem Stuhl ganz klein, wußte anscheinend von nichts und um mich rum 3 saublöde geifernde Sternchenbullen, die alle 3 durcheinander schreiend und schlagend von mir die restlichen Tausender und ein umfassendes Geständnis aus mir herauspressen wollten. Doch nach eineinhalb oder 2 Stunden durfte ich wieder in meine Schule gehen mit dem Hinweis, sie würden mich trotz meiner Lügen doch noch in'n Knast bringen.

Als ich mein 16. Lebensjahr vollendet hatte, mußte ich mich wieder einmal über unsere Freunde und Helfer wahnsinnig ärgern. Ich war gerade mit 2 Kumpels unterwegs, als wir ein paar alte Freunde trafen, die gerade eine handfeste Unterhaltung mit irgendwelchen Typen hatten, was wir uns natürlich anschauten und auch ein wenig mitmischten. Als die Bullen mit ungefähr 5 oder 6 Wagen anrückten, hauten wir ab. Doch in einer Seitenstraße wurden wir, wir waren wieder zu dritt, von 2 Bullenwagen gesichtet, meine Freunde drehten um und fingen an zu rennen, darauf schnappten sie die Bullen. Dadurch, daß ich normal weiterging, wollten sie nichts von mir, so konnte ich beobachten, wie sie die beiden festnahmen. Ich mußte tatenlos zusehen, wie sie den großen von beiden, weil er der größere war, von beiden Seiten die Arme auf den Rücken drehten, daß er schrie und ein anderer mit dem Gummiknüppel auf ihn eindrosch. Er schlug und schlug bis ein anderes Bullenschwein von hinten daherkam und meinem Freund einen vollen Tritt in den Arsch gab und ihm dann die Füße wegschlug. Dann machten sie ihm die Handschellen auf dem Rücken fest und stießen ihn in den VW-Bus, den anderen hinterher. Als ich die beiden ein paar Tage später wiedertraf, hatten sie nur eine Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, blaue Flecken und Augen und überall Schmerzen. Wegen der vorangegangenen Schlägerei erwiesen sich beide als unschuldig.

Später bin ich dann aus der Lehre rausgeschmissen worden. Der Meister hat vor allem mich dauernd aufm Kieker gehabt und schikaniert, wegen der langen Haare und weil ich mir nicht alles gefallen ließ. Immer war ich der faule Hund, immer hat er an meiner Arbeit rumgemäkelt und ich mußte Sachen ganz sinnlos zigmal machen. Dann hab ich ihm mal ein schweres Werkzeug hinterhergeschmissen, weil ich so ne Wut hatte, nicht in Ruhe gelassen zu werden. Hab ihn zwar verfehlt, aber ich war draußen.

Später bin ich dann noch öfter mit den Bullen zusammengetroffen und jetzt muß ich für ein paar Jahre innen knast.

STREIK BEI KARMANN



Osnabrück

Wir haben uns als Außenstehenden erzählen lassen, wie der Streik zustandekam und wie er abgelaufen ist.

Karmann beschäftigt insgesamt 5 000 Arbeiter und Angestellte. Davon sind 850 Portugiesen und 950 Spanier, die hauptsächlich im Fahrzeugbau arbeiten. Viele von ihnen sind Frauen.

Am 2. 5. 1973 war Betriebsratssitzung: der BR gab die Urlaubsregelung der Geschäftsleitung kommentarlos an die Kollegen weiter. 3 Wochen Betriebsurlaub für alle. Spanier und Portugiesen, denen je nach Alter zwischen 3 und 5 Wochen Tarifurlaub zustehen, sollen nach Ablauf der dreiwöchigen Betriebsferien wieder arbeiten.

(18–24 Jahre: 18 Tage Urlaub
24–30 Jahre: 4 Wochen Urlaub
30–65 Jahre: 5 Wochen Urlaub)

Am Mittwoch und Donnerstag (2. und 3. 5. 1973) wird unter den ausländischen Kollegen über das Urlaubsproblem diskutiert: 3 Wochen sind zu wenig, um nach Spanien oder Portugal zu den Familien zu fahren. Im letzten Sommer griffen viele zur Selbsthilfe, indem sie über die drei Wochen hinaus unbezahlten Urlaub nahmen. Die Folge war, daß 300 dieser Kollegen rausgeschmissen wurden. Allen ist klar, daß diese Scheiße nicht noch mal passieren soll. Es werden Forderungen nach einem 5-wöchigen bezahlten Urlaub in einem Stück laut.

Freitag, 4. 5. 1973 gegen 11.00 h:
Im Fahrzeugbau kleben Zettel auf den durchlaufenden Wagen: *Wir streiken.* Bald wird nur noch vereinzelt gearbeitet. In der Spätschicht (14.15 h) ziehen sich die meisten gar nicht erst um.

Gegen 18.00 h:
Vom Fahrzeugbau aus wird ein Demonstrationszug zu den zwei Werkzeugbauhallen und durch das alte und neue Preßwerk gemacht. Die Kollegen (hier 90 % Deutsche) hören auf zu arbeiten. Denjenigen, die sich nicht freiwillig solidarisieren, wird das Werkzeug weggenommen. Die Meister in der Lehrwerkstatt (im Werkzeugbau) kriegen Schiß und fordern die Lehrlinge auf, nicht weiterzuarbeiten. Der ganze Betrieb liegt still.

In der Zwischenzeit haben 8 Spanier und 5 Portugiesen dem Direktor des Fahrzeugbaus ihre Forderungen im Alleingang vorgebracht: Tarifurlaub zwischen 3 und 5 Wochen in einem Stück. Sie kamen mit der Androhung auf Aussperrung zurück.

Der Personaldirektor trommelt die Meister (nur Deutsche) zusammen und fordert sie auf, mit Drohungen auf die deutschen Arbeiter einzuwirken, um Solidarisierung zu verhindern: „Wenn ihr nicht arbeitet, dann passiert was." Die Meister haben Angst und unternehmen nichts.

Samstag ist normalerweise bei der herrschenden guten Auftragslage eine Überstundenschicht. An diesem Samstag ist niemand im Werk.

Montag, 7. 5. 1973, Frühschicht, 6.00 h:
Die vom Fahrzeugbau ziehen wieder durchs Werk. Ihre Forderung ist: *5 Wochen Urlaub für alle.* Die Preßwerke werden stillgelegt, aber die Deutschen im Werkzeugbau arbeiten wieder.

9.00 h:
Die Vertrauensleute und der Betriebsrat verhandeln mit der Geschäftsleitung. Es herrscht Uneinigkeit in Bezug auf die Streikforderung.

Ein großer Teil der Vertrauensleute steht hinter der Forderung *5 Wochen Urlaub für alle,* einige fordern mind. 4 Wochen Werksferien.

Die Betriebsleitung bietet eine individuelle Urlaubsregelung auf Basis des Tarifurlaubs an. Wünsche können nur für ca. 200–300 Leute berücksichtigt werden. Bevorzugt werden Verheiratete. Sonst muß der Termin der Betriebsferien eingehalten werden.

Der Betriebsrat reagiert darauf mit einem Kompromißvorschlag: Urlaub in der Zeit vom 23. 6. 1973 – 31. 12. 1973; BR und Geschäftsleitung bestimmen gemeinsam, wieviel Leute wann fahren können.

Die Vertrauensleute ziehen sich zu einer Beratung außerhalb des Sitzungszimmers zurück, nehmen aber keinen Kontakt zu den streikenden Kollegen auf (kein Megaphon, Unsicherheit). Ihr Vorschlag: 1 Woche vor und 1 Woche nach dreiwöchigem Betriebsurlaub wird nur eine Schicht gearbeitet, so daß der Tarifurlaub je nach Anspruch in einem Stück genommen werden kann. Ende der Verhandlung 13.30 h.

Der BR gibt das Verhandlungsergebnis bekannt: Die ausländischen Kollegen können den ihnen zustehenden Urlaub außerhalb der Betriebsferien nehmen, sie werden während der Werksferien in anderen Bereichen eingesetzt. 300 Spanier und 200 Portugiesen werden neu eingestellt. Sie sollen die während der Urlaubszeit freien Arbeitsplätze besetzen. Die Reaktion darauf ist ein wildes Pfeifkonzert.

17.30 h:
Verhandlung mit der Geschäftsleitung über die Bezahlung der Streiktage. Die Forderung wird abgelehnt. Die Vertrauensleute werden aufgefordert, die Drohung (Lohnpfändung und Aussperrung, Polizeieinsatz bei Fortsetzung des Streiks) den Streikenden zu übermitteln. Der spanische Kollege, der diesen Auftrag ausführt, wird ausgepfiffen: „Wenn die den Lohn pfänden, brennt morgen Karmann."

Dienstag sollen beide Schichten zum Frühschichtbeginn da sein, um die Bezahlung der Streiktage durchzusetzen.

Die Stimmung am Montag: „Raus aus der Gewerkschaft".

Schon am Freitag sind ca. 300 – hauptsächlich Portugiesen – aus der IG Metall ausgetreten.

Dienstag, 8. 5. 1973:
Dienstagmorgen ist die Frühschicht vollständig und ca. 60 % der Spätschicht. Viele konnten nicht kommen. Da meistens auch die Frauen arbeiten, müssen die Kinder versorgt werden. Die Streikenden teilen sich in Gruppen zu etwa 50 Leuten auf. Sie ziehen durch die Betriebsgebäude und legen die Maschinen still.

9.00 h:
Der Direktor vom Fahrzeugbau erscheint mit einem Dolmetscher. Er „bietet an": Die Ausfallzeiten können an Samstagen nachgeholt werden. Sie werden wie Überstunden (50 % mehr) bezahlt. Ein Portugiese (gekauft?) richtet einen Appell an Stolz und Angst der Streikenden: „Wenn wir Männer sind, arbeiten wir jetzt." Die Arbeit wird wieder aufgenommen.

Es ist durchgesetzt worden, daß jeder den Tarifurlaub von Juni bis Dezember in einem Stück nehmen kann. Bei dieser individuellen Regelung besteht aber die Gefahr, daß unbequeme Leute entlassen werden. Weitere 300 Spanier und 200 Portugiesen sollen eingestellt werden, nicht nur, um den neuen Wagentyp zu bauen, sondern auch, um die freien Urlaubsplätze in der Urlaubszeit zu besetzen.

Nachdem Anfang Mai rd. 2 000 spanische und portugiesische Arbeiter den ersten Ausländerstreik in diesem Ausmaß in der BRD geführt hatten, folgte am Donnerstag, den 7. 6. 1973, ein spontaner Streik im Werkzeugbau, einer Abteilung, die zu 90 % aus deutschen Arbeitern besteht. Dabei entzündete sich der Streik ursprünglich nicht an einem Teuerungszuschlag wegen gestiegener Lebenshaltungskosten (wie die Neue Osnabrücker Zeitung berichtete) und auch zunächst nicht an der Forderung nach linearer Lohnerhöhung (wie der KB Osnabrück es einschätzte), sondern er stand in Zusammenhang mit der versuchten Einführung eines neuen Arbeitsplatzbewertungssystems und richtete sich damit zunächst einmal gegen eine weitere Verschlechterung der ohnehin beschissenen Arbeitsbedingungen.

Die 500 Kollegen, die zur Frühschicht streikten, und die sich mit ihnen solidarisierenden 150 Kollegen der Spätschicht koppelten aber ihre Ablehnung des Arbeitsplatzbewertungssystems mit der Forderung nach einer linearen Lohnerhöhung, was zum einen wohl eine gewisse Befürchtung deutlich macht, die Einführung dieses neuen Systems schließlich so isoliert doch nicht verhindern zu können (da die anderen Abteilungen sich dem Streik nicht anschlossen), zum anderen aber auch zeigt, daß hier der Zusammenhang zwischen der Ebene der Löhne und der der Arbeitsbedingungen ganz klar geworden ist.

So kam es in der Abteilung zu der Forderung „Wir fordern 1 Mark, alles andere ist Quark", wobei die Parole in dieser Reimform zwar wohl über den „Bohrer" (Betriebszeitung des KB Osnabrück mit dem Untertitel: Tief bohren – die Wahrheit erkennen) in den Betrieb hineingetragen wurde, andererseits aber die Notwendigkeit einer linearen Lohnforderung dort ziemlich verankert zu sein scheint. Das zeigte sich auch, als noch am gleichen Tag Ernst Weber, der gleichzeitig IG-Metall-Boss und Oberbürgermeister in Osnabrück ist, bei Karmann erschien, um dort abzuwiegeln und auf laufende Verhandlungen mit der Geschäftsleitung hinzuweisen. Denn als er vor der versammelten Abteilung den „Bohrer" hochhielt und dagegen wetterte, um ihm die Schuld am Ausbruch des wilden Streiks zu geben, wurde er von den Arbeitern laut ausgelacht und ihm zugerufen: „Zur Sache, Ernst. Was ist mit der 1 Mark?"

Am Tag darauf (Freitag, 8. 6. 1973) endete der Streik leider schon wieder; wahrscheinlich u. a. auch deshalb, weil der Zeitpunkt zwei Tage vor Pfingsten aus taktischen Gründen recht ungünstig war. Über das Ergebnis bzw. den Erfolg habe ich bisher noch nichts erfahren, obwohl ich heute abend noch einmal in Osnabrück angerufen habe.

FRAUEN STREIKTEN IN RHEYDT

Frauenstreik bei der A. Pierburg AG in Neuß

Die Pierburg AG gehört zu der Solex-Gruppe, die zusammen mit der Deutschen Vergasergesellschaft das Monopol über 75 % des Vergasermarktes besitzt. Die Ertragslage war zur Zeit des Streiks für die Unternehmensleitung mehr als rosig: für das kommende Jahr ist eine Investitionssteigerung von 7 Mill. vorgesehen, die Firma hat ein Auftragspolster von 100 000 noch zu liefernden Vergasern und produziert keinen einzigen fürs Lager.

Am Donnerstag vor Pfingsten streikten spontan die ausländischen Frauen in einer Abteilung. Diese Frauen liefen durchs Werk und diskutierten mit den anderen, so daß von ungefähr 1 500 Ausländerinnen 400 insgesamt streikten. Auf der Versammlung der Streikenden wurden spontan in einer Diskussion mit dem Betriebsrat folgende Forderungen aufgestellt: Abschaffung der Leichtlohngruppe II, in der vor allem ausländische Arbeiterinnen sind. (Die Lohngruppe I wurde vor drei Jahren durch einen Streik abgeschafft.) Seit der letzten Tarifrunde steht die Abschaffung der Lohngruppe II zur Debatte. 1 Mark für alle, für Männer und Frauen! Ein bezahlter Hausfrauentag im Monat! Automatische Erhöhung des Fahrgeldzuschusses zu den ständig steigenden Fahrgeldpreisen! Gerechte Verteilung der Überstunden! Bei schwerer körperlicher Arbeit gleicher Lohn für Männer und Frauen! Frauen an Sondermaschinen in die Lohngruppe V! Facharbeiter mit langer Betriebszugehörigkeit sollen mehr Lohn erhalten als Neueingestellte! Häufiges Kranksein kein Grund zur Entlassung! Für jeden Arztbesuch einen halben Tag frei! Bezahlung der Streiktage und Wiedereinstellung der Zwangsbeurlaubten!

Der Streik ist am Freitag abgebrochen worden, ohne daß klar war, wie sich der Rest der Belegschaft in der darauffolgenden Woche dazu verhalten wird. Nach Pfingsten ist es nicht gelungen, den Streik weiterzuführen oder auszudehnen.

IMPRESSUM

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis ist DM 1,00 – Abo für 12 Nr. inkl. Versandkosten DM 12,00. Der Versand wird nach Eingang des Geldes aufgenommen. Konto: Wir wollen alles, Gaiganz.Postscheckamt Nürnberg Nr.4684-852. Presserechtlich verantwortlich: Gisela Erler, 8 München, Josephsburger Straße 16.

Druck, Verlag: Politladen Erlangen.